Dienstag, 14. Januar 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 11 - 3.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

Die Arbeitnehmer bekommen mehr Geld in die Taschen

Kaufkraft der Nettoverdienste der Arbeitnehmer. Veränderung in Prozent

*Schätzung

1979	80	81	82	83	84	85	86*
2,0	-0,1	-1,7	-2,3	-0,9	-0,8	0,1	2,3

Die Arbeitnehmer sind fünf Jahre lang mit ihrem Einkommen kaum mehr vorangekommen. Was die Lohnzulagen brachten, fraßen zum großen Teil Steuern, Sozialabgaben und Geldentwertung wieder auf. Dieser Prozeß ist 1985 zum Stehen gekommen und wird sich im laufenden Jahr ins Gegenteil verkehren. Nach Schätzungen des Sachverständigenrats werden die Löhne und Gehälter 1986 dank der Entlastungen durch die Steuerreform netto um durchschnittlich vier Prozent steigen. Da gleichzeitig mit einer Preisstabilität wie seit vielen Jahren nicht mehr zu rechnen ist, bleibt davon voraussichtlich ein echter Zuwachs an Kaufkraft von 2,3 Prozent.

QUELLE: GLOBUS

POLITIK

SDI-Programm: Eine finanzielle Beteiligung der europäischen NATO-Staaten ist nach Auffassung von Verteidigungs-Staatssekretär Rühl langfristig nicht auszuschließen, wenn in diesem Programm mit der Forschung im Bereich der Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen gegen Westeuropa begonnen wird. (S. 8)

Kommunen: Die Belastungen durch die Sozialhilfe werden sich nach Angaben von Städtetags-Präsident Wallmann 1986 weiter erhöhen. Nach vorsichtigen Schätzungen steigen die Sozialausgaben um acht Prozent nach zehn Prozent im Vorjahr. (S. 8)

Bulgarien: Bei ihrem Vorgehen gegen die Angehörigen der türkischen nationalen Minderheit bemühen Staats- und Parteiführung jetzt Historiker und Ethnographen, die nachweisen sollen, daß es in Bulgarien keine türkische Minderheit gibt. (S. 5)

Golfkrieg: Die amerikanische Marine gibt seit gestern US-Handelsschiffen im Persischen Golf Geleitschutz. Am Sonntag war ein amerikanisches Frachtschiff in internationalen Gewässern von der iranischen Marine aufgebracht und durchsucht worden.

Hingerichtet: In Südjemen ist ein Putsch gegen Staatspräsident Ali Nasser Mohammed gescheitert. Vier Verschörer, darunter Vize-Ministerpräsident Salem el Beedh, wurden hingerichtet.

Terrorismus: Italien hat den Palästinenserführer Abul Abbas international zur Fahndung ausgeschrieben. Nach Ansicht der Justiz war er der Auftraggeber der Entführung des Keuzfahrtschiffes Achille Lauro.

Nach Tokio: Zum ersten Besuch eines UdSSR-Außenministers in Japan trifft Eduard Schewardnadse morgen in Tokio ein.

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik ist 1985 um 2,5 nach 2,7 Prozent im Vorjahr gestiegen. (S. 9)

Dementi: Als „schlichter Unfug" wurden von der Bad Homburger Quandt-Zentrale Gerüchte bezeichnet, wonach die Familie Quandt ihre etwa 50prozentige Beteiligung an BMW verkaufen will. (S. 9)

Börse: An den Aktienmärkten hielten sich Gewinnmitnahmen und Kaufaufträge die Waage, so daß eine einheitliche Kursbildung nicht zustande kam. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 291,87 (292,50). BHF-Rentenindex 105,146 (105,273). BHF Performance Index 100,175 (100,267). Dollarmittelkurs 2,4767 (2,4567) Mark. Goldpreis pro Feinunze 339,40 (340,45) Dollar.

KULTUR

Videos: Deutsche Anbieter haben 1985, nicht zuletzt wegen der vermehrten Ausstrahlung von Spielfilmen durch das Fernsehen, Rückschläge hinnehmen müssen. Mit dem Angebot aktueller Spitzenfilme soll der Markt wieder auf die Beine kommen. (S. 17)

Kunst im Exil: Die Idee ist löblich, aber die Ausführung läßt zu wünschen übrig. In einer Ausstellung in der Charlottenburger Orangerie in Berlin wird versucht, das Thema „Kunst im Exil in Großbritannien 1933–1945" aufzuarbeiten. (S. 16)

SPORT

Fechten: Bundestrainer Beck (50) ernannte den 30jährigen Olympiasieger Behr zu seinem Vize im Bundesleistungszentrum Tauberbischofsheim. (S. 7)

Ski: Nachdem in Garmisch erneut das Weltcup-Rennen „Super-G" ausfallen mußte, fordert Weltcup-Begründer Lang eine drastische Programmkürzung. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Großbild-TV: Das Bundesforschungsministerium präsentierte gestern sein Förderkonzept „hochauflösendes Fernsehen": Das Großbild-TV der Zukunft soll mit einer Bilddiagonalen bis zu zwei Meter unsere heutigen „Guckkästen" ablösen. (S. 15)

Neuer Pate: Nach der Ermordung von Paul Castellano ist der bisherige Unterführer John Gotti offenbar zum „Paten" der mächtigsten Gruppe in der US-Mafia, der Gambino-Familie, aufgestiegen. (S. 18)

Wetter: Regnerisch. Um 4 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

DGB verurteilt die Gewalt. Streit über geistige Urheber

Engelhard: „Die Gewerkschaft hat die Geister, die sie rief, nicht im Griff"

DW. Bonn

Die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) bemühte sich gestern, mit einer ausdrücklichen Warnung vor gewalttätigen Aktionen in der Auseinandersetzung um den sogenannten Streikparagraphen 116 den massiven Vorwürfen der Union gegen Teile des DGB die Spitze zu nehmen. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit verurteilte die tätlichen Angriffe gegen den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) „auf das schärfste". Vor Journalisten in Düsseldorf beteuerte Breit, Tumulte und Handgreiflichkeiten seien kein Mittel gewerkschaftlicher Politik, „ganz im Gegenteil: Solche Aktionen diskreditieren unser Anliegen, die Streikfähigkeit der Gewerkschaft zu erhalten".

Das CDU-Präsidium sprach – wie Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP) – die Gewerkschaften nicht frei von den Frankfurter Ereignissen. „Die Schläge gegen Walter Wallmann sind der traurige Höhepunkt einer Dauerkampagne der IG Metall und der SPD vom ‚heißen Herbst' 1985 zum angekündigten ‚heißen Frühling' 1986 mit dem Ziel, die frei gewählte Bundesregierung in einen Dauerwahlkampf für die SPD zu stürzen", erklärte das CDU-Präsidium. CDU-Generalsekretär Geißler sprach von einer „Schule der Gewalt" in der IG Metall und warf der SPD und dem DGB vor, „durch Sozialdemagogie den Aufschwung kaputtmachen zu wollen".

Die CDU-Erklärung befaßt sich kritisch mit der Reaktion des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau auf die Gewalt gegen Wallmann. Das Verhalten Raus zeige die sich für den Wahlkampf abzeichnende Arbeitsteilung: „Salbungsvolle Versöhnungsrhetorik von Rau – aggressive Holzerei seiner Hilfstruppen". Verbal habe sich Rau von den Vorfällen distanziert, sie aber zugleich gerechtfertigt, indem er der Bundesregierung dafür die Schuld gebe. Der SPD-Kanzlerkandidat rief gestern „beide Seiten in diesem Konflikt" zur Besonnenheit auf. Die geplante Änderung des Paragraphen 116 sei eine „Herausforderung, die Millionen von Arbeitnehmern und ihre Familien betrifft".

SEITE: 2
Das Faust-Unrecht

Die Stellungnahme des Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft, Ernst Haar, ließ die Absicht erkennen, die Frankfurter Vorgänge herunterzuspielen. Haar: „Eine Handvoll Demonstranten die in einer die Existenz der freien Gewerkschaften zunehmend bedrohenden Wendepolitik die Nerven verloren haben, darf nicht als Alibi einer gegen siebeneinhalb Millionen Gewerkschaftsmitglieder im DGB gerichteten Kampagne herhalten." Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach (CDU) verurteilte ebenfalls die Angriffe auf Wallmann. „Solche schlimmen Entwicklungen werden aber durch die Regierung provoziert", meinte Fehrenbach in der „Bild"-Zeitung.

Bundesjustizminister Engelhard zeigte sich in einem Gespräch mit der WELT „sicher, daß diese Aktion einzelner von den Gewerkschaften insgesamt und der Masse ihrer Mitglieder mißbilligt" werde. „Es ist aber offenbar so, daß die Gewerkschaftsführung, die Geister, die sie rief, nicht mehr im Griff hat", erklärte der FDP-Minister. „Mit ihrer maßlosen Kampagne gegen die angeblichen Angriffe der Regierung auf den

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Rauchsignale

HORST STEIN

Da staunten die stolzen Spanier nicht schlecht; und selbst die vornehmsten Granden zeigten Wirkung, als sie die ersten Indianer zu Gesicht bekamen, Mitbringsel der Amerikafahrer Kolumbus & Co: Welch ein Federschmuck! Und dann diese seltsamen braunen Stengel, an denen die Fremden ab und zu saugten, um anschließend den Rauch echten Feuers davonzublasen.

Die Generation der Entdekker gaffte noch, die Generation ihrer Enkel paffte schon. Daran hat sich in bald fünfhundert Jahren nichts geändert. Im Gegenteil. Zusammen mit dem Alkohol ist das Genußgift Nikotin zu einer sanktionierten Droge geworden, an der auch der Vater Staat, in Gestalt seines Büttels Fiskus, seitdem Freude hat.

Es ehrt Frau Süssmuth, daß sie ihren Auftrag als Bundesminister für Familie, Jugend und Gesundheit so penibel nimmt. Sie steht zu ihren Überzeugungen und ist rührig, wo manch anderer Politiker hinter einem Rauchvorhang von Worten die bloße Untätigkeit verbirgt. Freilich: Die Schläue der Schlange scheint Süssmuths Sache nicht. Sonst wüßte sie, daß Dinge, daß Gewohnheiten, die in Jahrhunderten gewachsen sind, die Gestalt einer liegenden Acht annehmen – bekanntlich das Zeichen für unendlich.

Ausmerzen, kurzgesagt, kann diese Marotte keiner mehr; man unterschätze die List des Lasters nicht. Das Rauchen als öffentliche Betätigung läßt sich allenfalls ein wenig mehr nach den Regeln der Rücksicht organisieren.

Auch der Gedanke, etwa die Zigaretten-Werbung zu zensieren oder gar zu verbieten, trüge nicht weit. Denn wie will man schließlich entscheiden, ob eine Anzeige das – amtlich? – festgelegte Maß an Männlichkeit übersteigt, an sozialer Suggestion? Wir sollten Rita Süssmuths Äußerungen indes ernst nehmen. Wir sollten ihr Rauchsignal als ein Plädoyer für Maß und Mitte verstehen und für den gesunden Menschenverstand.

Süssmuth nimmt die Zigarette ins Visier

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Millionenfach warnt täglich ein namenloser „Bundesgesundheitsminister" auf Plakaten und auf Zigarettenpackungen, daß „Rauchen die Gesundheit gefährdet." Eine nicht mehr anonyme Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth hat vor dem Hintergrund neuester Forschungsergebnisse erkannt, daß mit solchen längst zum Werbeornament gewordenen Sätzen nicht mehr viel auszurichten ist. In einem Interview sagte sie jetzt, es scheine der Zeitpunkt erreicht, „wo wir zu entschiedenerem Handeln aufgerufen sind", der „Abschreckungsgedanke" für Raucher müsse verstärkt werden, ein „stärkeres Negativ-Image" des Rauchers sei durchzusetzen.

Auf die Frage, ob neue Gesetze zur Einschränkung des Rauchens noch in dieser Legislaturperiode durchzusetzen seien, verwies Frau Süssmuth zwar auf die langen Laufzeiten solcher Vorhaben, sagte aber gleichzeitig, daß immer dann, wenn es „sehr dringend" war, auch in Bonn schneller auf das zu erreichende Ziel hingearbeitet wurde: „Aktiv- und Passivrauchen geht zunehmend zu Lasten der Allgemeinheit".

Wie viele Bürger in ganz anderer Weise, als sie glauben, in der Bundesrepublik Deutschland auf der Kippe stehen, wird durch das Ergebnis einer Studie des amerikanischen Worldwatch-Instituts unterstrichen, in der weltweit jährlich zwei bis zweieinhalb Millionen Tote durch Tabakkonsum errechnet werden. Zu den „Passiv-Rauchern" werden auch die drei Millionen Säuglinge gerechnet, deren Mütter rauchen. Raucher-Kinder würden häufiger von Bronchitis und Lungenentzündungen befallen, als die von Nichtrauchern, und ihre Lernfähigkeit liege ein halbes Jahr hinter der von Nichtraucher-Kindern zurück. In dem Bericht werden solche Sätze denen über die zwei- bis dreimal höhere Anfälligkeit für Lungenkrebs bei Rauchern vorgeschaltet. Damit wird offensichtlich das Interesse berücksichtigt, daß ein vor dem Obersten schwedischen Versicherungsgerichtshof gefälltes Urteil weltweit erregt hat. In ihm wurde der Lungenkrebs einer Nichtraucherin, die jahrelang mit starken Rauchern in einem Großraumbüro zusammenarbeiten mußte, als Berufskrankheit anerkannt.

Die SPD hatte in Bonn die Frage gestellt, ob ein totales Werbeverbot für Tabakwaren verfassungsrechtlich möglich sei. Der FDP-Abgeordnete Norbert Eimer spezialisierte sich auf den bisher gegenüber der Zigarette steuerbegünstigten Feinschnitt, der angesichts seiner Verwendung zum Zigarettendrehen ebenso hoch, wie Zigaretten besteuert werden müsse. Bei der anhaltenden Diskussion um die Einschränkung des Zigarettenverkaufs durch Automaten (rund 40 Prozent des Umsatzes von etwa 22 Milliarden Mark jährlich) befürchtet der Bundesverband Deutscher Tabakwarengroßerhändler und Automatenaufsteller e.V. „wirtschafts- und strukturpolitisch katastrophale Auswirkungen" ohne jugendschutzpolitischen Nutzen.

RAF-Terroristin Annelie Becker verhaftet

ms. Bonn

Die Polizei in Hannover hat gestern nach Informationen der WELT die wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung Rote Armee Fraktion (RAF) per Haftbefehl gesuchte Annelie Becker (30) verhaftet. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat die weiteren Ermittlungen übernommen. Annelie Becker war auch auf dem jüngsten Fahndungsplakat des Bundeskriminalamtes abgelichtet. Sie wurde unter anderem im Zusammenhang mit dem Mord an dem Industriellen Ernst Zimmermann gesucht. Der Chef der Motoren- und Turbinen Union war am 1. Februar des vergangenen Jahres von Terroristen an einem Stuhl gefesselt und mit einem Kopfschuß ermordet worden. Die Spur der Mörder führte zu Barbara und Horst Ludwig Meyer sowie Eva Haule-Frimpong. Sie werden ebenfalls verdächtigt, Mitglieder der RAF zu sein.

Übergang in Berlin „ein Schlupfloch für Terroristen"

W.K. Bonn

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat den Berliner Grenzübergang Bahnhof Friedrichstraße als Schlupfloch für Terroristen bezeichnet. An diesem „neuralgischen Punkt" seien „Einschleusungsaktionen leicht durchführbar, vor allem, wenn Terroristen als Aslybewerber getarnt kommen", sagte Rebmann in einem Interview mit dem Magazin „Weltbild". Die Einreise nach West-Berlin über den „DDR"-Flughafen Schönefeld und den Bahnhof Friedrichstraße sei „bequem und praktisch ohne Risiko", erklärte der Generalbundesanwalt. Auf die Frage, ob es denn von Seiten der „DDR" keine Kontrollen und Beschränkungen gebe, antwortete Rebmann: „Dazu kann ich mich mangels genauer Kenntnis nicht äußern. Aber sicherlich ist der DDR daran gelegen, die Stabilität unseres Staates auf diese Art und Weise zu beeinträchtigen".

Shultz stellt Haltung zu Syrien klar

„Libyen unterstützt den Terrorismus im allgemeinen" / Kennedy kritisiert Europäer

DW. Washington

US-Außenminister George Shultz hat jetzt Geheimdienst-Informationen bekanntgemacht, wonach die Attentäter von Rom und Wien in dem von Syrien beherrschten Teil Libanons ausgebildet worden seien. Dies bedeutet nach den Worten von Shultz jedoch nicht, daß Syrien in die Terrorakte verwickelt sei. In einem Interview der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS stellte er im Zusammenhang mit der Unterstützung des Terrorismus feine Unterschiede zwischen Syrien und Libyen heraus.

„Libyen unterstützt eindeutig den Terrorismus im allgemeinen", erklärte der amerikanische Außenminister. Zu den jüngsten Anschlägen gebe es definitiv eine libysche Verbindung und „ein ganzes Netz von terroristischen Aktivitäten". Das sei, so Shultz, der Grund, „warum wir uns auf Libyen konzentrieren".

Zwar unterstütze Damaskus auch Terroristen, doch habe die syrische Regierung öffentlich eine andere Haltung als Libyen eingenommen. Shultz versicherte, daß Washington keine Pläne zu Sanktionen gegen Syrien habe, obwohl es auf der Liste der Länder stehe, die den Terrorismus förderten. Außerdem hoffe er, Damaskus werde nicht Dinge tun, die Sanktionen nötig machten, und „meine Vermutung ist, sie werden nichts tun".

Der amerikanische Senator Edward Kennedy hat auf seiner Reise durch Lateinamerika die Haltung der europäischen Verbündeten der USA kritisiert. Kennedy erinnerte daran, daß „die Vereinigten Staaten während zweier Weltkriege an ihrer Seite gegen Tyrannei und grausamste Menschenrechtsverletzungen gekämpft" hätten. Er verstehe nicht, warum die Europäer die USA heute nicht „in ihrem Kampf gegen ein Regime unterstützen, das den Terrorismus und Terroristen beschützt". Im Kampf gegen Terroristen hat sich US-Justizminister Edwin Meese für die Todesstrafe bei terroristischen Verbrechen ausgesprochen.

Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Newsweek" hat Washington einen Sechs-Punkte-Plan entwickelt, um das Regime Khadhafi politisch, militärisch und wirtschaftlich zu isolieren. Der Plan soll nach Angaben der Zeitschrift ein militärisches Eingreifen der Amerikaner in Libyen vorbereiten.

Die italienische Marine hat in den internationalen Gewässern südlich von Sizilien ein Beobachtungsschiff der sowjetischen Flotte gesichtet, das mit Geräten zur Funküberwachung ausgerüstet sei. Bereits am 9. Januar waren der italienischen Luftwaffe in diesem Gebiet zwei Aufklärungsflugzeuge der Sowjets aufgefallen. Diese Bewegungen sowjetischer Militäreinheiten im Mittelmeerraum werden in Rom wegen der angespannten Lage zwischen den USA und Libyen besonders aufmerksam verfolgt. Moskau hatte vor Angriffen gegen Libyen gewarnt.

Proteste auf PEN-Kongreß

DW. New York

Politische Auseinandersetzungen haben den Beginn des 48. Kongresses der internationalen Schriftstellerorganisation PEN in New York geprägt. Proteste und Zwischenrufe aus den Reihen der rund 700 Autoren aus 40 Ländern galten US-Außenminister George Shultz und den strengen Einreisebestimmungen der Vereinigten Staaten, die sich vor allem gegen Kommunisten richten.

Der Präsident des PEN-Zentrums der Vereinigten Staaten, Norman Mailer, kündigte an, er werde sich bei Shultz für die „unsinnigen schlechten Manieren" seiner Schriftstellerkollegen entschuldigen. Er habe „Shultz nicht eingeladen, damit er beleidigt wird", so Mailer.

Seiten 2 und 16: Weitere Berichte

Plädoyer für die Wohnküche

DW. Köln

Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU) hat enge, moderne Küchen kritisiert, die als reine Arbeitsplätze für Frauen dienen. Zur Eröffnung der Internationalen Möbelmesse in Köln äußerte sie sich gestern befriedigt darüber, daß wieder mehr Wohnküchen eingerichtet würden. Zugleich mahnte sie, daß Küchenarbeit „nicht mehr allein Frauenarbeit, sondern Familienarbeit" sei. Kinderzimmer, so riet sie, sollten nicht die kleinsten Zimmer der Wohnung sein. Stattdessen sollte man lieber das „repräsentative Wohnzimmer" etwas beschneiden. Sie habe „nie verstanden, wie man die früher üblichen Wohnküchen auf reine Kochplätze reduzieren konnte."

Seite 9: Wieder Romantik gewünscht

Der Wandel im Amerika-Bild der Jugend

H.R. KARUTZ, Berlin

Der anti-amerikanische Trend bei der jungen deutschen Intelligenz, der die siebziger Jahre prägte, ist überwunden: „Das Schlagwort von der anti-amerikanischen Jugend ist Unsinn", sagte Professor Bernhard Ostendorf (Universität München) auf einer Tagung des deutsch-amerikanischen Aspen-Instituts in Berlin. Es gebe weiterhin kritische Fragen, aber keine grundsätzliche „ideologische Voreingenommenheit" mehr, stellten führende Amerikanistik-Wissenschaftler bei dieser Zusammenkunft fest.

Sie berichteten übereinstimmend, das Interesse an Amerika, seiner Geschichte und seinen Problemen nehme zu: „Amerikanistik ist bereits an manchen Hochschulen ein Numerus-clausus-Fach", sagte Ostendorf. Allein in München belegten 540 Studenten dieses Studium als Hauptfach. „Am Kennedy-Institut sind jetzt rund 1500 Studenten eingeschrieben", berichtete Professor Carl-Ludwig Holtfrerich (Freie Universität Berlin).

In einer Pressekonferenz nach der mehrtägigen Sitzung deutscher und ausländischer Wissenschaftler beschrieb Professor Manfred Knapp (Bundeswehr-Hochschule) die Lage so: „Es gibt ein wachsendes Bedürfnis beim akademischen Nachwuchs, sich ein eigenes Bild von Amerika zu verschaffen. Selbst bei den Lehrern, die nach Vietnam überwiegend gegen Amerika eingestellt waren, zeichnet sich ein Wandel ab. Die Zeit der Ideologie ist vorbei."

Von einer starken Tendenz, sich das Urteil über die USA „nicht mehr so einfach wie früher" zu machen, berichtet auch Professor Winfried Fluck (Universität Konstanz). Der ehemalige deutsche Botschafter in Washington, Berndt von Staden, der heute an der Georgetown University lehrt, lobte die deutsche Amerikanistik: „Die Veröffentlichungen über Amerika sind in der Regel praxisnah und lebensbezogen. Wenn dies alles auch in Deutschland verarbeitet wird, kann das nur einen konstruktiven Einfluß haben. Eins steht jedenfalls fest: Nach einem gewissen Tief ist die Stimmung gegenüber Amerika wieder ganz bedeutend positiver geworden."

Die Wissenschaftler äußerten sich jedoch besorgt über fehlende Berufsbilder und Zukunftschancen junger Amerika-Experten und warnten zugleich: Bleibe die Nachfrage nach solchen Wissenschaftlern aus, werde eines Tages auch der Zustrom zu diesem Fach nachlassen: „Dabei könnten die Parteien, aber auch die Medien derartige Mitarbeiter gut gebrauchen", meinte Professor Ostendorf. Vor allem in den Medien fehle es oft an Sachkunde: „Wenn ich höre und sehe, was es da noch an Mythen und Stereotypen über Amerika gibt ..."

Die Tagungs-Teilnehmer zeigten sich besorgt darüber, daß es südlich der Main-Linie „keine Professur für amerikanische Geschichte (gibt), die auf Dauer gesichert ist."

Contadora-Plan für Frieden in Mittelamerika

Außenminister fordern ein Nichtangriffs-Engagement

DW. Carabelleda

Auf ein Nichtangriffs-Engagement, das auf die fünf Länder Mittelamerikas abzielt, haben sich die Außenminister der um Frieden in Mittelamerika bemühten Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) in dem venezolanischen Seebad Carabelleda bei Caracas verständigt. An der Konferenz nahmen auch die Außenminister der die Contadora-Länder unterstützenden Lima-Gruppe (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Peru) teil.

In der „Botschaft von Carabelleda für Frieden, Sicherheit und Demokratie in Mittelamerika" werden im wesentlichen folgende Prioritäten gesetzt:

- Die fünf mittelamerikanischen Länder El Salvador, Costa Rica, Honduras, Nicaragua und Guatemala sollen durch einseitige Erklärungen eine Nichtangriffs-Verpflichtung eingehen;
- die Verhandlungen im Hinblick auf eine Unterzeichnung der Contadora-Akte für Frieden und Zusammenarbeit in Mittelamerika sollen reaktiviert und zum Abschluß geführt werden;
- die Unterstützung für die irregulären Kräfte und aufständischen Bewegungen in der Region soll eingestellt werden;
- die Rüstungskäufe sollen eingefroren werden;
- die internationalen Militär-Manöver sollen eingestellt werden;
- die Zahl der ausländischen Berater in der Region soll stufenweise abgebaut werden.

Ferner sollen konkrete Schritte im Hinblick auf nationale Aussöhnung, die volle Achtung der Menschenrechte und der persönlichen Freiheiten unternommen werden, heißt in dem Dokument. Durch eine regionale und internationale Zusammenarbeit soll die Last der die Region erdrükkenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme erleichtert werden.

Die Contadora-Botschaft wurde den fünf mittelamerikanischen Ländern zugeleitet und soll auch den USA, Kanada, Kuba, der EG und der Blockfreien-Bewegung zugestellt werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Entkrampfung

Von Hans-Rüdiger Karutz

Alexander von Humboldt, den Weltenbummler und ersten „Amerikanisten" der deutschen Geisteswissenschaft, würde es freuen: Man fragt wieder nach der Neuen Welt. Die Droge „Anti", die jahrelang auch in weiten Teilen der jungen deutschen Akademikerschaft das Sternenbanner vernebelte, ist der nüchternen Denkfähigkeit gewichen. Deutsche Amerikanologen stellen, wie sich auf einer Aspen-Tagung an der Spree erwies, wachsendes Interesse an dem fest, was Amerika und seine Gesellschaft ausmacht.

Nun mag sich aus den steigenden Studentenzahlen für Amerika-Kunde noch nicht unbedingt ablesen, die kritische Einstellung zur Führungsmacht des Westens habe sich gewandelt. Aber schon die unleugbare Rückkehr zur alten akademischen Tugend, wenigstens die Fakten zur Kenntnis zu nehmen, tröstet. Die Ideologie des „no future" weicht allmählich einem „no future" für die Anti-Ideologie.

Bei allen Vorbehalten gegenüber dem US-Modell des „way of life" gewinnt die Neue Welt an Faszination. Man wendet sich ihr an den Universitäten wieder zu. Auch wer Reagan ablehnt, ist auf reelle wissenschaftliche Weise doch wieder bereit, die Motive, von denen die Administration in Washington geleitet wird, ernst zu nehmen.

Die aktuelle studentische Hinwendung zum Thema Amerika signalisiert zugleich auf hoffnungsvolle Weise die Entkrampfung der Gemüter auf beiden Seiten des Atlantiks: Denn Kenner in Amerika loben ihrerseits die Forschungsergebnisse der deutschen Amerikanisten. Und doch stimmt eines nachdenklich: das Gefühl der Amerika-Forscher, von den deutschen Politikern im Grunde vernachlässigt zu werden, weil man in Parteien, Medien und Verbänden zu wenig an Kenntnissen über die USA abruft. Der Bonner Hang, tagespolitisch von der Hand in den Mund zu leben, zieht auch hier seine Spur.

Poetischer Konjunktiv

Von Peter Dittmar

Es begann mit einem Eklat. Rund 700 Delegierte des PEN-Clubs sind aus 40 Ländern in New Yorks Public Library zu ihrem Jahreskongreß zusammengekommen. Die Poeten, Essayisten und Novellisten (PEN) wollen, so lautet ihr Thema, über „die Vorstellungskraft des Schriftstellers und die Vorstellungskraft des Staates" debattieren. Aber bereits die Eröffnungsveranstaltung ließ bei einigen zumindest an der ersten Hälfte des Mottos zweifeln. Bei der kurzen Rede des US-Außenministers George Shultz, der vom Präsidenten der Tagung, Norman Mailer, eingeladen worden war, gab es Proteste.

Shultz verriet, daß die „Vorstellungskraft des Staates" in Bezug auf die Schriftsteller durchaus an den Wirklichkeiten orientiert sei. In seiner Rede merkte er an: „Und seien Sie nicht überrascht von der Tatsache, daß Ronald Reagan und ich auf Ihrer Seite sind." Die Vorstellungskraft einiger Schriftsteller erwies sich dem jedoch nicht gewachsen. Diese Poeten wollten offenbar nicht hören, daß Shultz stolz sei, eine Regierung zu vertreten, die „mehr als jede andere den Idealen der Freiheit verpflichtet" sei.

Der US-Schriftsteller E. L. Doctorow behauptete auf einem Flugblatt, das er vor dem Tagungsort verteilte, mit dieser Einladung habe sich das PEN-Zentrum „zu Füßen der stärksten ideologischen Rechts-Regierung, die dieses Land je gesehen habe, gelegt". Außerdem war der McCarran-Act, deren Bestimmungen es erlauben, Kommunisten und anderen die Einreise in die USA zu versagen, ein Grund für viele Poeten, den Minister auszupfeifen. 66 von ihnen überreichten ihm ein Schreiben, in dem seine Anwesenheit als unerwünscht bezeichnet wurde.

Doch es gibt keinen einzigen Schriftsteller, dem die Regierung die Einreise zu dem Kongreß verweigert hätte. (Daß die Russen nicht teilnehmen, liegt daran, daß sie nicht teilnehmen wollen oder von der eigenen Regierung gehindert werden.) Der Protest mußte sich also mit dem Konjunktiv des „Wenn-sie-gewollt-hätte, dann-hätte-sie-aber-verbieten-können" begnügen. Statt dichterischer Phantasie hatten einige PEN-Mitglieder Vorurteile, ihre Vorstellungskraft erschöpfte sich in Feindbildern. Vielleicht gab ihnen Mailer zu denken, der klagte, sie sprächen Shultz das Recht auf Meinungsfreiheit ab, das sie selbst beanspruchten.

Revolutionärer Massenmord

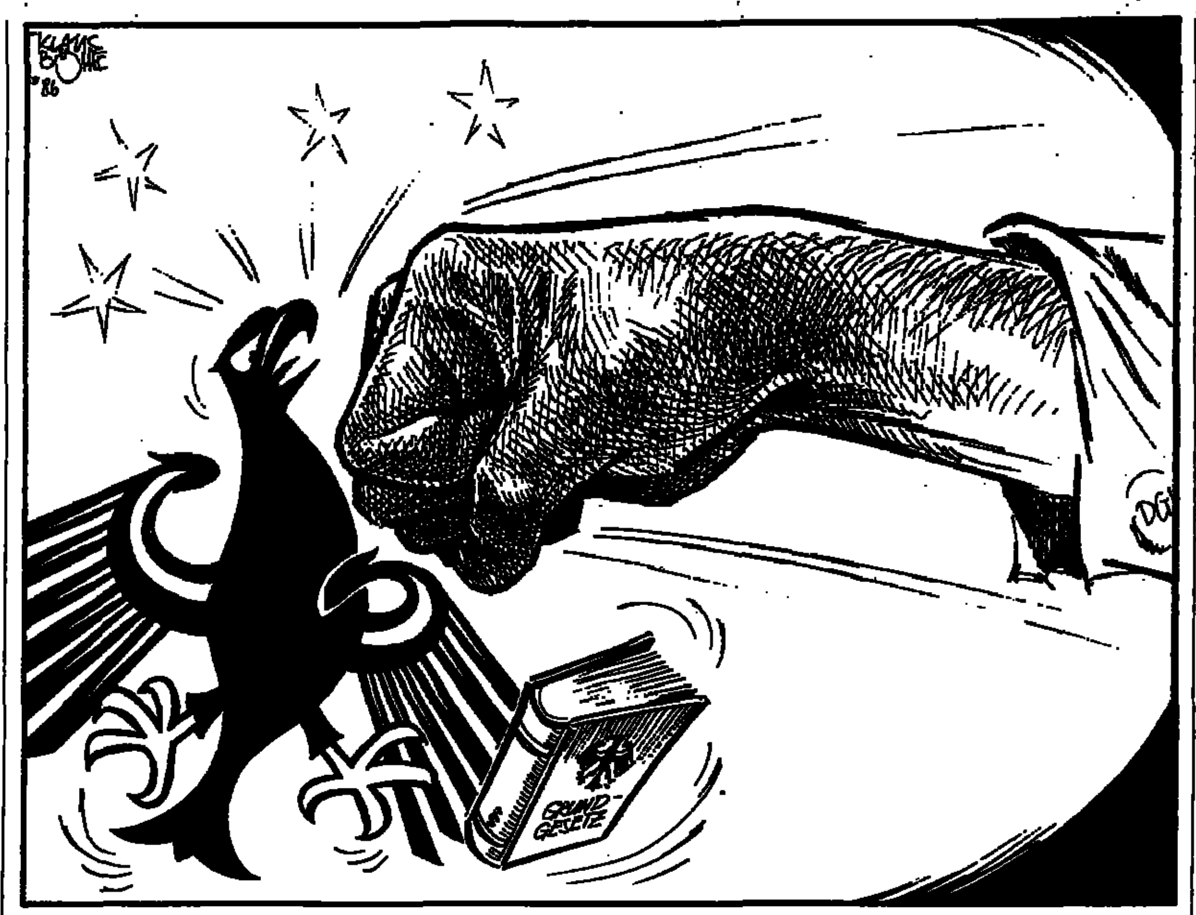
Von Günter Friedländer

Es ist schwer, den vollen Umfang des blutigen Bürgerkrieges zu ermessen, der in Kolumbiens Städten und auf dem Lande trotz der Befriedungspolitik der Regierung Betancur noch zugenommen hat. Zusammenfassende Statistiken der Opfer werden nur selten gegeben. Und eine Grenzziehung zwischen Gruppen, die sich an den mit der Regierung unterschriebenen Waffenstillstand halten und denen, die weiterkämpfen, ist kaum möglich. Die kommunistische Guerrilla „Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens" (Farc) hat sich gespalten. Die Weiterkämpfenden nennen sich die „Front Ricardo Franco". Die angeblich nicht Kämpfenden, die als „Patriotische Union" an den kommenden Wahlen teilnehmen wollen, haben die Waffen auch nicht abgelegt und benutzen sie, um in vielen Landesteilen die Bevölkerung zu terrorisieren und Beiträge für ihre Kriegskasse einzutreiben.

Die ideologisch weniger festgelegte Gruppe M-19 (Bewegung des 19. April) hat den Waffenstillstand angeblich einige Monate lang eingehalten und dann gekündigt. Sie droht mit einer großen Offensive Ende Januar. Eine Aufstellung der Entführungen durch die M-19 zeigt, daß diese Verbrechen während des Waffenstillstandes nicht abnahmen.

Ein Zufall brachte einen anderen Aspekt des Bürgerkriegs ans Tageslicht: Auseinandersetzungen innerhalb der Guerrilla. Vor ein paar Tagen fand man 35 Massengräber mit 126 Leichen im Norden des Departements Cauca. Javier Delgado, der bisherige Kommandant der „Front Ricardo Franco", gab Journalisten eine Liste von 158 Namen von Personen, die als vom Heer eingeschleuste Verräter entlarvt worden seien. Die Liste stieg inzwischen auf 164 Namen. Delgado bezeichnete ihre „Hinrichtung" genannte Ermordung als „revolutionäre Justiz", auf die er stolz sei. Das Heer bestreitet, daß irgendeiner der Ermordeten in seinem Dienst stand.

Javier Delgado wird kaum mehr eine Pressekonferenz abhalten. Die „Front Ricardo Franco" hat ihn „wegen seiner Willkürakte" abgesetzt und wird ihn vor ihr eigenes Gericht stellen, das ihn zum Tod verurteilen will. Falls es Delgado in seiner nahenden letzten Stunde als Trost dienen kann: Auch seine Hinrichtung wird von seinen Kumpanen als „revolutionäre Justiz" gerühmt werden.



Schlagendes Argument KLAUS BÖHLE

Das Faust-Unrecht

Von Peter Gillies

Man stelle sich vor: Der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Franz Steinkühler wird von empörten Unternehmern der Metallindustrie zu einer Festrede eingeladen, stattdessen aber geprügelt und niedergejohlt; der Bundeskanzler gibt zwar dosiertes Bedauern zu Protokoll, merkt aber verständnisvoll an, schließlich hätten die Gewerkschaften mit ihren unmäßigen Forderungen selbst „das politische Klima vergiftet". Dieser undenkbare Umkehrschluß macht deutlich, welche gefährliche Saat hierzulande aufgegangen ist, wie Hetzreden Haß und dieser schließlich Gewalt gebiert.

Der Angriff aufgeputschter Gewerkschafter auf den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann war eine schwarze Stunde für Fairneß, Recht, Demokratie und Gewerkschaftsbewegung. Schmerzlich wie entlarvend ist, daß die Agitatoren der Rowdies stets im getragenen Tonfall den sozialen Frieden beschwören. Man erinnert sich an die gefährliche Differenzierung zwischen Gewalt an Sachen und Gewalt gegen Menschen; die Mahnungen von damals sind heute – leider – noch aktuell: Recht ist sowenig teilbar wie Entspannung oder Frieden.

Das öffentliche Echo auf die Nackenschläge von Frankfurt ist aufschlußreich. Es darf durchaus als Zeichen demokratischer Stabilität betrachtet werden, daß die Vorgänge nahezu einhellig verurteilt wurden. In die allgemeine Empörung mischte sich jedoch auch manches Nachdenkliche, so vor allem die Mahnung an die Gewerkschaften, auf diesem abschüssigen Wege einzuhalten. Herauszustreichen ist ferner, daß auch SPD- und Gewerkschafts-Funktionäre sich demonstrativ vor einen demokratisch gewählten Politiker stellten, wenngleich es peinlich genug ist, daß uns dies heute bereits als berichtenswert erscheint.

Aus der Regel allgemeiner Empörung ragt eine beschämende Ausnahme hervor. Johannes Rau hätte eigentlich nur zu sagen brauchen: Ich verurteile Gewalt auf das schärfste, und es gibt keine Entschuldigung für sie. Punktum. Stattdessen distanzierte er sich zwar mit dem Hinweis auf den Grundsatz der Gewaltfreiheit, fügte aber flugs an, die Vorfälle seien „ein Zeichen dafür, wie schnell die von der Bundesregierung beabsichtigte Schwächung der Rechtsstellung der Arbeitnehmer das politische Klima in der Bundesrepublik vergiftet" habe. Der Verprügelte ist also schuld. Erst im zweiten Anlauf sorgte Rau gestern für Klarstellung. Ein Mann, der sich um das Kanzleramt bewirbt und „versöhnen statt spalten" will, verpaßte eine Chance.

Nur das alternative Kampfblatt „die tageszeitung" erschien gestern mit der Schlagzeile: „Wallmann kriegt längst verdiente Schläge" und fährt süffisant fort: „Der DGB hat am Wochenende in Frankfurt alte Schlagkraft bewiesen." Das ist Hetze.

Betretenheit bei vielen aufrechten Gewerkschaftsmitgliedern muß jedoch die Kennzeichnung Steinkühlers auslösen. Die körperlichen Angriffe auf Wallmann seien, so meinte er milde, „kein gutes Beispiel für den Umgang miteinander". Steinkühler ist für den Vorsitz der größten Einzelgewerkschaft vorgesehen – Gewerkschaftsbewegung, verhülle dein Haupt!

Differenzierung ist allemal geboten, aber die Kennzeichnungen „Entgleisung" und „radikale Minderheit" werden dem Vorgang nicht gerecht, weil sie unzulässig verharmlosen. Erst im November veranstalteten einige IG-Metaller vor dem Privathaus eines CDU-Politikers eine „Mahnwache", DGB-Chef Breit entschuldigte sich; alsdann wurde die Bundesregierung in einem Sonderflugblatt in die Nähe der Nazis gerückt. Fast schon vergessen ist die Anwendung körperlicher Gewalt und betrieblichen Terrors vor den Werkstoren während des letzten Streiks, wo Gewerkschaftler Arbeitswillige Spießruten laufen ließen. In diese Reihe von Rechtsbrüchen und politischer Feme gehört auch die Androhung rechtswidriger politischer Streiks.



Ein Gast der Gewerkschaft: Bürgermeister Wallmann FOTO: DPA

Der DGB soll nicht für jeden Schläger, der in seinem Namen mit Füßen tritt, haftbar gemacht werden. Aber er muß wissen, daß ein Kessel nur dann platzt, wenn man kräftig Feuer legt. Die im Zusammenhang mit der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit geschürte kriegerische Sprache von Scharfmachern zeigt Wirkung, die man schwerlich noch als unbeabsichtigt entschuldigen kann.

Der Versuch, Recht mit Macht brechen zu wollen, wird in der jungen deutschen Demokratie scheitern. Auf der Strecke blieben jedoch zumindest zwei ihrer konstitutionellen Prinzipien: das der Einheitsgewerkschaft und das der Tarifautonomie.

Historische Parallelen bergen Widerhaken. Als Kampfparole gegen eine ungeliebte Regierung beschworen Gewerkschaftler mehrfach den Untergang Weimars als Modell für Bonn. Sie fällt erneut auf die Urheber zurück. Glauben sie, Mitglieder zu gewinnen, wenn auch nur in Untertönen Gewalttätigkeiten geduldet werden? Nein, Bonn ist nicht Weimar. Die Bundesrepublik ist robust genug, das Recht zu wahren. Gewerkschaftsführer trügen dazu bei, wenn sie kräftigere Trennstriche zu Radikalen zögen und ihre Demagogie zügelten.

Niemand will hierzulande den Streik als Arbeitskampfmittel abschaffen, niemand die Gewerkschaften ausbluten lassen. Es geht lediglich um die (nicht unwichtige) Nebenbedingung, ob eine Gewerkschaft zur Streikfinanzierung auch in Kassen langen darf, die ihr nicht gehören. Wenn eine historische Parallele erlaubt ist, dann diese: das Samenkorn von Unrecht und Gewalt war allemal die demagogische Parole. Sie lädt zum Faustrecht ein. Ernst Breit stellte gestern zutreffend fest, daß solche Aktionen die Gewerkschaften diskreditierten. Der Erkenntnis, daß Besonnenheit nicht Schwäche bedeutet, dürfen Taten folgen.

IM GESPRÄCH Hans-J. Queisser

Verlorene Vorherrschaft

Von Peter Philipps

Wenn Hans-Joachim Queisser sich seine permanent widerspenstige Haarsträhne aus der Stirn streicht und ans Mikrophon eines Symposiums tritt, darf der Zuhörer ein rhetorisches Feuerwerk erwarten. Schnell, präzise und zugleich elegant trägt der Stuttgarter Physiker seine Gedanken in freier Rede vor; er gehört zu den wenigen Wissenschaftlern, die Tiefgang mit Allgemeinverständlichkeit verbinden können.

In der deutschen Wissenschaftspolitik gehört der 54jährige Direktor des Max-Planck-Institutes für Festkörperphysik (seit 1971) bereits seit langer Zeit zu den allgemein geachteten Ratgebern. So war es folgerichtig, daß er von Forschungsminister Heinz Riesenhuber zum Vorsitzenden einer Kommission berufen wurde, die in der vergangenen Woche ein Gutachten über die (notwendige) „Förderung der institutionellen Forschung und Entwicklung" auf dem Gebiet der Informationstechnik in Deutschland vorgelegt hat.

Der gebürtige Berliner Queisser, der von 1975 bis 1977 auch Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft war und seit 1975 zur edlen Runde der Max-Planck-Senatoren gehört, wußte auch aus eigenem Erleben, worüber er schrieb, als seine Kommission vermerkte: „Ein sehr gut ausgebildetes und abgestuftes System der Forschung und Entwicklung steht in den USA zur Verfügung. Neben den anspruchsvollen und erstaunlich schnell reagierenden privaten und staatlichen Universitäten sind es in den USA vor allen Dingen die großen Forschungslaboratorien der Industrie, die für Grundlagen und Anwendungen (der neuen Informationstechnologien) gesorgt haben."

Queisser selbst ist von dieser Mentalität geprägt worden, als er einen Teil seines wissenschaftlichen Werdeganges in Amerika verbrachte, etwa bei den Bell Laboratories. Und das



Ein Gutachten für Riesenhuber: Halbleiter-Professor Queisser FOTO: MPG

legendäre „Silicon Valley" kennt er so gut wie sein Stuttgarter Institut, zu dessen Direktoren Nobelpreisträger Klaus von Klitzing gehört.

Der Halbleiter-Fachmann Queisser, den eine unterdurchschnittliche Eitelkeit auszeichnet, spricht vom „großartigen intellektuellen Erlebnis Mikroelektronik", von einer „kulturellen Leistung", bei der uns Deutschen die Gefahr droht, sie nur „im zweiten Glied nachempfinden" zu können. Dieser Wissenschaftler kann begeistern und hat deshalb die Chance, etwas zu bewegen.

In seinem Kommissionsbericht jedenfalls wirbt er: „Die Bundesrepublik wäre mit ihrer guten Infrastruktur, ihrem Humankapital, den großen Anstrengungen in Bildung und Wissenschaft, ihrer grundsätzlichen Kooperationsbereitschaft und ihrer einst vorhandenen und traditionellen Vorherrschaft etwa auf den Fernmelde- und Feinmechanik-Gebieten in besonderem Maße geeignet, sich (in der Informationstechnologie) national und international eine wichtige Position zurückzugewinnen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die deutsche Presse beschäftigt sich vor allem mit Wallmanns Spießrutenlauf:

DIE RHEINPFALZ

Die Gewalt-Lawine ist losgetreten. Jetzt rollt sie. Ihr erstes Opfer war Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann, der bei einem Gewerkschaftsempfang geschlagen und getreten wurde. Und nun sind alle entsetzt, will keiner für die Ausschreitungen verantwortlich sein. „Radikale Minderheit" heißt der Rettungsanker, an den sich alle klammern, die zuvor mit unkontrollierten Schlagworten die Atmosphäre angeheizt hatten. **(Ludwigshafen)**

RHEINISCHE POST

Die Bemühungen des Kanzlerkandidaten (Rau), die Schuld an den skandalösen Vorfällen im Frankfurter Gewerkschaftshaus letztlich dem Getretenen und dessen politischen Gesinnungsfreunden, also den Bonner Regierenden, zuzuschieben, verfängt nicht. Wenn sich die Mehrheit des demokratisch gewählten Parlaments in Bonn entschließen sollte, den strittigen Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes mit dem Ziel größerer Klarheit zu ändern, dann kann man mit guten Gründen dagegen argumentieren, aber man sollte nicht so hetzen. **(Düsseldorf)**

Frankfurter Rundschau

Eine kontroverse Diskussion (trägt) mehr zur Klärung von Positionen bei als verbale Kraftakte im eigenen Lager. Um so bedauerlicher ist es, daß Walter Wallmann niedergeschrien wurde, eine radikale Minderheit ihn anpöbelte und gewaltsam bedrängte. Hier offenbarte sich nicht nur ein fragwürdiges Demokratieverständnis, sondern auch unglaubliche politische Dummheit.



Die Gewerkschaften können nicht plötzlich vergessen haben, daß die geplante und von einem freigewählten Parlament zu verantwortende Änderung des Streikrechts mit der Willkür der Nazis verglichen wurde, daß man in ihren Reihen fahrlässig mit dem Wort Terror umging und daß vor Abgeordneten, die sich den Absichten der Bundesregierung geneigt zeigten, sogenannte Mahnwachen aufzogen. Nun ... wäre wenigstens deutliche und vorbehaltlose Distanzierung erforderlich. Sie ist aus den erschrockenen und hilflosen Reaktionen kaum herauszuhören.

Hamburger Abendblatt

Fäuste sind an die Stelle von Argumenten getreten ... Ist das der neue Stil, in dem Gewerkschafter mit ihren Gästen umgehen? Hetzreden auf der einen und zögerliche Politik auf der anderen Seite haben noch nie zu etwas Gutem geführt. Wenn der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr im Zusammenhang mit der notwendigen Neuformulierung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz davon spricht, die Regierung plane einen beispiellosen verfassungs- und völkerrechtswidrigen Angriff auf die Existenz der Gewerkschaften „und die Zerstörung der Demokratie", so ist es nicht verwunderlich, wenn Hitzköpfe solche Sprüche als Freigabe des Faustrechtes auffassen.

Die Argumente im Streit um den Länderfinanzausgleich

Worum geht es ab heute in Karlsruhe? / Von Heinz Heck

Den „tollsten Prozeß, den die Bundesrepublik je gesehen hat", erwartet Niedersachsens Bundesratsminister Wilfried Hasselmann (CDU) von dem Karlsruher Verfahren über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. Kein Wunder, denn wenn heute die mündlichen Verhandlungen über die von sechs (!) Bundesländern angestrengten Klagen beginnen, wird sich nicht nur zeigen, wie finanzträchtig, sondern auch wie vertrackt dieses Mobile unterschiedlicher Länderinteressen sich darbietet.

Zum Hintergrund: Im Interesse möglichst einheitlicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet fließen Ausgleichszahlungen in die finanzschwachen Länder; einmal „horizontal" von den reichen Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg in Höhe von über 2,4 Milliarden Mark (1985) und zum anderen „vertikal" vom Bund in Höhe von 1,5 Prozent der Umsatzsteuer-Einnahmen, derzeit also etwa 1,8 Milliarden.

Wegen der mit der Finanzreform 1969 gefundenen Regelung gab es immer wieder Murren, denn beim Geld hört auch die (Partei-)Freundschaft auf. Doch zum Konflikt kam es erst nach der Ölpreis-Explosion: Das „Scheichtum" Niedersachsen kassierte plötzlich – nach jahrelangen Verlusten – Milliardenbeträge aus der heimischen Öl- und Gasförderung.

Diese Einnahmen sind aber keine Steuern, und in Hannover stellte man sich lange auf den Standpunkt: keine Steuern – keine Berücksichtigung im Finanzausgleich. Das trieb praktisch alle anderen Bundesländer auf die Barrikaden: die Zahler mit der Begründung, sie zahlten zuviel, die anderen mit dem Argument, sie bekämen zuwenig. Und ausgerechnet Niedersachsen, das im horizontalen wie im vertikalen Ausgleich größter Nutznießer des Finanzausgleichs ist, lieferte den Konfliktstoff.

Plötzlich war wichtig, was jahrelang (weil unbeachtlich) vernachlässigt worden war. Nordrhein-Westfalens Finanzminister Diether Posser (SPD) erinnerte daran, daß nicht die Steuerkraft, sondern – wie es in der Verfassung eindeutig festgelegt sei – die Finanzkraft der Länder Verteilungskriterium zu sein habe; Niedersachsen also seine derzeit rund zwei Milliarden Mark Fördereinnahmen voll anrechnen lassen müsse. Auf Betreiben des größten Nettozahlers Baden-Württemberg (1985 mit knapp 1,6 Milliarden oder zwei Drittel der Gesamtsumme dabei) war es vor vier Jahren zu einer Regelung gekommen, die die Förderabgabe von 1983 bis 1985 zu einem Drittel und seit 1986 zur Hälfte berücksichtigt.

Bei voller Anrechnung, die alle Länder, außer natürlich Niedersachsen, befürworten, hätten zum Beispiel 1984 nach Berechnungen der Bundesregierung die drei finanzstarken Länder nicht 2,3, sondern „nur" 2,1 Milliarden bezahlt, Niedersachsen statt 832 nur 248 Millionen kassiert. Die übrigen fünf finanzschwachen Länder hätten zusammen 222 Millionen mehr erhalten. Vor allem aber wäre Nordrhein-Westfalen (1970 noch größter Nettozahler und bis Ende der siebziger Jahre zahlungspflichtig), das bei der gegenwärtigen Regelung leer ausgeht, mit knapp 130 Millionen bedacht worden.

Doch auch Niedersachsen sieht eine Ungerechtigkeit: Wenn schon volle Anrechnung der Öleinnahmen, „dann ist nicht einzusehen, warum nur die halbe Steuerkraft der Gemeinden im Finanzausgleich berücksichtigt wird, die die Länder mit finanzstarken Gemeinden bevorzugt", erklärte Finanzminister Burkhard Ritz (CDU) der WELT. Auch zweifelt er die Berechtigung des sogenannten „Hanseatenprivilegs" an: Die Stadtstaaten Bremen und Hamburg dürfen einen um 35 Prozent höheren Finanzbedarf je Einwohner geltend machen als die Flächenländer.

Ritz dreht die Argumentation der Hansestädte von deren Mehrbelastung gerade um und erinnert an überproportional hohe Kosten in den Flächenländern, etwa für Kanalisation oder den Schülertransport auf dem Lande. Schließlich dürfe man nicht den Finanzbedarf zu einem Ausgleichskriterium machen, da er nicht objektivierbar sei. Vor allem würde sparsame Haushaltsführung dann nicht mehr honoriert. So würden zum Beispiel in Bremen und Nordrhein-Westfalen öffentliche Mittel „für Dinge ausgegeben, von denen man in Niedersachsen nur träumen kann", kritisiert Ritz.

Auch der vertikale Ausgleich ist im Visier der Kritiker. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat vorgeschlagen, die Zuweisungen auf 0,5 Prozent der Umsatzsteuereinnahmen zu kürzen und den verbleibenden Prozentpunkt, also etwa 1,2 Milliarden Mark, nach dem üblichen Verteilungsschlüssel für den Länderanteil an der Umsatzsteuer zu verteilen. Mit diesem Vorschlag sind natürlich alle die Länder einverstanden, die – wie Nordrhein-Westfalen – dabei besser wegkommen.

Trieben Untreue und Betrug die noble SMH Bank in den Ruin?

Das Vorspiel zu einem der ungewöhnlichsten Prozesse der Nachkriegszeit hat gestern begonnen. Vor der Zweiten Strafkammer des Landgerichts Frankfurt müssen sich die wegen Untreue und Betrugs mit einem Schaden von über einer Milliarde Mark angeklagten früheren Bankiers Ferdinand Graf von Galen, Hans Lampert, Wolfgang Stryj und Hans-Hermann Münchmeyer verantworten.

Von CLAUS DERTINGER

Bis in den Oktober hinein soll der Prozeß gegen Graf von Galen und Hans Lampert, zwei der früheren persönlich haftenden Gesellschafter des Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co (SMH) dauern, die das einst zu den feinsten Adressen des Gewerbes zählende Privatbankhaus derart in den Ruin getrieben haben, daß nur eine massive Stützungsaktion eine der spektakulärsten deutschen Bankpleiten verhindern konnte.

Ein vom Hauptprozeß abgetrenntes Verfahren gegen die mitangeklagten Exbankiers Hans-Hermann Münchmeyer, Wolfgang Stryj und den ehemaligen SMH-Bank-Direktor Ralph-René Lucius lief bereits gestern an.

Ungewöhnlich war schon vieles, was im Vorfeld dieses Prozesses geschah. Einmal die Ursache der Fastpleite der einst angesehenen SMH-Bank, die heute unter den Fittichen der britischen Lloyds Bank abgespeckt, aber erfolgreich weiteroperiert. Mit fast einer Milliarde Mark Krediten, dem Neunfachen ihres Eigenkapitals und fast einem Drittel der Bilanzsumme, wenn man die Luxemburger Tochterbank hinzurechnet, hatten sich die SMH-Bankiers bei einem einzigen Kunden engagiert, der Wibau-IBH-Unternehmensgruppe des einst als Wundermanager gefeierten Jungunternehmers Horst-Dieter Esch, der zu einem der größten Baumaschinenhersteller der Welt werden wollte.

An Esch, der seinen sagenhaften Aufstieg den allzu großzügigen und später sträflich leichtsinnig gegebenen Krediten der SMH-Bank verdankt, hatten sich die Frankfurter Privatbankiers so eng gebunden, daß sein Schicksal auch das der SMH-Bank besiegelte. Das Esch-Imperium, das sich in seiner letzten Zeit nur noch durch betrügerische Manipulationen über Wasser halten konnte, ist in Konkurs gegangen, und Horst-Dieter Esch selbst sitzt, wegen Betrugs verurteilt, eine dreieinhalbjährige Haftstrafe ab.

Seit 13 Monaten in der Frankfurter Haftanstalt

Mit den Strafvollzugsbehörden haben auch drei der SMH-Bankiers Bekanntschaft gemacht. Hans Lampert und Wolfgang Stryj sind zwar inzwischen wieder aus der Untersuchungshaft entlassen. Aber Graf von Galen sitzt bereits 13 Monate in der Frankfurter Strafanstalt Preungesheim, „dem übelsten Gefängnis Hessens", wie die Londoner Finanzzeitschrift „Euromoney" schreibt, „zusammen mit überführten Mördern, Räubern und Terroristen".

Auch mit einer 16-Millionen-Kaution ließen sich die Richter nicht von ihrer Vorstellung abbringen, der Graf könnte sich ins Ausland absetzen und dort dank des Millionenvermögens seiner Frau Anita ein standesgemäßes Leben führen. Auf freiem Fuß geblieben ist nur Hans-Hermann Münchmeyer, dem als Manager des Hamburger Domizils der SMH-Bank ein geringeres Maß an Mitverantwortung für das Desaster der Bank angelastet wird.

Von Geldadel und blauem Geblüt

Aus der unterschiedlichen Behandlung der vier Angeklagten, besonders der drei Frankfurter, kann man aber wohl nicht von vornherein auf das Ausmaß ihrer Schuld schließen, wenn auch Graf von Galen vor Beginn des Prozesses im Mittelpunkt zu stehen scheint. Aber das wohl nicht nur, weil er der Sprecher der Geschäftsleitung war, sondern weil er, von blauem Geblüt und Geldadel zugleich, nach außen hin die prominenteste Rolle unter den SMH-Bankherren spielte, auch im gesellschaftlichen Leben, und das nicht nur in der Main-Metropole, wo er Börsenpräsident und Vizepräsident der Handelskammer war.

In dem jetzt beginnenden Prozeß geht es auch gar nicht um die Schuld am Ruin der SMH-Bank oder darum, daß die Angeklagten dazu verurteilt werden sollen, für den „buchmäßigen" Schaden von mehr als einer Milliarde Mark aufzukommen, den andere Banken getragen haben. Es geht vielmehr um strafrechtlich relevante Punkte, nämlich Betrug und Untreue in besonders schweren Fällen (Paragraphen 263 und 266 Strafgesetzbuch) sowie Prospektbetrug (Paragraph 88 Börsengesetz) und um Beihilfe zum Betrug im Falle des früheren Direktors Lucius.

In Punkt eins der mehr als 1000seitigen Klage wirft die Staatsanwaltschaft den Bankiers vor, die tatsächliche Höhe der Kredite an Firmen der Esch-Unternehmensgruppe gegenüber der Bankenaufsicht verschleiert zu haben. Nach den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes darf eine Bank nämlich an einen einzelnen Kreditnehmer nur 75 Prozent ihres Kapitals ausleihen. Tatsächlich standen Eschs Firmen, wenn man sie einmal als wirtschaftliche Einheit betrachtet, mit dem Zwölffachen des Erlaubten bei der SMH-Bank in der Kreide, was nur deswegn nicht auffiel, weil geschickte Umwegkonstruktionen auch über Einschaltung der Luxemburger SMH-Tochterbank gewählt wurden, in deren Bücher die Bankenaufseher keinen Einblick hatten.

Seinerzeit gab es zwar ein Gentleman's Agreement, das deutsche Banken zu gewissen Auskünften verpflichtete; aber dabei fühlte sich die Aufsichtsbehörde von den SMH-Bankiers schlicht belogen.

Über den Vorwurf einer Täuschung der Aufseher mag zwar ein Streit unter den Juristen ausbrechen, weil die entsprechenden Bestimmungen nicht ganz wasserdicht waren. Unbestritten ist aber, daß die Aufsichtsbehörde dem Kreditvabanque-Spiel der SMH-Bankiers mit den Esch-Firmen rechtzeitig ein Ende hätte bereiten können, wenn sie gewußt hätte, welche absolut unvernünftigen und gefährlichen Geschäfte da laufen.

Weitere Punkte der Anklage: Untreue zum Nachteil von Konsortialbanken, die einer SMH-Factoring-Tochter einen Kreditrahmen von 150 Millionen eingeräumt haben, mit dem „Luftgeschäfte" von Esch-Firmen finanziert worden seien; Untreue gegenüber Banken eines „Finanzpools", für dessen 70-Millionen-Kredite an die Wibau und die IBH-Holding die SMH-Bank nicht die versprochenen Sicherheiten geleistet hat.

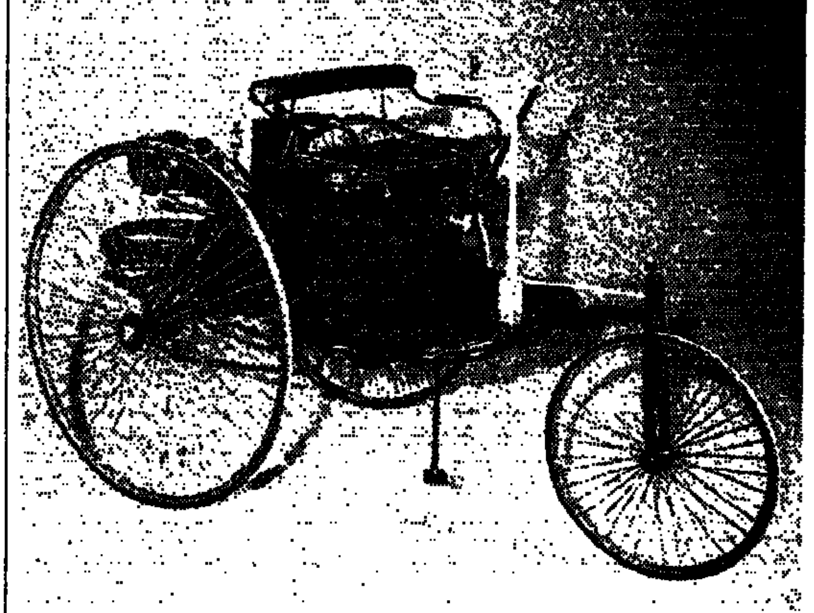
Ferner: Betrug gegenüber den Banken, bei denen sich die SMH-Bank noch bis kurz vor Aufdeckung des Desasters mit mehr als 500 Millionen am Geldmarkt refinanziert hat, obwohl diese Gelder eigentlich schon zwei Jahre vorher verlustbedroht gewesen seien, wenn die desolate Lage des Esch-Imperiums nicht verschleiert worden wäre.

Noch am Tag bevor die SMH-Bankiers ihre totale Überschuldung eingestehen mußten, so ein weiterer Anklagepunkt, habe sich die SMH-Bank 70 Millionen von anderen gepumpt und im Zusammenhang mit einem Kredit an die Wibau dem Konzernchef Esch Beihilfe zur Untreue geleistet. Schließlich wird den Angeklagten vorgeworfen, Aktionäre mit der Unterschrift unter einen getürkten Prospekt zur Börseneinführung junger Wibau-Aktien betrogen zu haben. Statt eines Zwölf-Millionen-Verlustes sei im Prospekt ein Gewinn von acht Millionen genannt worden.

250 Zeugen sind bisher geladen

Ein riesiges „Sündenregister" also, das vor der Zweiten Strafkammer des Fankfurter Landgerichts im nächsten Dreivierteljahr zweimal wöchentlich ohne Sommerpause verhandelt werden soll; 250 Zeugen sind bereits benannt worden. Dem Prozeßverlauf kann heute freilich noch nicht vorgegriffen werden. Aber soviel steht schon jetzt fest. Graf Galens und seiner Verteidigung Taktik wird darauf hinauslaufen, jegliche strafrechtliche Verantwortung strikt zu bestreiten. Er räumt zwar seine persönliche, wirtschaftliche und moralische Mitverantwortung für die unternehmerischen Fehlentscheidungen der Bank ein, betont aber, vieles, was in der Bank gelaufen sei, nicht gewußt zu haben. So zum Beispiel, daß viele Kredite nicht genügend besichert waren oder daß von der IBH abgetretene Forderungen nur aus Scheingeschäften resultierten.

Graf Galen zieht sich darauf zurück, für die Geschäfte mit Esch und seinen Unternehmen seien andere (gemeint ist vor allem Hans Lampert) zuständig gewesen. Er fühlt sich getäuscht von Esch, dessen unternehmerische Fähigkeiten ihn einst so blendeten, und von Eschs Compagnon Spicka, dem Chef der Wibau AG.



Das erste Auto der Welt: Der Benz Patent Motorwagen fuhr erstmals am 3. Juli 1886 in Mannheim – mit 16 km/h



In Video-Filmen werden unter dem Titel „Prominenz auf Mercedes-Benz" die Geschichte und Geschichten vom noblen Wagen erzählt

FOTOS: DIE WELT

Die Legende vom Auto – in 26 Stationen

Größer, informativer, lebendiger – so präsentiert sich zum 100. Geburtstag des Automobils das neugestaltete Daimler-Benz-Museum in Untertürkheim. Von Februar an ist das Ergebnis elfmonatiger Umbauten für jedermann zu besichtigen.

Von WERNER NEITZEL

So mancher Autofan dürfte ins Träumen geraten. Da stehen sie – Automobile, die wichtige Wegmarken der Geschichte des „fahrbaren Untersatzes" darstellen: Angefangen von dreirädrigen Benz-Motorwagen aus dem Jahre 1886, mit 0,9 PS und einer Höchstgeschwindigkeit von 16 Stundenkilometern der Welt erstes Auto, über die legendären „Silberpfeile" bis hin zum aktuellen Programm von Mercedes-Benz.

Kein „Walhalla des Automobils", aber auch nicht nur eine nüchterne Dokumentation der Autogeschichte habe dem Management des Automobil-Konzerns bei der Neukonzeption des auf dem Werksgelände gelegenen Museums vorgeschwebt. Vielmehr sei es darum gegangen, auch den heutigen Stand der Automobiltechnik zu präsentieren, ein Kommunikationszentrum und zugleich auch eine „Spielwiese für automobilistische Träume" zu schaffen, erläutert Bernd Gottschalk, Leiter des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit, Wirtschafts- und Verkehrspolitik der Daimler-Benz AG. Jedenfalls scheint es gelungen zu sein, dem Unternehmen und der Stadt Stuttgart einen weiteren attraktiven Anziehungspunkt zu schaffen.

Von insgesamt 650 Stücken der Daimler-Benz-Sammlung, die wohl in der Welt ihresgleichen sucht, haben 150 Exponate in dem Museum einen Platz erhalten. Wenn auch die Fahrzeuge keineswegs in „preußischer" Ordnung aufgereiht dastehen, so wird dem Besucher doch ein logischer, zeitlich eingeordneter Durchgang offeriert. Andererseits kann er sich aber auch zwischen den 26 Museums-Stationen nach eigenem Gutdünken bewegen. Die Technik-Geschichte begleitet ihn, denn zu den jeweiligen Fahrzeugen bilden Szenen und Fakten aus Wissenschaft und Technik der betreffenden Epoche den informativen Hintergrund. So sieht man hinter dem Reitwagen von Gottlieb Daimler die Freiheitsstatue von New York, ebenso erkennt man Lilienthals Fluggerät, das Bohr'sche Atommodell, den ersten Computer oder den ersten Stratosphärenballon. Oder: Die Kulisse für den 300 SL mit Flügeltüren bildet eine Vitrine mit Artikeln des täglichen Gebrauchs, Rasierapparat, Radio, Kamera. Alles zusammen soll einen Eindruck vom technischen Design der damaligen Zeit geben.

Eine Reihe von „Inszenierungen" sorgt für weitere Auflockerung. Der Besucher kann sich während seines Rundgangs per Video-Film historische Spots vor Augen führen lassen. Man sieht zum Thema „Kaiserwagen" Wilhelm II. oder auch den japanischen Tenno in einigen Filmszenen. Bei der Station „Rennkino" erlebt der Zuschauer noch einmal die Rennerfolge der Asse Rudolf Caracciola, Manfred von Brauchitsch, Hermann Lang, Juan Manuel Fangio und anderen. Seiner Eitelkeit kann der Museums-Besucher frönen, indem er in einem geöffneten Mercerdes 190 SL auf dem Fahrersitz Platz nimmt und von sich selbst ein Sofortbild-Foto schießt.

Eine auf der Bühne eines Sattelschleppers mit Container installierte Multi-Media-Schau stimmt auf die Verkehrssituation ein, in der die beiden Autopioniere Gottlieb Daimler und Carl Benz ihre ersten Fahrzeuge entwickelten. Dies soll nicht nur der umfassenden Information, sondern auch einem intensiveren Erlebnis des Themas Automobil dienen. In diesem Zusammenhang kann sich der Besucher in der Neuwagen-Abteilung auf Bildschirm-Geräten ein Technik-Menü zusammenstellen, wobei er zu den Sparten Personenwagen, Nutzfahrzeuge oder auch aus Forschung und Entwicklung die Möglichkeit hat, jeweils besondere Themen, also etwa das Antiblockiersystem (ABS), die Raumlenkerachse oder den Vierradantrieb abzurufen.

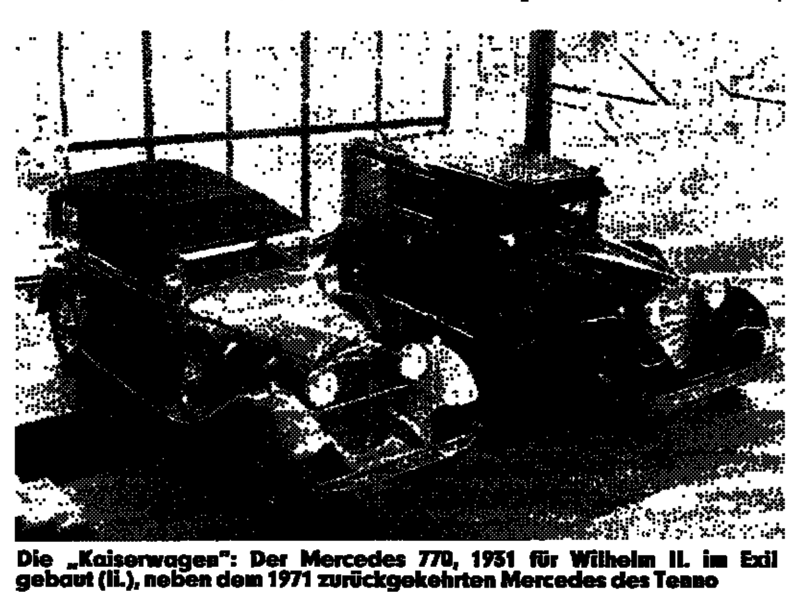
Gleich am Eingang bekommt der Besucher einen „Sound-Stick", ein handliches, mit kleinem Empfänger und Lautsprecher versehenes Gerät, über das man Erläuterungen und verbindende Erklärungen zu den jeweiligen Ausstellungsstücken vernimmt. Das Hörprogramm wird per Lichtwellen im Infrarotbereich über eine Vielzahl im Museum verteilter Sender empfangen. Diese moderne Technik akustischer Führung paßt in die Grundüberlegung, sich vom herkömmlichen Museumsstil zu lösen.

Der Faszination der Technik, wie sie insbesondere auf die jüngere Generation ausstrahlt, und nicht zuletzt auch dem Unternehmens-Image kommen sicherlich die Öffnungszeiten (dienstags bis sonntags von 9 bis 17 Uhr; montags und feiertags geschlossen) und auch der Entschluß, kein Eintrittsgeld zu verlangen, zustatten.

Über mangelnde Besucherzahlen brauchte sich das Daimler-Benz-Museum auch vor seiner jetzigen Neugestaltung nicht zu beklagen. Seit 1951 zählte man in Untertürkheim insgesamt 3,5 Millionen Museums-Besucher, davon allein etwa 240 000 im Jahre 1984, bevor das Museum für die Umbauarbeiten vorübergehend geschlossen wurde. Es wird damit gerechnet, daß jene Zahlen nach der Wiedereröffnung noch wesentlich ansteigen werden.

Zum 50. Geburtstag des Automobils im Jahre 1936 war gewissermaßen der Grundstein für das Museum gelegt worden. Eine Erweiterung folgte 25 Jahre später, bis also jetzt – unter Einhaltung des zeitlichen Rhythmus von einem Vierteljahrhundert – ein weiteres Kapitel Museums-Geschichte aufgeblättert wird.

Dem Besucher öffnet sich ein von 4560 auf 5760 Quadratmeter vergrößerter, lichtdurchfluteter Ausstellungsraum, in dem sich 100 Jahre Automobilgeschichte präsentieren. Die Gesamtkosten für den Umbau sind mit knapp 8 Millionen Mark veranschlagt, ein Betrag, der sich in Anbetracht eines Konzernumsatzes von Daimler-Benz in der Größenordnung von 50 Milliarden Mark vergleichsweise bescheiden ausnimmt.



Die „Kaiserwagen": Der Mercedes 770, 1931 für Wilhelm II. im Exil gebaut (li.), neben dem 1971 zurückgekehrten Mercedes des Tenno

Die Parteispenden-Affäre wirft noch immer Schatten auf die Stiftungen

PETER PHILIPPS, Bonn

Als die älteste der parteinahen Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland, die Friedrich-Ebert-Stiftung, vor wenigen Monaten in Berlin ihren 60. Geburtstag feierte, kam ihr Vorsitzender Heinz Kühn ins Grundsätzliche: „Die Stiftung ist in ihrer Organisation selbständig, in ihrem Handeln unabhängig. Sie ist keine Nebenorganisation der Partei. Die politischen Stiftungen haben den ihnen nahestehenden Parteien nicht bei der Machteroberung oder der Machterhaltung zu helfen. Die Aufgabe der politischen Stiftungen ist Staatspflege und nicht Parteipflege." So, oder ähnlich, hätten es auch seine Vorstands-Kollegen aus den anderen politischen Stiftungen formulieren können. Doch der für sie zuständige Bundesrechnungshof prüft seit längerem die Stiftungen intensiver als je zuvor – vor allem auch daraufhin, ob über ihre Haushalte „direkt oder indirekt die Finanzkraft der Parteien gefördert wurde".

Heimliche Spendentöpfe?

Die im Bonner Raum ansässigen parteinahen Stiftungen Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) und Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP) waren im Zuge der sogenannten Parteispenden-Affäre als heimliche Spendentöpfe ins Gerede gekommen. Die Grünen hatten einen zusätzlichen Angriffspunkt gegen ihre etablierte Konkurrenz vermutet und Klage in Karlsruhe erhoben. So gehen nun die Beamten des Bundesrechnungshofs zusätzlich auch als Rechercheure für das Bundesverfassungsgericht in die Stiftungen und klopfen die Konten ab. Denn die Stiftungen, außer der Naumann-Stiftung in der Rechtsform von Vereinen geführt, sind steuerlich als gemeinnützig anerkannt und erhalten einen großen Teil ihrer Mittel aus dem Bundeshaushalt.

Nach allen bisher vorliegenden Informationen ist der Rechnungshof nirgends zu ernsthaften Beanstandungen gekommen. Doch noch immer schwebt das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen Ebert- und Naumann-Stiftung, für das Beamte vor etwa eineinhalb Jahren größere Aktenmengen in den beiden Stiftungszentralen abgeräumt haben. Allerdings gibt es Gerüchte, daß das Ergebnis sich nicht wesentlich vom Hornberger Schießen unterscheiden wird.

Die eigentliche Arbeit der Stiftungen hat unter den zeitweilig hoch schwappenden Wogen der Parteispenden-Diskussion ohnehin nie wirklich gelitten. Politische Bildung im In- und Ausland, Begabtenförderung, wissenschaftliche Forschung, Entwicklungshilfe-Projekte und Archivarbeit sind – mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung die gemeinsamen Zielsetzungen.

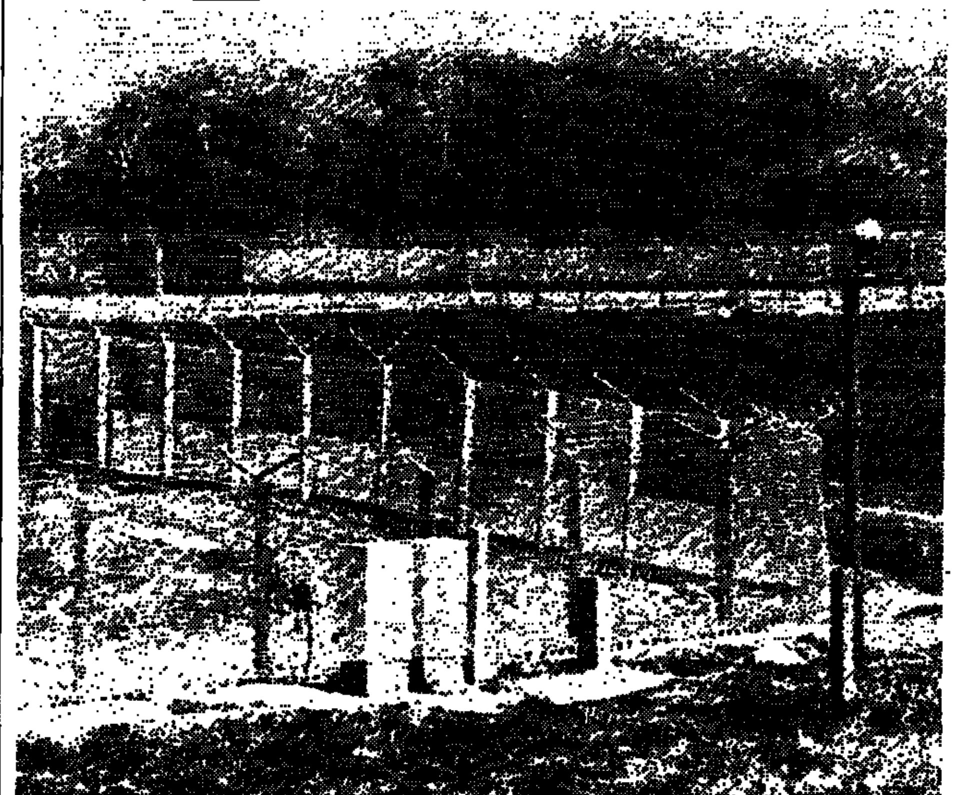
Von Rhetorik-Seminaren in der Breiten-Bildung über Akademie-Veranstaltungen zu Zukunftsfragen bis zu sozialempirischen Forschungsvorhaben reicht die Palette der Aktivitäten der Adenauer-Stiftung. Hinzu kommt ein Stipendienwerk, in dem rund 2000 Studenten studienbegleitend betreut werden, „internationale Kooperation" mit dem traditionellen Schwerpunkt Lateinamerika sowie die Betreuung eines historischen wie eines aktuellen Archivs. Rund 500 Mitarbeiter bewältigen dies bei einem Jahresetat von etwa 145 Millionen Mark – 80 Prozent der Mittel sind dabei „durchlaufende" Posten für Entwicklungshilfe und Stipendien.

Bei der „Konkurrenz" sehen die Daten ähnlich aus – wobei die in München beheimatete Hanns-Seidel-Stiftung (CSU) immer stärker auch der Adenauer-Stiftung Konkurrenz macht und außerdem als Besonderheit einen großen Teil ihrer Mittel in den Bereich der Berufsausbildung investiert. Der Hintergrund ist in dem einzigartigen Engagement zu suchen, daß die Bayern die Lehrlingsausbildung für VW-Techniker in China mittragen. Die Ebert-Stiftung mit einem Etat von rund 136 Millionen Mark und etwa 670 Mitarbeitern vergleichbar groß wie die Adenauer-Stiftung hat ihr Auslandsnetz über 44 Länder ausgebreitet und seit ihrer Wiederbegründung 1948 rund 28 000 Jahresstipendien vergeben.

Besuch aus China

Ihre ausländische Aktivitäten sind zu etwa gleichen Teilen vor allem auf Asien/Ozeanien, Afrika und Lateinamerika verteilt, wobei die sogenannten „Frontstaaten" im südlichen Afrika sowie der zentralamerikanische Raum um Costa Rica, Nicaragua und die Karibik zu Schwerpunkten wurden. Dabei leisten sie in Kuba beispielsweise Entwicklungshilfe ganz besonderer Art: Die durch das US-Embargo lange Jahre von internationalen Informationssträngen weitgehend abgenabelte kubanische Intelligenz erhielt durch die Deutschen wieder Anschluß an den „internationalen Diskurs".

Auch die Chinesen bedienen sich intensiv der Ebert-Stiftung: Das von den Bonnern in Trier unterhaltene Karl-Marx-Haus hat unter seinen Besuchern vor allem Abgesandte aus Maos Reich, auch im Archiv der Stiftung sitzen „immer zu zwei Drittel Chinesen". Sie arbeiten, wie es in der Ebert-Stiftung heißt, „jetzt systematisch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung durch", stellen die „Frage nach der Relevanz von Marx". Von ihren Genossen in Ost-Berlin oder Moskau erwarten sie offensichtlich keine befriedigenden Antworten mehr. Statt dessen kommt der Revisionismus-Streit zwischen Kautsky und Bernstein im Reich der Mitte wieder zu Ehren.





Der neue Elektrozaun hunderte von Metern hinter der innerdeutschen Demarkationslinie (hier in Bayern und Niedersachsen) läßt Flüchtlingen weniger Chancen als Minen und Todesautomaten. Die „DDR" konnte sie deshalb ohne Risiko abbauen lassen. Mit zwei Dutzend Signaldrähten machte Ost-Berlin den Weg in den Westen nahezu unüberwindlich. Der Schießbefehl gilt dennoch weiter. FOTO: RITTER

Die neue Grenzsicherung arbeitet lautlos und perfekt

WERNER KAHL, Bonn

Wie oft in den Bunkern der „DDR"-Grenzposten im Lauf eines Tages und einer Nacht die Alarmsirene heult und der Monitor des Schaltpultes die mutmaßliche Durchbruchstelle eines Flüchtlings anzeigt, hält die Ostberliner Führung geheim. Auf westlicher Seite entlang der 1393 Kilometer langen innerdeutschen Demarkationslinie sind Salven aus Maschinenpistolen und gezieltes Einzelfeuer im vergangenen Jahr seltener vernommen worden: Die neue lautlose elektronische Grenzsicherung erfüllt die Aufgabe, Flüchtlinge schon im Vorfeld abzufangen, offenbar fast perfekt.

Nur 160 „DDR"-Bewohnern ist es in den vergangenen zwölf Monaten gelungen, die Sperranlagen Richtung Westen zu überwinden. Unter ihnen befanden sich Grenzposten, die nur noch den letzten Zaun beziehungsweise die Berliner Mauer zu überwinden hatten. Im Jahre 1984 hatten bereits nur noch 192 Flüchtlinge die Sperranlagen, die damals mit den neuen Sicherungen ausgerüstet wurden, durchbrochen. Seitdem geht die Zahl der „Sperrbrecher" weiter zurück. Das bestätigt die jüngste Flucht-Statistik des Bundesinnenministeriums.

Das neue Grenzschutzsicherungsmodell (GSZ) ist aus der unmittelbaren Nähe zum Gebiet der Bundesrepublik Deutschland weiter östlich zurückverlegt worden. Flüchtlinge, die aus dem Innern Mitteldeutschlands in das Grenzgebiet kommen, stoßen bereits in der Regel Hunderte von Metern vor der Grenzlinie auf den ersten Sperrzaun. Dieser wurde entweder neu gesetzt oder erhöht. Der Signalzaun besteht aus sogenanntem Streckmetall, einem verzinkten Metallgitter mit aus Blech gestanzten etwa zwei Zentimeter hohen Rauten. Scharfe Kanten würden beim Versuch, den Zaun zu überklettern, dem Flüchtling die Fingerspitzen zerschneiden.

Gegen das Untergraben des Zauns versenkten die Wachen Betonplatten vom Format ein mal ein Meter fünfzig in den Boden. Um Annäherungen, die zunächst der Erkundung des Zauns dienen, zu erkennen, wurden die Posten angewiesen, nicht nur den Todesstreifen innerhalb der Sperranlagen, sondern auch einen über fünf Meter breiten Streifen auf der „DDR"-Seite des ersten Zauns zu harken.

Die Alarmgeber, auf die sich das Regime am stärksten verlassen kann, sind jetzt bis zu zwei Dutzend Signaldrähte; in regelmäßigen Abständen zwischen Erdboden und Zaunkrone gespannt. In den Drähten fließt Schwachstrom; er kann auf 24 oder 60 Volt geschaltet werden. Falls es einem Flüchtling gelungen ist, an den Zaun heranzukommen, löst er beim Berühren der Drähte einen Kurzschluß aus. In der Posten-Leitstelle gibt es Alarm – mit Scheinwerfern und Hunden jagen Greiftrupps den Flüchtling.

Was sich dabei abspielt, entzieht sich den Beobachtern auf der westlichen Seite. Das wird von der Erfassungsstelle in Salzgitter registriert, soweit es durch später flüchtende Posten gemeldet wird. Nach wie vor besteht jedoch der Schießbefehl.

Czaja: Von Rückzug nie gesprochen

Vertriebenen-Präsident reagiert auf Forderung nach personeller Verjüngungskur

GEORG FELZER, Stuttgart

„Die CDU", so war dieser Tage im Verbandsorgan der Jungen Union Baden-Württembergs zu lesen, „wird prüfen müssen, ob sie mit ihren Kandidaten für den Bundestag alle Kriterien einer Volkspartei erfüllt." Für den Parteinachwuchs freilich steht das Ergebnis der Prüfung schon fest: Zur Volkspartei fehlt ihrer Bonner Parlamentarier-Gruppe eine personelle Verjüngungskur, die von Stuttgart ausgehen soll.

Seit 1953 im Bundestag

Der politische Generationenkonflikt, den der JU-Landesvorsitzende Günther Oettinger, seit 1980 selbst Abgeordneter im baden-württembergischen Landtag, vom Zaun gebrochen hat, läßt sich an zwei Männern festmachen. Der eine, Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen, ist 71 Jahre alt und seit 1953 Mitglied des Bundestags.

Ebensolang vertritt er dort den Wahlkreis Stuttgart-Nord, mal als Landeslistenkandidat, seit 1983 wieder als direkt gewählter Abgeordneter und Bezwinger des SPD-Linksaußen Peter Conradi. Der andere heißt Marcus Mattis, ist 40 Jahre jünger und will die Ära Czaja auf dem Nominierungsparteitag der Stuttgarter CDU am 8. März beenden.

Mattis, Bezirksvorsitzender der Jungen Union Nordwürttemberg, ist für seine Freunde so etwas wie die Speerspitze der Erneuerung. Erst Ende vergangener Woche hatte JU-Chef Oettinger vor Journalisten die verblüffende Rechnung aufgemacht, daß anno 1991 das Durchschnittsalter der baden-württembergischen Abgeordnetenriege in der Unionsfraktion bei 56 Jahren liegen werde. Eine unziemliche „Überalterung", wie Günther Oettinger meinte. Erschwerend kommt hinzu: Mit dem Esslinger Journalisten Otto Hauser entwächst im Wahljahr 1987 das gegenwärtig einzige Mitglied der Jungen Union in der Landesgruppe dem Mitgliedsalter seines Verbands.

Mattis weiß aber nicht nur die Junge Union hinter sich. Auch in der CDU halten viele die Zeit für eine Wachablösung am Neckar für reif. Czaja, der 1985 erstmals nicht wieder in den Vorstand seines nord-württembergischen Bezirksverbands gewählt wurde, gilt politisch als Mann von gestern, physisch als nurmehr begrenzt belastbar. Außerdem soll der gebürtige Oberschlesier schon 1983 seinen altersbedingten Abschied für das Ende dieser Legislaturperiode angekündigt haben. Diese interne Zusage wird jetzt angemahnt.

Die Vertriebenenverbände stehen aber geschlossen hinter Czaja und empfänden die Abwahl ihres Spitzenfunktionärs als politischen Affront. Deshalb hatte man in der Parteiführung um Ministerpräsident Lothar Späth zunächst erwogen, Czaja den freiwilligen Verzicht auf seinen Wahlkreis dadurch abzuhandeln, daß man ihm einen sicheren Landeslistenplatz reservierte. Aber daraus wurde nichts. Über die Besetzung der Liste entscheiden in Baden-Württemberg allein die vier Bezirksverbände. Und unter denen ist Nordwürttemberg der einzige, der nur die Bewerber absichert, die in einem der 37 Wahlkreise des Landes kandidieren.

Frühzeitig beworben

Die Konfrontation ist unausweichlich. Czaja, der sich als Ost- und Deutschlandpolitiker in Bonn für unentbehrlich fühlt, hatte frühzeitig seine Bewerbung beim Kreisverband eingereicht und nutzte die Weihnachtsferien für eine interne Wahlkampftournee durch die Stuttgarter Ortsverbände. Über etwaige Rückzugsabsichten will er „niemals" gesprochen haben. Und auch das Überalterungsargument läßt er nicht gelten. „Dann", sagt Herbert Czaja, „hätte die Junge Union auch die Wahl Adenauers zum Bundeskanzler verhindern müssen." Der war damals zwei Jahre älter als Czaja heute.

„Sklavenhändlern" Kampf angesagt

NRW plant „mobile Einsatzgruppen" gegen Vermittler illegaler Leiharbeiter

WILM HERLYN, Düsseldorf

„Die Ausbeutung darf nicht mehr länger hingenommen werden. Die Leiharbeit-Firmen arbeiten wie Sklavenhändler mit Mafia-Methoden." So zitierte gestern in Düsseldorf der Arbeitsminister Hermann Heinemann seinen Vorgänger, Professor Friedhelm Farthmann. Nach Feststellungen seines Hauses werde gerade in Nordrhein-Westfalen „sehr häufig und massiv gegen das geltende Recht" verstoßen.

Ergebnis bedrückend

Heinemann belegte dies mit der gezielten Aktion eines Gewerbeaufsichtsamtes, bei der stichprobenartig Fremdfirmen unter die Lupe genommen wurden. Bei der Sonderaktion im Duisburger und Oberhausener Raum wurden auf dem Werksgelände von vier Großunternehmen der Stahl- und Chemieindustrie insgesamt 27 Fremdfirmen überprüft.

Das Ergebnis sei niederschmetternd: gegen mehr als die Hälfte dieser Unternehmen müßten Verfahren eingeleitet werden. Heinemann führte gestern dazu aus, bei zehn Firmen seien Arbeitszeitverstöße sowie unzulässige Sonntagsarbeit festgestellt, bei sechs Firmen läge unzulässige Arbeitnehmerüberlassung vor, in einem Fall bestehe zusätzlich der Verdacht des „Leistungsmißbrauchs", daß also ein Arbeitsloser zugleich vom Staat wie von seiner Leiharbeitsfirma kassiert habe.

Keine der überprüften Firmen sei bei dieser Aktion ohne Beanstandung geblieben. Beim technischen Arbeitsschutz oder beim Gesundheitsschutz seien teilweise erhebliche Mängel beobachtet worden – beispielsweise bei fehlender Absturzsicherung von Gerüsten, fehlender Winterbekleidung oder unzureichenden Tagesunterkünften. Der Minister erläuterte an einem Beispiel, daß weder der Arbeitsschutzbeauftragte noch das zuständige Betriebsratsmitglied noch der Chef der Leiharbeitsfirma gewußt hätten, daß aus einem Kamin statt Wasserdampf gefährliche und ätzende Salzsäure abgelassen wurde.

Heinemann sagte – ohne Namen zu nennen – auch renommierte Unternehmen in Nordrhein-Westfalen seien in größerem Umfang an Rechtsverstößen beteiligt. Diese Ansicht werde auch dadurch untermauert, daß beim Landesarbeitsamt immerhin rund 2000 Verfahren gegen Entleihbetriebe anhängig seien.

Als erstes Bundesland wird Nordrhein-Westfalen Konsequenzen aus dieser Lage ziehen, kündigte der Minister weiter an. Nach Änderung einiger Zuständigkeitsvorschriften wolle er bei einem Gewerbeaufsichtsamt eine „Mobile Einsatzgruppe" bilden, die landesweit mit der Kontrolle der Fremdfirmen befaßt wird. Heinemann sagte: „Durch eine solche Gruppe kann auch der Flexibilität der Verleiher, die häufig landes- oder bundesweit arbeiten, ein adäquates Gegengewicht entgegengesetzt werden."

Er erläuterte weiter, er teile die Ansicht der Bundesregierung nicht, die im November 1985 erklärt haben, „das geltende Recht reicht zur Bekämpfung der aufgedeckten Mißstände aus". Er unterstütze die Kernthesen des Entdeckungs-Schriftstellers Günter Wallraff, aber es hätte nicht dessen Buch „Ganz unten" bedurft, um einen besonderen Schwerpunkt der Ermittlungen gegen derartige Firmen zu setzen. Dabei macht auch das Landesarbeitsamt darauf aufmerksam, daß gerade in NRW die Leiharbeit stark zugenommen habe. Die Zahl der legalen Unternehmen in diesem Bereich erhöhte sich gegenüber 1984 um gut 25 Prozent. Die Zahl der Lizenz-Anträge für sogenannte Arbeitnehmerüberlassungs-Firmen wuchs sogar um 40 Prozent in diesem Zeitraum. Im abgelaufenen Jahr verliehen in NRW 529 Firmen Arbeitskräfte. Sie verfügen über 17 000 Arbeitskräfte. Bundesweit sollen etwa 50 000 Menschen bei legalen Verleihern beschäftigt sein.

Mehr als 4000 Verfahren

Noch mehr Sorgen macht sich Heinemann um die illegalen Verleiher. Wegen dieses Deliktes wurden allein in dem bevölkerungsreichsten Bundesland mehr als 4000 Verfahren angestrengt. Gegen Verleiher und Entleiher verlangten Gerichte fast vier Millionen Mark Bußgelder. Damit verdoppelte sich diese Zahl. Heinemann schätzt, daß es derart mehr illegale als legale Verleiher gebe – das Verhältnis sei eins zu sechs. Allein durch illegale Arbeitnehmerüberlassung verliere die AOK in NRW 250 Millionen Mark an Beiträgen.

Wußten Manager bei Rheinmetall von Deckadresse?

WILM HERLYN, Düsseldorf

Im ersten Verfahren nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz seit Bestehen der Bundesrepublik wurde gestern bei der Eröffnung des Prozesses die Linie der Verteidigung offenbar: Die Anwälte der vier angeklagten Manager des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall versuchten mit Anträgen die Besetzung der 10. Großen Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts in Frage zu stellen. Die Strategie läuft auf einen wunden Punkt der Staatsanwaltschaft zu. Denn Teile der Anklage werden 1987 verjähren.

Wesentliche Punkte der Anklage sind Waffenexporte, die über Umwege gelaufen sein sollen. Statt der wahren Empfängerländer sollen unverfängliche Adressen – wie Italien oder Spanien – als Abnehmer der Waren genannt worden sein. Danach erst wurden die Exporte auch nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) genehmigt. Es soll sich um Rüstungsgüter im Gesamtwert von mehr als 100 Millionen Mark handeln. Insbesondere soll der angesehene Rüstungskonzern Rheinmetall Flugzeugabwehrkanonen an Geschäftspartner in Spanien, Maschinengewehre an Abnehmer in Italien und Abfüllanlagen zur Herstellung von Munition an Auftraggeber in Paraguay geliefert haben. Nach Angaben der Staatsanwälte aber sind diese Posten in Argentinien, in Saudi-Arabien und in Südafrika angekommen.

Diese Art von Umleitungsverkäufen ist aber nach dem deutschen Kriegswaffenkontrollgesetz nicht zulässig. Dabei spielt die sogenannte Endverbleibsklausel eine entscheidende Rolle: Danach muß sich das erste Empfängerland der Waffensysteme verpflichten, die gelieferten Waren nicht an ein drittes Land weiterzugeben. Erst nach dieser Verpflichtung werden die Exporte von der Bundesregierung in Bonn genehmigt.

Die Staatsanwaltschaft aber geht in diesem Prozeß davon aus, daß zumindest die vier angeklagten Manager von vornherein gewußt hätten, daß die Lieferungen zunächst nur an Deckadressen gehen – dann aber in Länder weiterveräußert wurden, die zu „Spannungsgebieten" zählen, in die nach deutschem Recht keine Waffen geliefert werden dürfen.

Die Ermittlungen dauerten mehr als fünf Jahre. Die Angeklagten wurden im Sommer 1983 vorläufig festgenommen und gegen die ungewöhnlich hohe Kaution von insgesamt 23 Millionen Mark auf freien Fuß gesetzt. Einer von ihnen hat inzwischen Rheinmetall als Arbeitgeber verlassen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Zwischen den Ideologien

Der Politiker Heinz Brandt starb im Alter von 76 Jahren

Nea. Frankfurt

Einsam und fast vergessen starb in der vergangenen Woche in Frankfurt der 76jährige Journalist und Politiker Heinz Brandt. Sein Weg begann beim Kommunismus. Anfang der 60er Jahre beschäftigte sein Fall die gesamte Weltpresse, als ihn Häscher des Staatssicherheitsdienstes der „DDR" aus West-Berlin in den Osten verschleppten. Sein letzter Artikel erschien Ende 1985 in der Zeitschrift „Kontinent" – eine schonungslose Abrechnung mit der Sowjetunion und dem Weltkommunismus unter der Überschrift „Die afghanische Todesfuge".

Brandts Lebensweg gleicht einer Gratwanderung zwischen den Ideologien. Als Sohn eines jüdischen Berliner Arbeiters zog es ihn zunächst in die KPD, für die er nach 1933 eine illegale Zeitung herausgab. 1934 wurde er von der Gestapo zwar verhaftet, doch es gelang ihm, in den Konzentrationslagern in Sachsenhausen, Auschwitz und Buchenwald zu überleben. Nach 1945 gelangte er im Osten zunächst zu hohen Ehren als Sekretär für Agitation der SED. Nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 fiel er in Ungnade, verlor seine Ämter und wechselte 1958 in den Westen, wo er der SPD beitrat und für die Gewerkschaftszeitung „Metall" schrieb.

Bei einem Aufenthalt in West-Berlin im Juni 1961 wurde er in den Ostteil der Stadt verschleppt und drüben unter Ausschluß der Öffentlichkeit als „Spion" zu 13 Jahren Haft verurteilt. Als daraufhin in der ganzen Welt Protest erhoben wurde, ließ man Brandt 1964 wieder in den Westen ausreisen.

Später schloß er sich den Grünen an. Mit ihnen überwarf er sich aber, als ihm bei den Linken sein vorbehaltloses Eintreten für die Gewerkschaft „Solidarität" in Polen und vor allem für das durch die Sowjetunion mit einem Vernichtungsfeldzug überzogenen afghanische Volk übelgenommen wurde. Für Angriffe der Gewerkschaften sorgte Brandt, als er deren Zusammenarbeit mit der Atomindustrie als „Atomfilz" kritisierte.

Sein Einsatz für die Freiheit der Afghanen wird in der Todesanzeige in der „Frankfurter Rundschau" mit keinem Wort erwähnt. Die Anzeige war unter anderem von den Führern der Studentenunruhen in den 60er Jahren Daniel Cohn-Bendit und Bernd Rabehl, von den Professoren Ossip Flechtheim und Jürgen Seifert sowie von dem früheren grünen Bundestagsabgeordneten Milan Horacek und Wolf Biermann unterzeichnet.

Mit seinem Buch „Ein Traum, der nicht entführbar ist", das auf seine Verschleppung anspielt, hinterläßt Heinz Brandt sein Vermächtnis.

Lafontaine lehnt die Entlassung Leinens ab

UR., Bonn

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine hat die Forderung der CDU-Fraktion, Umweltminister Jo Leinen wegen seiner umstrittenen Äußerungen – „Eine tote Stahlindustrie macht keinen Dreck mehr" – zu entlassen, zurückgewiesen. Lafontaine gab im Saarländischen Rundfunk aber zu, daß die Worte Leinens „etwas mißverständlich" seien. Der Rücktritt Leinens, meinte der Ministerpräsident gelassen, werde alle vier Wochen erhoben.

Für die FDP-Fraktion war die Weigerung des SPD-Regierungschefs, sich von Leinen zu trennen, absehbar gewesen: „Wenn Lafontaine Leinen aus dem Kabinett hinauswirft, ist er seine parlamentarische Mehrheit los", so FDP-Chef Horst Rehberger. Aus dieser Überlegung heraus hatte die FDP auf ihren zweiten Mißtrauensantrag gegen den umstrittenen Minister verzichtet. Nach dem Rückzieher von dem ersten – aus Anlaß eines Grußschreibens des Leinen-Referenten an den Marxistischen Studentenbund – war die Schadenfreude der CDU unüberhörbar gewesen. Jetzt spielten die Freien Demokraten mit vertauschten Rollen und schauten zu, wie die Kollegen von der CDU aufliefen.

Landesbank als Wahlkampfthema?

Bayerische SPD plant Untersuchungsausschuß zur Mega-Petrol-Affäre / Millionenverluste

PETER SCHMALZ, München

Als eine Münchner Lokalzeitung am Wochenende über „Schneebälle, die zur Lawine werden können" berichtete, war nicht die aktuelle Wettermeldung gemeint, sondern vielmehr ein Vorgang, der den bayerischen Landtag in der nächsten Woche in einem Sonderplenum und in den kommenden Monaten voraussichtlich in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß beschäftigen wird. Gemeint sind die Verstrikkungen der Bayerischen Landesbank mit der Mega-Petrol, die für Ölexplorationen in Nordamerika bei deutschen Kapitalanlegern fast eine Viertelmilliarde Mark sammelte und inzwischen vor dem Ruin steht.

Verwickelter Fall

Die oppositionelle SPD bemüht sich, über die ihr zur Verfügung stehenden politischen Mittel Licht in das Beziehungsgeflecht zwischen den gestrandeten Ölsuchern und der Landesbank, einem seriösen öffentlich-rechtlichen Unternehmen, zu bringen. Daß die Sozialdemokraten dabei in den kuriosen Verdacht geraten, sie wollten den um ihre teilweise siebenstelligen Einlagen bangenden Kommanditisten unter die Arme greifen, ist ihnen sowohl bewußt wie peinlich. Ihnen geht es, so beteuerte gestern die SPD-Landtagsabgeordnete Carmen König, einzig um die politisch interessante Seite des Falles. Und dort sieht die SPD jene Schneebälle, von denen sie wünscht, sie mögen zur Lawine werden, die den Landesbank-Präsidenten und einstigen CSU-Mächtigen Ludwig Huber vom Stuhl wehen und am besten Finanzminister Max Streibl als Aufsichtsrat der Landesbank gleich noch mitreißen.

Daß ersteres oder gar beides geschehen werde, glaubt Frau König nach eigenem Bekunden zwar auch nicht (wg. „bayerischem Filz"), aber ein Untersuchungsausschuß paßt der ohnehin an Themamangel leidenden SPD ins Landtagswahljahr, läßt sich damit doch ein wenig Staub aufwirbeln und öffentliches Aufsehen erregen.

Wie weit die SPD dabei zum Kern des reichlich verworrenen Millionenspiels vordringen wird, muß der Untersuchungsausschuß zeigen. Augenblicklich fehlt jedenfalls selbst versierten Wirtschaftsexperten der Durchblick. Mega-Petrol-Gründer Ernst Willner, ein wuseliger und publicitysüchtiger Geschäftemacher, der mal mit Öl, mal mit Schiffen und mal mit Krafträdern jonglierte, sieht sich in weißer Weste: „Ich bin restlos unschuldig." Davon ist die Münchner Staatsanwaltschaft zwar nicht überzeugt, denn sie sucht ihn per Haftbefehl, weil er 1500 Geldanleger um mindestens 216 Millionen Mark geprellt haben soll. Willner aber konnte sich vergangene Woche ins Ausland absetzen und gibt seither von dort fleißig Telefoninterviews.

Unschuldig fühlt sich auch Landesbank-Chef Huber, der durch seine engen Beziehungen zum früheren bayerischen Verfassungsschützer Langemann der CSU-Regierung schon einmal einen saftigen Skandal eingebrockt hat. Die Bank, so verteidigt sich der frühere Kultus- und Finanzminister Huber, habe weder Kenntnis gehabt von der mangelnden Bonität der Mega-Petrol-Gesellschaften, als sie eifrig Kommanditanteile vorfinanzierte, noch sei ihr bewußt gewesen, daß mit den Geldern des einen Fonds Lücken in anderen geschlossen wurden, was in der Branche als Schneeballsystem bezeichnet wird.

Schneeball-System

Gestern legte die SPD-Abgeordnete König der Presse umfangreiches Material vor, aus dem hervorgehen soll, daß die Landesbank sehr wohl schon vor Jahren von dieser Schneeballpraxis gewußt und diese in manchen Fällen sogar selbst angeregt haben soll. So ist in einer Aktennotiz eines Landesbank-Mitarbeiters aus dem Jahre 1980 erkennbar, daß die zugesagte 15prozentige Verzinsung der Einlagen aus den voraussichtlichen Ölfördermengen nicht gedeckt werden kann, weshalb „die Schließung einer Ertragslücke nur aus dem Kapital von Folgegesellschaften möglich" sei. Das aber, so Frau König, ist die Definition des Schneeballsystems.

Als Beweis für das schlechte Gewissen der Bank legte Carmen König Kontoauszüge vor, die belegen sollen, die Bank habe einige Darlehen getilgt, ohne daß die Gläubiger Zahlungen leisten mußten.

Wie aus bulgarischen Türken Bulgaren werden

Anthropologen sollen die „Einheit der Nation“ beweisen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die bulgarische Partei- und Staatsführung hat Historiker und Anthropologen mobilisiert, um zu beweisen, daß es in Bulgarien keine Türken gibt und auch niemals gegeben hat. Noch bei der Volkszählung von 1965 waren 800 000 Personen registriert worden, die sich zur türkischen Nationalität bekannten. Von türkischer Seite sprach man sogar von einer Million. Bei der Volkszählung im Dezember wurde die Frage nach der nationalen oder Volkszugehörigkeit gar nicht mehr gestellt: denn alle Bulgaren gelten jetzt als Mitglieder der „Einheit sozialistisch-bulgarischer Nation“.

Die Tatsache, daß man in früheren Jahren auch im kommunistischen Bulgarien eine türkische nationale Minderheit – immerhin 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung – anerkannte und offiziell registrierte, wird von bulgarischen Wissenschaftlern in der Sofioter Zeitung „Otetschestwen Front“ als bedauerlicher Irrtum und Fehler bezeichnet.

Die bulgarischen Türken seien nämlich keine Türken, sondern ursprünglich Bulgaren, die während der türkischen Herrschaft (also vor 1878) einer zwangsweisen Assimilierung und Islamisierung ausgesetzt wurden. Diese „türkischen Sprech-Bulgaren“ hätten aber nichts mit den Türken von Kleinasien gemeinsam.

Solche Feststellungen stimmen zufällig genau mit der kommunistischen Parteilinie überein, wonach „kein einziger Teil der bulgarischen Nation zu einem anderen Volk gehört“. Die Anthropologen erklären jetzt, das bulgarische Volk bestehe aus „drei ethnischen Komponenten“: einer thrakischen, einer slawischen, einer „proto-bulgarischen“. In diese Elemente seien im Laufe der Geschichte alle anderen Völker, Stämme und Volksgruppen aufgegangen.

Skelette untersucht

In einer wissenschaftlichen Rechtfertigung, die auf seltsame Weise an gewisse Untersuchungen erinnert, wie sie im Deutschland der dreißiger Jahre üblich waren, heißt es jetzt in Sofia, das Institut für Morphologie der bulgarischen Akademie der Wissenschaften habe 3000 Skelette und Knochenüberreste in Grabfunden aus verschiedenen Epochen untersucht – von der Frühgeschichte bis zum späten Mittelalter. Man habe unzählige plastische und graphische Rekonstruktionen vorgenommen. Sie alle hätten ergeben, daß die thrakische Bevölkerung sich auf dem Boden des heutigen Bulgarien mit den Slawen und Proto-Bulgaren (nichtslawische Volksgruppe) nach deren Ankunft auf dem Balkan vermischte. Diese drei Komponenten hätten demnach bereits im 9. und 10. Jahrhundert die bulgarische Nation gebildet.

Existenz bestritten

Die anderen Nationen, die den Balkan und zum Teil auch den Nahen Osten bevölkerten (und heute noch bevölkern), hat es nach dieser Lesart in Bulgarien nie gegeben: Weder Mazedonier (deren Existenz in früheren Volkszählungen der Volksrepublik mit über 160 000 angegeben worden war), noch Armenier, Griechen (die während der türkischen Herrschaft als Kaufleute und Geistliche eine große Rolle spielten), noch Rumänen oder Zigeuner, auch nicht die überall auf dem Balkan anzutreffenden Zinzaren oder Wallachen.

In den drei Bezirken Blagojewgrad (Grenzgebiet zum jugoslawischen Mazedonien), Moljansk und Kardschari (Grenzgebiet zu Griechenland und der Türkei) haben die Anthropologen und Ethnologen aus Sofia besonders genaue Untersuchungen vorgenommen. Das Resultat: Die bei früheren Volkszählungen besonders schwierigen Türken und Mazedonier entpuppten sich nach neuer bulgarischer Lesart als reinblütige Bulgaren, allenfalls als „bulgarische Moslems“.

*

SAD, Athen

Der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu will offenbar zwischen Ankara und Sofia wegen der Türkenfrage vermittelnd eingreifen. Nach türkischen Presseberichten hat sein Sonderemissär, Aurel Dumas, Präsident Evren kürzlich mitgeteilt, daß der bulgarische Staats- und Parteichef Todor Schiwkoff angeblich bereit sei, ihn in einem Grenzort entlang der gemeinsamen Grenze zur Erörterung dieser Problematik zu treffen. Das Außenministerium in Ankara schwieg bisher dazu. Bisher hat sich Sofia geweigert, verschiedene Demarchen und vier Protestnoten Ankaras zu beantworten.

Gorbatschow rügt die Partei in der Ukraine

DW. Moskau

Die vom sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow eingeleitete Säuberungswelle hat jetzt auch die Ukraine erreicht. Nach einer Meldung der sowjetischen Parteizeitung „Prawda“ sind mehrere Parteifunktionäre wegen Machtmißbrauchs entlassen und etliche andere verwarnt worden. Auf einer Parteiversammlung in Charkow seien Fehler in der Wirtschaftsführung der Republik und „Verstöße gegen die Parteidisziplin“ diskutiert worden. Die Parteiorganisation der Ukraine war bisher von den Säuberungen Gorbatschows verschont geblieben. Die Republik gilt als Machtbasis von Wladimir Schtscherbitski, der als einer der letzten Vertreter der „Alten Garde“ aus der Zeit des früheren Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew im Politbüro sitzt. Einige westliche Diplomaten halten seine Entlassung aus dem höchsten Gremium noch vor dem Parteitag im Februar für möglich. Gorbatschow hat bisher bereits eine Reihe älterer Politbüromitglieder durch Gefolgsleute ersetzt.

US-Schiff von Iranern gestoppt

dpa, Abu Dhabi

Ein iranisches Kriegsschiff hat am Sonntag zum ersten Mal ein amerikanisches Handelsschiff in internationalen Gewässern außerhalb des Persischen Golfes gestoppt. Wie ein US-Diplomat berichtete, durfte die 39 000 Tonnen große „President Taylor“ jedoch nach etwa 30 Minuten wieder weiterfahren.

„Der Kapitän einer iranischen Fregatte drohte damit, das Schiff in die Luft zu sprengen, falls es nicht zu einer Inspektion stoppen werde“, berichtete der Diplomat. Dann seien sechs oder sieben bewaffnete iranische Offiziere an Bord gekommen. Sie hätten das Schiff nach Waren durchsucht, die für Irak bestimmt waren. Anschließend durfte das Schiff, das aus Pakistan kam, seine Fahrt nach Fujairah (Vereinigte Arabische Emirate) am Golf von Oman fortsetzen. Im Gebiet des Persischen Golfs sind bereits zahlreiche Handelsschiffe verschiedener Nationalitäten von den Iranern aufgebracht worden. In den USA registrierte Schiffe waren bisher jedoch nicht betroffen.

Castros Werben in Südamerika zeigt Wirkung

Brasilien im Mittelpunkt der Offensive / Die neuen Demokratien geben sich ideologisch flexibel / Die USA warnen

WERNER THOMAS, Miami

Zwei Stunden lang ließ sich Kubas Staatschef Fidel Castro von dem privaten Manchete-Fernsehsender interviewen – sein erster Auftritt für ein brasilianisches Fernsehpublikum seit mehr als 20 Jahren. Er umwarb die Brasilianer, er beschimpfte die Amerikaner, er verriet eine Neuigkeit aus seinem Privatleben: Der wohl bekannteste Zigarrenraucher der Welt raucht nicht mehr. „Ein Opfer, das der Gesundheit meines Volkes dient.“

Der Kubaner verfolgte eine Absicht mit seiner Bildschirm-Vorstellung: Er wünscht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu der größten Nation Lateinamerikas. Seit einiger Zeit schon bemüht er sich um ein Ende der regionalen Isolation. Ein Botschafteraustausch mit Brasilien wäre ein Meilenstein auf dem Weg zurück in die lateinamerikanische Gemeinschaft.

Obgleich die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) bereits vor zehn Jahren den Blockadebeschluß von 1962 aufhob, blieb die kommunistische Karibik-Insel isoliert. Das ändert sich jetzt, weil die neuen Demokratien Südamerikas eine ideologische Flexibilität und außenpolitische Unabhängigkeit von den USA demonstrieren wollen.

Selbst Ecuador und Uruguay, zwei Staaten mit konservativen Regierungen, unterhalten normale Beziehungen zu Kuba. Peru strebt eine Normalisierung des Verhältnisses an und ernannte gerade einen neuen Botschafter. Der Staat hatte 1980 seinen Missionschef aus Havana abgezogen, als damals mehr als 12 000 revolutionsmüde Kubaner auf das Botschaftsgelände flohen.

Von den südamerikanischen Nationen haben lediglich Brasilien, Chile und Paraguay keine diplomatischen Vertretungen in der kubanischen Hauptstadt. In dem Konfliktgebiet Mittelamerika ist das Mißtrauen gegenüber Castro dagegen nicht überwunden. Neben Panama ist nur Nicaragua diplomatischer Stützpunkt der Kubaner.

Besonders herzlich scheint sich das Verhältnis zwischen Peru und Kuba zu entwickeln, das bei der Amtsübernahme des sozialdemokratischen Präsidenten Alan Garcia im Sommer 1985 spannungsgeladen war. Garcia und Castro hatten ihre unterschiedlichen Meinungen in der Schuldenfrage öffentlich kritisiert.

Lieblingsthema Schulden

Über Weihnachten schickte Garcia seinen Ministerpräsidenten Luis Alva Castro nach Havana, um Castro für ein lateinamerikanisches Gipfeltreffen in Panama einzuladen. Castro sagte sofort zu. Die Idee für diese Veranstaltung – Datum noch unbekannt – geht von Garcia aus. Die Konferenzteilnehmer wollen über ein Lieblingsthema des Kubaners diskutieren: das Schuldenproblem.

Brasilien steht im Mittelpunkt der kubanischen Werbekampagne, die sich auch örtlicher Sympathisantenkreise bedient. So veröffentlichte der linksorientierte Dominikaner-Pater Betto, der einst wegen Guerrilla-Aktivitäten im Gefängnis saß, das Buch „Castro und die Religion“. Der Autor läßt seinen Titelhelden erklären, der Marxismus und die Kirche verfolgten das gleiche Ziel: „die Befreiung der Armen von der kapitalistischen Ausbeutung“.

Nach dem aufsehenerregenden Fernsehinterview, bei dem der ergraute Gesprächspartner nur wenige unangenehme Fragen beantworten mußte, warnte die Zeitung „O Globo“ in einem Kommentar auf Seite eins: „Castro ist ein Demagoge, der mit eiserner Hand regiert.“

Die Reagan-Regierung verbreitet die Warnung, daß Kuba seine diplomatischen Vertretungen häufig für Destabilisierungs- und Spionagezwecke mißbrauche. Sie erinnerte an einen Vorfall Mitte Dezember in Madrid, als vier kubanische Botschaftsangehörige einen desertierten kubanischen Regierungsbeamten entführen wollten. Guerrilleros in El Salvador, Guatemala, Kolumbien und Peru würden von Kuba unterstützt werden. Viele lateinamerikanische Regierungen argumentieren dagegen, die Befreiung Castros aus der Isolation könne den Revolutionär moderater stimmen.

Kenneth Skoug, der Abteilungsleiter im State Department für Kuba-Fragen, mahnt vor Illusionen. Seiner Meinung nach verfolgt Castro noch eine andere Strategie mit seiner diplomatischen Offensive: die Diskreditierung der amerikanischen Nicaragua-Politik. „Castro versucht alles, um die Konsolidierung der zweiten marxistisch-leninistischen Regierung in der westlichen Hemisphäre zu erreichen.“

Peinliche Fragen

Nicht immer verläuft ein Botschafter-Austausch reibungslos. Als der neue kubanische Missionschef Joaquin Mas Martinez kurz vor Weihnachten in der uruguayischen Hauptstadt Montevideo eintraf, war ein anderer Mann präsent, der etwas über seine Vergangenheit erzählte: Armando Valladares, Schriftsteller, 22 Jahre lang Häftling in kubanischen Gefängnissen. Er informierte die Öffentlichkeit, daß Mas Martinez 1959 Exekutionskommandos kommandiert hatte.

Nach der Überreichung des Beglaubigungsschreibens im Präsidentenpalast mußte der Emissär wartenden Journalisten peinliche Fragen beantworten. Er dementierte alle Vorwürfe.

Orthodoxe zürnen den Mormonen in Jerusalem

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

In der israelischen Regierung ist ein Streit über den Bau einer Mormonen-Zweigniederlassung der „Brigham Young Universität“ auf dem Skopusberg in Jerusalem entbrannt. Die Freundschaft zwischen Israel und der mormonischen Religionsgemeinschaft könnte darunter leiden.

Die nichtreligiösen Mitglieder der Regierung sowie Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek begrüßen das Projekt. Doch die Ultra-Orthodoxen, geführt von dem Knesset-Abgeordneten Abraham Shapira, widersetzen sich gegen „dieses neue Missionszentrum, das sich den Seelenfang von Juden zur Aufgabe gesetzt hat“. Fast täglich demonstrieren mit Plakaten wie „Christen – ja, Missionare – nein“.

Vor zwei Wochen kam es sogar zu einem Mißtrauensantrag in der Knesset. Einer der heftigsten Kritiker des Mormonen-Vorhabens, Innenminister Rabbiner Ytzhak Peretz sagte: „Ich habe alles versucht, um eine gesetzliche Handhabe für den Widerruf der Baulizenz zu finden – es war vergebens.“ Die religiösen Minister mußten obendrein zugeben, daß sie selbst die Genehmigung mitunterzeichnet hatten. Sie hätten nicht gewußt, was hinter dem Namen „Brigham Young“ steckte, sagen sie jetzt.

Die Verbindung der Mormonen mit Israel begann 1969, als die „Brigham Young Universität“ eine Zweigstelle in Jerusalem für 50 bis 100 Studenten pro Semester errichtete. Zum Lehrkörper zählen bis heute jüdische Dozenten, sogar Knesset-Abgeordnete. Das Programm erwies sich als so erfolgreich, daß die Universität 1977 ein permamentes Gebäude zu errichten beschloß. Der damalige Premierminister Menachem Begin bot den Mormonen damals eines der schönsten Grundstücke in Jerusalem auf dem Skopusberg an. Mit Beginn der Bauarbeiten vor einem Jahr setzten auch die Proteste gegen die Missionstätigkeit der Mormonen ein.

Der Disput hat inzwischen völkerrechtliche Dimensionen angenommen. Der Staat Israel begründet sein Anrecht auf Jerusalem nicht nur historisch, sondern auch moralisch. Er erkennt die ideologische Verbindung aller christlichen Kirchen mit Jerusalem ausdrücklich an und garantiert Religionsfreiheit. Dies läßt sich aber mit einem Bauverbot aufgrund religiöser Einwände nicht vereinbaren.

Um jüdischen Befürchtungen entgegenzutreten, haben sich die „Brigham Young Universität“ wie auch die Führung der Mormonen im US-Bundesstaat Utah ausdrücklich verpflichtet, sich in Jerusalem jeglicher Missionstätigkeit zu enthalten – obwohl sie gesetzlich erlaubt ist: Ein Gesetz aus dem Jahre 1977 verbietet nur die Anwendung materieller Anreize.

Dem Jerusalemer Stadtrat genügte dieses Versprechen, nicht aber Moshe Dann, dem Leiter der israelischen Organisation „Yad Leachim“, die die Mormonen-Kritiker anführt: „Wir werden keine solche Garantie akzeptieren, denn die Mormonen betrachten die Verbreitung ihres Glaubens als ihre Hauptaufgabe. Das ergibt sich aus ihren Glaubensregeln.“

Dem Drängen der Orthodoxen nachgebend hat Premier Peres einen Ministerausschuß ernannt, um „alle Aspekte der Frage zu untersuchen“.

(SAD)

Du hast uns zu Dir hin geschaffen, Herr,
und unruhig ist unser Herz, bis es ruht in Dir
(Augustinus, Bekenntnisse I)

†

Nach einem erfüllten, tapferen Leben entschlief heute, versehen mit den Gnadenmitteln der heiligen katholischen Kirche, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Margarete Underberg

geb. Buss

Trägerin der Goldenen Palme von Jerusalem
Großkreuzdame des Ritterordens vom Heiligen Grabe zu Jerusalem
Trägerin des Schulterbandes des St. Sebastianus-Ehrenkreuzes
Chevalier de l'Ordre National du Mérite
Trägerin des Bundesverdienstkreuzes I. Klasse
Trägerin des DRK-Ehrenzeichens
Ehrenbürgerin der Gemeinde Marienbaum bei Xanten

Gott der Herr rief sie im 74. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit.

Emil Underberg und Frau Christiane geb. Schattauer-Klönne
Hubertine, Emil, Christiane und Juliane

Ann Underberg

Fritz Underberg

Rheinberg, Rorschachberg, Bom Jardim, am 11. Januar 1986

Die feierlichen Exequien werden gehalten am Freitag, dem 17. Januar 1986, um 10.00 Uhr in der Pfarrkirche St. Peter zu Rheinberg, daran anschließend ist die Beisetzung in der Familiengruft auf dem Friedhof Annaberg.

Anstelle von zugedachten Blumen- und Kranzspenden bitten wir im Sinne der Verstorbenen die Kindergärten im Heiligen Land zu unterstützen, Spendenkonto Nr. 01 845 015 (BLZ 300 306 00), Bankhaus Schliep und Co., Düsseldorf.

---

†

Unsere Seniorchefin

Frau Margarete Underberg

geb. Buss

ist heute im Alter von 73 Jahren gestorben.

Als Geschäftsführende Gesellschafterin hat sie die Geschicke des Unternehmens von 1958 bis 1983 entscheidend beeinflußt.

Ihre unternehmerische Tätigkeit war getragen von hohem Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein. Ihre besondere Fürsorge galt dem Wohl der Mitarbeiter und deren Angehörigen.

Mehr als 30 Jahre war sie Hüterin des Underberg-Rezeptes und garantierte getreu der Devise „semper idem“ die hohe Qualität des Produktes Underberg.

Geschäftsführung
Mitarbeiter und Betriebsrat der

Underberg KG

Rheinberg, 11. Januar 1986

Die feierlichen Exequien werden gehalten am Freitag, dem 17. Januar 1986, um 10.00 Uhr in der Pfarrkirche St. Peter zu Rheinberg, daran anschließend ist die Beisetzung in der Familiengruft auf dem Friedhof Annaberg.

Anstelle von zugedachten Blumen- und Kranzspenden bitten wir im Sinne der Verstorbenen die Kindergärten im Heiligen Land zu unterstützen, Spendenkonto Nr. 01 845 015 (BLZ 300 306 00), Bankhaus Schliep und Co., Düsseldorf.

Bei der HYPO sind Sie in bester Aktien-Gesellschaft.

Aktien-Geschäfte sind Geschäfte mit Zukunft. Wir können Ihnen eine Perspektive anbieten, die einen steilen Aufstieg und eine außerordentlich lange Lebensdauer verspricht: Kreativität.

Denn Kreative haben krisensichere Chancen. Und gute Ideen sind die erfolgreichsten Produkte auf den Märkten von morgen.

Wenn Sie sich einen puren Anteil am Erfolg von Ideen sichern wollen, können Sie das mit einer HYPO-Aktie tun. Damit gehen unsere Ideen gleich doppelt auf Ihr Konto.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Hermann Schmid
HYPO-BANK

TENNIS / Heute beginnt das 16. Masters-Turnier in New York: Boris Becker gegen Annacone

● Mats Wilander (Schweden) gegen Scott Davis (USA) – damit beginnt heute das 16. Masters-Turnier in New York. Auf einen von beiden trifft Boris Becker im Viertelfinale, wenn er Paul Annacone (USA) schlägt.

● An Nummer 1 ist der Tschechoslowake Ivan Lendl gesetzt, an Nummer 2 der Amerikaner John McEnroe. Er sagt: „Mir fehlt augenblicklich die Konzentration, doch in meiner Heimatstadt New York wird das mit Sicherheit anders werden."

● Schauplatz des Masters-Turniers in New York ist der Madison Square Garden, der 1968 für 150 Millionen Dollar über dem U-Bahnhof Pennsylvania Station neu entstand. In den letzten Jahren wurden jeweils etwa acht Millionen Dollar Verlust erwirtschaftet.

Im Vordergrund soll wieder der Sport stehen

H.-J. POHMANN, New York

Als Ivan Lendl vor zwölf Monaten Das Masters-finale gegen John McEnroe verlor, da nannte Lendl das Masters schlicht ein „Turnier im Niemandsland". Denn dieses Turnier begann sogar das sportverrückte New Yorker Publikum zu langweilen. Das fing schon mit der in den Jahren zuvor beängstigenden Überlegenheit McEnroes an.

Doch weitaus gravierender schien der ungünstige Termin zu sein. Denn normalerweise soll das Masters-Turnier den Abschluß und Höhepunkt aller Grand-Prix-Turniere der vorangegangenen Saison bilden. Wenn aber dieses Turnier erst zu Beginn des neuen Jahres stattfindet und die Spieler lustlos und untrainiert anreisen, kann kaum von einem Höhepunkt gesprochen werden. Zumal die letzten Grand-Prix-Turniere schon einige Wochen zurückliegen.

Meistens waren es dann auch die Prämien aus dem Bonus-Pool des Grand-Prixs, die die Aktiven lockten, denn das Kassieren dieser Prämien war zweckgebunden – durchs Mitwirken beim Masters.

Kein Wunder, daß die Zuschauer nicht mehr strömten, wie zum Beispiel 1983, als 132 000 in die Arena in den Madison Square Garden kamen. Im Vorjahr waren es knapp 100 000.

Alarmzeichen genug für das höchste Gremium im Welt-Tennis, das Pro Council, um zu handeln. So wird es in diesem Jahr zwei Masters geben. Letztmals beginnt heute abend um 22.00 (MEZ) das Turnier im Januar um den Abschluß des Vorjahres mit seinen 78 Turnieren zu bilden. Vom 1.- bis 7. Dezember findet dann mit dem Masters '86 der klassische Höhepunkt der diesjährigen Saison statt.

Aber es gab noch weitere Änderungen. Jahrelang hatte Pro Serv, einer jener Agentengruppen das Sagen, die nicht nur den Sponsor (bislang Volvo) bestimmten, sondern auch den Turnierdirektor nebst eigener Fernsehstation (USA Network) stellten. Jetzt wurde Pro Serv gekündigt und für die nächsten fünf Jahre ein neuer Sponsor für das Masters und den weltweiten Grand-Prix-Cirquits gefunden.

Fortan ist der US-Nahrungsmittel-Konzern Nabisco mit einer Gesamteinlage von 17,5 Millionen Dollar (!) tonangebend. Und was die Funktionäre dabei besonders freut, erstmals können sie alle TV-Rechte und Werbeeinnahmen für sich beanspruchen.

Außerdem wurde mit dem ehemaligen Daviscup-Spieler und New Yorker Rechtsanwalt Gene Scott ein neuer Turnierdirektor verpflichtet. Er sagt: „Ich möchte Schluß machen mit allen möglichen Verquickungen von Interessen. Mein Ziel ist es, daß beim Masters wieder der Sport dominiert".

Ein feiner Einstieg des 44jährigen, der jetzt noch Probleme mit dem Format des Turniers hat. Bis 1981 wurde in einem sogenannten Round Robin (jeder gegen jeden) in zwei Gruppen mit jeweils vier Spielern gespielt. Nachdem jedoch Manipulationen der Spieler bei diesem Austragungsmodus nicht mehr zu übersehen waren, entschied man sich vor zwei Jahren zu einem Ko-System mit zwölf Teilnehmern, bei dem die ersten vier Gesetzten zu Beginn des Turniers ein Freilos erhielten.

Doch da beschwerten sich Spieler wie Jimmy Connors, die von Dienstag bis Freitag herumsaßen und erst am Freitagabend ihr erstes Spiel bestritten.

Diesmal haben sich die Verantwortlichen für die 16 punktbesten Grand-Prix-Spieler entschieden, sicherlich auch wieder nur eine Übergangslösung, den Scott möchte zurück zum Round Robin-Format. „Das war das interessanteste Tennis, das ich bislang im Madison Square Garden sah."

Jetzt gilt erst einmal für alle Beteiligten, sich mit den Gepflogenheiten abzufinden und dem Masters in der New Yorker Öffentlichkeit ein besseres Image zu verschaffen. Und da kann, wie sollte es anders sein, Boris Becker helfen.

Er hat auch nach seiner Niederlage gegen Nystroem bei den US-Open in Ney York eine erstaunliche Popularität erlangt. Becker hat sein Training, diesmal von Ion Tiriac konsequent abgeschirmt, in dessen Klub auf Long Island absolviert. Der 18jährige hat heute abend gegen den 18. der Weltrangliste Paul Annacone seine Masters-Premiere im Garden.

Übrigens, Training auf dem Turnierplatz war vorerst für Becker noch nicht möglich. Bis gestern vormittag waren Eishockey- und Basketballspieler im Madison Square Garden beschäftigt, und so erhielt der Wimbledonsieger erst erst gut zwölf Stunden vor seinem ersten Match die Chance, sich an den blauen Spieluntergrund zu gewöhnen.

„Er brennt vor Ehrgeiz"

CLAUS GEISSMAR, London

Boris Becker trifft heute im Masters Finale auf einen Gegner, der guten Grund hat, ein bißchen müde zu wirken. Paul Annacone (22) flog gestern mit einer überschallschnellen Concorde von London in seine Heimatstadt New York zurück, um sich wenigstens noch ein bißchen auszuschlafen. Weil er mit seinem südafrikanischen Partner Christo van Rensburg (23) das Finale der Doppel-Weltmeisterschaft erreicht hatte, wurde ein früherer Abflug unmöglich.

„Ich weiß, daß man gegen Boris Becker hellwach sein muß", sagte Annacone, bevor er mit seiner Frau Tracy (20) in die Concorde kletterte. Der Ausflug nach London war für das junge Ehepaar ein Teil der Hochzeitsreise. Paul, der Tracy als 13jährige Schülerin kennnlernte, hat seine Jugendliebe am 18. Dezember geheiratet. In der Vorrunde stand Annacone zehn Stunden und 34 Minuten auf dem Platz und mußte sieben Mal einen Tiebreak spielen. Das Endspiel gegen die Wimbledon-Doppeltitelträger Günthardt/Taroczy ging erst im fünften Satz verloren, als Annacone beim 4:5 zum ersten Mal seinen Aufschlag nicht halten konnte. Tracy standen Tränen in den Augen, als sie merkte, was passiert war. Trotzdem bringt sie 18 000 Dollar, von dieser Hochzeitsreise mit nach Hause. Die Sieger Günthardt/Taroczy kassierten jeder 36 000 Dollar.

Annacones Aufschlag (13 Asse im Endspiel) soll auch gegen Bekker die entscheidende Waffe werden – vor heimischem Publikum in seiner Heimatstadt New York. Tracy Annacone: „Mein Mann brennt vor Ehrgeiz."

Kohde: Wieder im Finale

dpa, Washington

Claudia Kohde hat es nicht geschafft: Die beste deutsche Tennisspielerin verlor das Halbfinal-Match beim 150 000-Dollar-Turnier in Washington/USA in 65 Minuten mit 5:7, 3:6 gegen Martina Navratilova (USA). Für die Saarbrückerin war es im 16. Aufeinandertreffen die 14. Niederlage.

Die 23jährige Claudia Kohde lieferte trotz ihrer Niederlage ein großartiges Match gegen die Weltranglisten-Erste. Vor allem ihr Aufschlag war so gut wie selten zuvor: 80 Prozent ihrer ersten Aufschläge saßen, und ihr unterlief kein einziger Doppelfehler. Allerdings stand ihr Martina Navratilova in dieser Beziehung in nichts nach. „Wenn wir beide aufeinandertreffen, ist die Taktik einfach: erster Aufschlag rein und dann gleich den Volley verwandeln", meinte die Siegerin später. Claudia Kohde: „Leider hat auch Martina heute sehr gut aufgeschlagen, darum war es fast unmöglich, ein Break gegen sie zu machen."

Ins Halbfinale war Claudia Kohde nur 16 Stunden vorher durch ein 6:4, 7:5 über die wieder in Form befindliche Bettina Bunge eingezogen. Die beiden deutschen Spielerinnen lieferten sich dabei jedoch ein vom Niveau her enttäuschendes Match. Martina Navratilova war durch ein in nur 58 Minuten erreichtes 6:1, 6:2 gegen Zina Garrison (USA) in die Vorschlußrunde gekommen.

Claudia Kohde schlug mit ihrer Doppelpartnerin Helena Sukova (CSSR) Candy Reynolds/Wendy Turnbull (USA/Australien) mit 4:6, 6:4, 6:4. Damit sind beide im Endspiel, wo sie auf Martina Navratilova und Pam Shriver treffen.

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

Cross-Lauf in Fürth, Frauen (4 km): 1. Cunha (Portugal) 14:19 Min., 2. Riermeier (Deutschland) 14:22, 3. Vanstenbroeck (Belgien) 14:24.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren: Düsseldorf – Heusenstamm 9:2. – **DTTB-Pokal,** Herren, Halbfinale: Altena – Saarbrücken 2:5, Bremen – Grenzau 1:5.

FECHTEN

Deutsche Meisterschaften der Degen- und Säbelfechter, Säbel, Mannschaft: Finale: Tauberbischofsheim – OFC Bonn 9:6. – Degen: Tauberbischofsheim – Heidenheim 9:3.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: Dankersen – Göppingen 30:15, Hofweier – Großwallstadt 23:25, Reinikkendorf – Günzburg 21:13, Düsseldorf – Dortmund 19:15, Essen – Gummersbach 18:17, Schwabing – Weiche-Handewitt 28:27. – **Europapokal** der Landesmeister, Frauen, Achtelfinale, Rückspiel: Titograd – Leverkusen 23:17.

RALLYE

Paris–Dakar, Zwischenstand: Automobile: 1. Metge/Lemoyne auf Porsche, 2. Raymondis/Bos auf Rover, 3. Gabreau/Pipat (alle Frankreich) Range Rover, 4. Ickx/Brasseur (Belgien/Frankreich) Porsche. – Motorräder: 1. Neveu auf Honda, 2. Lalay (beide Frankreich) Honda, 3. Balestrieri (Italien) Honda, 4. Charbonnier (Frankreich) Yamaha, 5. Hau (Deutschland) BMW.

EISHOCKEY

Bundesliga, 29. Spieltag: Köln – Düsseldorf 7:3, Rießersee – Rosenheim 7:4, Bayreuth – Mannheim 3:5, Iserlohn – Schwenningen 8:4, Landshut – Kaufbeuren 7:2.

EISSCHNELLAUF

Weltcup-Rennen in Baselga di Pine/Italien), Herren, 500 m: 1. Jansen 37,82 Sek., 2. Thometz *(beide USA) 37,97.* – 1000 m: 1. Boucher (Kanada) 1:15,47 Min., 2. Jansen 1:15,71.

SKI NORDISCH

Weltcup-Springen auf der 90-m-Schanze in Liberec/CSSR (2. Durchgang wegen starker Schneefälle abgesagt): 1. Fijas (Polen) 110,1, 2. Vettori (Österreich) 103,5, 3. Dluhos (CSSR) 103,0. – Stand im Weltcup: 1. Vettori 105 Punkte, 2. Ulaga 97, 3. Neuländtner (Österreich) 96.

RENNRODELN

Weltcup am Königssee, Einsitzer Damen, Endstand nach zwei Läufen: 1. Schmidt 1:35,75 Min., 2. Kolisch (beide „DDR") 1:36,31.

FUSSBALL

Internationales „Granatkin-Turnier" (U 18) in Leningrd, 2. Spieltag: Deutschland – Belgien 3:0. – **Hallenturnier** in Berlin, Finale: Hertha BSC – Bayern München 3:1.

TENNIS

WCT-Weltmeisterschaft in London, Finale: Günthardt/Taroczy (Schweiz/Ungarn) – Annacone/van Rensburg (USA/Südafrika) 6:4, 1:6, 7:6, 6:7, 6:4. – **Damenturnier** in Washington, Halbfinale: Navratilova (USA) – Kohde (Deutschland) 7:5, 6:3, Shriver (USA) – Maleewa (Bulgarien) 6:3, 6:4. – Doppel: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) – Reynolds/Turnbull (USA/Australien) 4:6, 6:4, 6:4. – **EM-Qualifikation,** Damen, Baden/Schweiz, Finale: Deutschland – Schweiz 1:2 (Betzner – Drescher 6:3, 5:7, 6:4, Schropp – Jolissaint 3:6, 6:2, 4:6, Betzner/Schropp – Drescher/Jolissaint 3:6, 6:3, 4:6), um Platz 3: Frankreich – Österreich 2:1.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 2, 1, 0, 2, 2, 2, 0, 0, 1, 2, 2. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 14, 19, 28, 30, 33, 45, Zusatzspiel: 43. – **Rennquintett:** Rennen A: 10, 14, 1. – Rennen B: 25, 27, 29. (Ohne Gewähr).

RADSPORT / Die mühevollen Versuche des Gregor Braun in Südamerika

Rekord um jeden Preis

DW., La Paz

Gregor Braun will nicht aufgeben. Er will den Stunden-Weltrekord des Italieners Francesco Moser brechen, der auf dem Fahrrad 51,151 Kilometer in sechzig Minuten zurücklegte. In La Paz (Bolivien) fuhr Braun einen neuen Weltrekord über 5000 m: 5:44,700 Minuten. Das war entschieden schneller als der alte Rekord von 5:47, 163 Minuten, den ebenfalls Moser hielt. Am Wochenende soll Braun eigentlich in Stuttgart Sechstage-Rennen bestreiten. Doch er sagt: „Ich komme nicht ohne ihn nach Europa zurück und wenn ich für immer hierbleiben muß."



Jubel nach dem Weltrekord: Gregor Braun. FOTO: AP

SKI ALPIN / Nebel und Sturm: Erneute Absage des Rennens in Garmisch

Lang: „Programm drastisch kürzen"

DW. Garmisch/München

Nebel am Trögelhang und im Schußanger, Sturm im Himmelreich – kein Wetter für den ohnehin schon zweimal verschobenen Super-Riesentorlauf in Garmisch-Partenkirchen. So schlug auch ein erneuter Versuch gestern fehl: Das Rennen wurde nach dem Fehlstart zweier Läufer, die nicht das Ziel erreichten, abgesagt.

Weltcup-Chef Serge Lang aus dem Elsass hofft angesichts der vielen verschobenen und abgesagten Rennen (zum Beispiel auch die Abfahrten in Garmisch und in Pfronten): „Wir können das Weltcup-Programm noch ganz knapp unter einen Hut bringen." Lang weiß aber auch, daß im Grunde viel zu viele Weltcup-Rennen allwinterlich auf dem Programm stehen und deshalb Ausweichtermine kaum mehr zu finden sind. Lang dazu: „Natürlich ist das so, das läßt sich doch nicht leugnen. Doch die Verbände und Veranstalter würden etwas anderes leider gar nicht zulassen."

Im Grunde, so Lang, müßte man das Programm eigentlich drastisch reduzieren. Lang: „Ich persönlich bin dafür, daß nur noch am Wochenende und nicht auch noch unter der Woche Rennen gefahren werden. Ich bin auch durchaus dafür, daß an einem Wochenende jeweils nur eine Großveranstaltung stattfindet. Zum Beispiel könnten dann im Wechsel einmal die Damen, ein anderes Mal die Herren dran sein. Außerdem würde ich nicht davor zurückschrecken, selbst den Veranstaltern der klassischen Rennen etwas mehr Zurückhaltung aufzuerlegen, und selbst Top-Ereignisse, wie das Hahnenkamm- und das Lauberhorn-Rennen, nur noch alle zwei Jahre stattfinden lassen. Doch welcher Verband folgt mir dabei?"

25 000 Zuschauer drängelten sich am Sonntag abend, als die besten Ski-Rennläuferinnen auf einem dünnen Schneeband im Münchner Olympia-Park einen Parallel-Slalom austrugen, der allerdings nicht zum alpinen Ski-Weltcup zählt. Es siegte die Schweizer Abfahrts-Weltmeisterin Michela Figini vor der Münchnerin Marina Kiehl.

„Wir müssen in Zukunft pro Winter einen Parallel-Slalom in einer Großstadt haben", forderte Heinz Krecek als Verantwortlicher für den Damen-Weltcup. Serge Lang: „Ich sehe keine Zukunft für solche Dinge."

STAND ● PUNKT / *Wi(e)der das Beck'sche Prinzip*

Der Mann scheint wieder einmal recht zu behalten. Schließlich hatte Bundestrainer Emil Beck auch versprochen, sich der Sache einmal auf seine Art anzunehmen. Bei den deutschen Fechtmeisterschaften gewann sein Klub Tauberbischofsheim in eigenen Hallen nun zum ersten Mal auch den Mannschafts-Titel im Säbel-Fechten – der Disziplin also, die dem deutschen Verband noch keine Medaillen beschert hat.

Bislang hatte sich Meistermacher Beck lediglich um die Florett- und Degen-Spezialisten gekümmert – mit größtem Erfolg, wie man weiß. In eigenwilliger und unnachahmlicher Manier hatte er die Stoßwaffen-Fechter in der Weltspitze etabliert. Aber die Säbelfechter hinkten weit hinterher und verhinderten bis jetzt, daß man sich als beste Fecht-Nation feiern lassen konnte.

Beck sah es mit Mißvergnügen, bis ihm der Geduldsfaden riß. Vor vier Jahren engagierte er für seinen Klub einen exzellenten Säbel-Trainer, wies diesem eine Schar von Jugendlichen zu und versprach, den deutschen Säbelsport bis 1990 auf Rang vier in der Welt zu hieven. Im deutschen Jugendbereich beherrscht Tauberbischofsheim diese Disziplin mittlerweile. Nun scheint auch der Anfang bei den Älteren gemacht zu sein. Beck zumindest freute sich über die Säbel-Meisterschaft fast mehr als über den Degen-Sieg seiner Kämpen Pusch und Co.

Zweifel an diesem Optimismus meldet einer an, der es eigentlich wissen müßte – Säbel-Fechter Jürgen Nolte (26) vom VfL Sankt Augustin, der bei den Meisterschaften überlegen und nervenstark seinen sechsten Einzeltitel seit 1980 gewann. Selbstbewußt hatte er dies angekündigt und selbstbewußt empfiehlt er den Kollegen aus Tauberbischofsheim, diesen nationalen Erfolg auch international zu bestätigen.

Nolte selbst ist dies als einzigem schon in Ansätzen gelungen. Und er selbst mißt seine zukünftigen Leistungen nur noch an diesem hohem Maßstab. „Im Juniorenbereich hatten wir in jedem Jahr einen Säbel-Fechter, der auch international mithalten konnte", sagt Nolte, „aber bei den Älteren weht eben ein ganz anderer Wind." Diesem Wind müssen auch Becks Säbel-Schützlinge erst einmal standhalten. Aber Jürgen Nolte, zur Zeit noch allein auf weiter *Flur,* wäre der *letzte,* der sich *nicht* darüber freuen würde, wenn Emil Beck mit seiner Prognose doch Recht behielte.

JÖRG STRATMANN

NACHRICHTEN

Prorok im Fachausschuß

Frankfurt (sid) – Cheftrainer Vladimir Prorok gehört ab sofort kommissarisch dem für das Frauen-Kunstturnen zuständigen Bundesfachausschuß an. Der Tschechoslowake tritt damit die Nachfolge des Kieler Thomas Wentz an, der wegen Meinungsverschiedenheiten mit Bundesfachwartin Ursula Hinz zurücktrat.

Schettel Weltcup-Sieger

Königssee (sid) – Der deutsche Rennrodelmeister Johannes Schettel (Bigge-Olsberg) gewann das Weltcup-Rennen auf der Kunsteisbahn am Königssee, das wegen der schlechten Witterungsverhältnisse von drei auf zwei Läufe verkürzt werden mußte. Zweiter wurde Weltcup-Verteidiger Norbert Huber (Italien) vor Weltmeister Michael Walter („DDR").

Thaler Elfter

Asper (sid) – Querfeldein-Weltmeister Klaus-Peter Thaler (Gevelsberg) belegte im letzten Lauf der „Super-Prestige"-Wertung in Asper (Belgien) den elften Platz. Es siegte Hennie Stamsnijder (Holland). Die Gesamtwertung gewann Liboton (Belgien).

Kalthoff wurde Manager

Hannover (sid) – Helmut Kalthoff (37) ist neuer Manager beim Fußball-Bundesliga-Aufsteiger Hannover 96. Kalthoff war bisher als Manager beim Zweitligaklub VfL Osnabrück tätig.

Eddy Hau Fünfter

Niamey (sid) – BMW-Werksfahrer Eddy Hau (Sauerlach) hat den fünften Platz im Gesamtklassement der Rallye Paris–Dakar auch nach der achten Etappe behauptet. Hau hat einen Rückstand von fast drei Stunden auf den führenden französischen Honda-Werksfahrer Neveu. In der Automobilwertung führen weiterhin die französischen Porsche-Werksfahrer Metge und Lemoyne.

Wieneke gewann

Paris (sid) – Olympiasieger Frank Wieneke (VfL Wolfsburg) gewann beim internationalen Judo-Turnier in Paris die Klasse bis 78 Kilogramm. Im Finalkampf bezwang er den Franzosen Berthet.

Zweiter Sieg

Leningrad (sid) – Die deutschen Fußball-Junioren „Unter 18 Jahren" besiegten im zweiten Spiel des Granatkin-Turniers in Leningrad Belgien mit 3:0 (2:0). Trainer Berti Vogts: „Wir haben gut gespielt, nur noch nicht alle Chancen genutzt."

Fast Europarekord

Wilna (sid) – Mit der Steigerung auf 17,32 m verfehlte der 23jährige Dreispringer Maris Bruziks (UdSSR) in Wilna den Hallen-Europarekord seines Landsmanns Jemez nur um einen Zentimeter.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rechtsprechung und Politik

„Das manipulierte Recht": WELT vom 7. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

„niemand darf wegen ... seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden", sagt Artikel 3 des Grundgesetzes. Diesem selbstverständlichen Grundsatz widerspricht die verständliche Praxis der politischen Parteien, bei Berufungen in Ausschüsse, Gremien oder Ämter Parteifreunde vorzusehen.

Professor Wolf zeigt in seinem Kommentar „Das manipulierte Recht" die Auswirkungen dieser Handhabung zum Beispiel im Bereich der Rechtsprechung auf. Wir finden ideologisch begründete Argumentationen leider inzwischen in so ziemlich allen Bereichen unseres Lebens, obwohl Mandatsträger im Grundsatz nicht an Aufträge und Weisungen gebunden sein sollten, sondern nur ihrem Gewissen unterworfen.

Angesichts wechselnder Mehrheitsverhältnisse gibt es eine sichere Mehrheit – die der Parteilosen.

Ist es nicht endlich an der Zeit, uns – und den Parteien – wieder bewußt zu machen, daß eine Rückkehr zu politischer Kultur dringend notwendig wird, die sich u. a. darin ausdrückt, wieder vermehrt fähige Bürger unabhängig von Parteizugehörigkeit in Ämter und Aufgaben einzusetzen?

Mit freundlichem Gruß
Sigrid Tausent,
Hamburg 52

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

es scheint wenig einleuchtend, eine (angebliche) Auflösung der Strafjustiz gerade an der Rechtsprechung des BVerfGs zum Verhältnismäßigkeitsgrundsatz festmachen zu wollen. Wolf verschweigt, daß der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Summe von Geeignetheit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne keine Erfindung des BVerfGs ist, sondern sich jedenfalls schon aus dem preußischen Polizeirecht herleiten läßt.

Auch im Bereich der Strafjustiz ist die Verhältnismäßigkeitsrechtsprechung so lange unverzichtbar, wie der Gesetzgeber seiner Pflicht zur umfassenden Regelung im Interesse des gebotenen Grundrechtsschutzes nicht nachkommt. Als Beleg möge nur Paragraph 81a StPO dienen, der nach seinem Wortlaut schwerste Hirneingriffe auch bei leichtesten Bagatellfällen gestattet!

Solange der Gesetzgeber schläft – und dies schon seit Jahrzehnten –, kann auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nicht verzichtet werden.

Im übrigen sind die Strafgerichte entgegen Professor Wolf auch positiv-rechtlich an den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz jedenfalls über Paragraph 31 BVerfG gebunden. Auch ein Zusammenhang mit „marxistischer Ideologie" erscheint beim Verhältnismäßigkeitsgrundsatz weit hergeholt; im Gegenteil wird in der juristischen Literatur zu Recht eine Ableitung aus naturrechtlichen Vorstellungen angenommen.

Mit freundlichem Gruß
Jürgen Meng,
Bonn 1

Tötung

Der gesetzlichen Lage entsprechend, ist Professor Hackethal angeklagt worden. Das war Pflicht der Staatsanwaltschaft, denn Tötung – ob von alten oder jungen oder noch vor der Geburt stehenden Menschen – ist strafbar. Nach seinem Auftreten im Fernsehen wird man dem Medizinprofessor noch kritischer gegenüberstehen als zuvor. Doch das Urteil ist Sache des Gerichts.

Nun gibt es bekanntlich in der Bundesrepublik nicht nur ungezählte Ärzte, die zusammen in rund 300 000 Fällen pro Jahr vorsätzlich Kinder im Mutterleib töten, also – nach juristischen Begriffen – Mord begehen. Man erkläre mir, was es für ein Unterschied ist, wenn ein Arzt die Tötung einer hoffnungslos kranken alten Frau betrieb und wenn sehr viele andere „Hackethals" lebensfähige Kinder umbringen, bevor sie noch das Licht der Welt erblickten, also ein gesundes Leben noch vor sich hatten.

Ich vermag mich nur dann, wenn ich schizophren zu denken und zu handeln versuchen würde, in die Geistesverfassung und die Verantwortung des Gerichts hineinzufinden, *das wohl den einen Hackethal und* seine Tat sieht, während es die Tausende von „Hackethals" entweder vergißt oder bewußt übersieht. Freilich, der Gesetzgeber billigt die Ungeheuerlichkeiten, aber wir sollten doch in der NS-Zeit gelernt haben, daß es notfalls gegen das Gesetz die gewissensmäßigen Pflichten gegenüber dem Leben gibt. Die Früchte der Rechtsverwirrung werden wir ernten.

Heinrich Höhler,
Bensheim 3

Lehrfreiheit

„Karl Marx oder keine absolute Moral an der Musikhochschule"; WELT vom 31. Dezember

Unter den Menschen, die 1985 ein gutes Beispiel gaben, nennt die WELT auch die von der Musikhochschule Dortmund „gefeuerte" Professorin Mertensacker.

Die Dortmunder Institutskonferenz hatte u. a. von der Dozentin gefordert, auf das Einbringen ihres christlichen Weltbildes zu verzichten, für „pro familia" zu werben und das wissenschaftlich längst überholte Biogenetische Grundgesetz Haeckels gleichwertig neben die Erkenntnis zu setzen: Der Mensch ist Mensch von Anfang an.

Erstaunlicherweise hat es im Landtag von Nordrhein-Westfalen bisher nicht einmal eine Anfrage zum Verhalten von Rau gegenüber der eingeengten Freiheit der Wissenschaft gegeben.

Winfried Pietrek,
Lippstadt

Wort des Tages

„Individualität ist das, was mich von der Welt absondert, Liebe das, was mich mit ihr verbindet. Je stärker die Individualität, desto stärker erfordert sie Liebe."

Walther Rathenau, deutscher Politiker (1867–1922)

Personalien

EHRUNG

Der 49 Jahre alte Bremer **Reimer Böttger** ist vom Kieler Yacht-Klub mit dem Ludwig-Schlimbach-Erinnerungspreis für die beste hochseeseglerische Leistung des Jahres 1985 ausgezeichnet worden. Der vom Schuldienst freigestellte Lehrer und seine Söhne **Thorolf** (20) und **Oleif** (18) legten in zwölfeinhalb Monaten mit ihrer Stahlketsch „Plejades" 22 583 Seemeilen zurück. Die Reise begann am 16. Juli 1984 in Falmouth/England und führte zunächst über Spanien und die Kanarischen Inseln durch den Panama-Kanal zu den Galapagos-Inseln. Von dort aus umrundete die Böttger-Crew Südamerika und erreichte über die Falkland-Inseln, Rio de Janeiro und Island am 31. Juli 1985 Helgoland.

AUSWÄRTIGES AMT

Der afrikanische Staat Sudan wird in Kürze einen neuen Botschafter nach Bonn entsenden. Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** erteilte Botschafter **Sayed Isam El-Din Hassan** das Agrément.

*

Portugal entsendet einen neuen Generalkonsul nach Düsseldorf. Es ist **Dr. Antonio Alberto Passos Lobo de Araujo Queiroz.** Sein Konsularbezirk umfaßt Nordrhein-Westfalen, ausgenommen die Regierungsbezirke Detmold und Münster.

WAHL

Zum neuen Rektor der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt ist für die Dauer von vier Jahren Professor **Ferdinand H. Barth** vom Konvent der Fachhochschule gewählt worden. Der 54jährige Dozent für Systematische Theologie und Religionspädagogik ist in diesem Amt, das er am 1. September 1986 antreten wird, Nachfolger von Professor **Suin de Boutemard,** der nicht mehr kandidierte. An der seit 1971 bestehenden Fachhochschule der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau werden Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Religionspädagogen ausgebildet.

Neunzigjährig ist in Bad Honnef der Altmeister des deutschen Arbeitsrechts, Professor Dr. Dr. h. c. **Wilhelm Herschel,** gestorben. Schon in der Weimarer Zeit war er als Hochschullehrer, Arbeitsrichter und Publizist an der Entwicklung des neuen Rechtsgebiets beteiligt gewesen. Über das Zentralamt für Arbeit der britischen Zonenverwaltung in Lemgo bis ins Bundesarbeitsministerium unter **Anton Storch** personifizierte er die Kontinuität dieser Entwicklung. Es kamen das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitsgerichts- und Betriebsverfassungsgesetz, die überbetriebliche Mitbestimmung und viele andere Manifestationen sozialer Selbstverwaltung. Was nicht kam, war die staatliche Lohnpolitik durch Zwangsschlichtung. Diese verwarf Wilhelm Herschel aus ungebrochener Überzeugung. Bis in die letzten Tage hinein hat er seinem sozialpolitischen Engagement schriftstellerisch Ausdruck gegeben.

„Blüm nicht mit Vorsitz in Düsseldorf belasten“

Pützhofen will mit Biedenkopf fairen Kompromiß finden

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Der rheinische CDU-Vorsitzende Dieter Pützhofen hat gestern in Düsseldorf erklärt, es sei für die geplante Fusion der Landesverbände seines Verbandes mit der CDU Westfalen-Lippe wichtig, daß wir eine „eigene Hausnummer schaffen“. Damit begegnete er Spekulationen, im Streit um den ersten Vorsitz der gemeinsamen NRW-CDU sollten nicht Kurt Biedenkopf oder er nominiert werden, sondern der Bonner Arbeitsminister Norbert Blüm. Zwar sei Blüm bei den Rheinländern wie bei den Westfalen „besonders beliebt“, aber er glaube kaum, daß „Norbert Blüm in seiner schweren Arbeit auch noch mit der verantwortungsvollen und arbeitsreichen Aufgabe des ersten Gesamtvorsitzenden belastet werden kann.“ Mit Biedenkopf aber habe er noch nicht über dieses Thema gesprochen. In dieser Woche – so sieht es der „Fahrplan“ vor – werden sich Pützhofen und Biedenkopf treffen, um das Personal- und Führungsproblem ausführlich zu erörtern. Wie der Westfale will aber auch der Rheinländer „nicht über die Medien“ über den Kontrahenten sprechen. Er sehe durchaus gute Chancen, sagte Pützhofen weiter, eine vernünftige Lösung und „fairen Kompromiß“ zu finden, die dem Fusionsparteitag am 8. März in Düsseldorf präsentiert werden könne. Schon am 24. und 25. Januar werden sich die beiden Vorstände mit den Kreisvorsitzenden in Gelsenkirchen treffen, und das Gesamtpaket schnüren.

Pützhofen betonte, er halte den historischen Zeitpunkt der Gründung einer einheitlichen nordrhein-westfälischen Union nicht für den geeigneten Moment, eine öffentliche Kampfabstimmung zwischen Biedenkopf und sich auszutragen. „Kampfabstimmungen sind normal, und auch Wettbewerb ist selbstverständlich“, fügte er hinzu – „aber wir beide sollen angelegt sein auf eine einvernehmliche Vereinbarung.“ Er gehe in die Gespräche mit Biedenkopf ohne Belastung und ohne Vorgabe seines rheinischen Vorstandes. Im Vordergrund stünden nicht „die Wünsche oder Ziele des Einzelnen“, sondern die Aufgabe, die Union in NRW in eine aussichtsreiche Zukunft zu bringen. Das Datum der Fusion am 8. März sei aber auch die „erste Etappe auf dem Weg in die Düsseldorfer Staatskanzlei.“ Die nächsten Landtagswahlen sind 1990 und Pützhofen hat bereits seinen Anspruch angemeldet, Spitzenkandidat der CDU für diese Wahl zu werden. Zu den Modellen, daß Biedenkopf möglicherweise in einem Kompromiß der erste Gesamtvorsitzende nur für die Dauer von einem Jahr wird, dann aber das Amt an den Rheinländer abtritt, wollte sich Pützhofen nicht äußern.

Er stellte gleichzeitig die Schwerpunkte seiner kommenden Arbeit vor und betonte dabei, die rheinische CDU dürfe nicht mehr die Themen der Bundespartei überlassen, sondern eine „deutliche rheinische Handschrift“ in die Diskussion bringen. Zunächst soll der „Optimismus auch umgesetzt werden in Arbeitsplätze“ – eine Aktion, die sich mit dem Vorhaben von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler für das Bundesgebiet deckt. Als weitere Themen nannte er die Gentechnologie oder die Datenverarbeitung, aber auch die Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten – ein Thema, mit dem bisher die FDP identifiziert wird –, und die Tarifpolitik.

Ungläubig reagiert Bangemann auf die Kritik von Strauß

Technologie-Transfer und SDI gehören zusammen: „Doppelgleisiges Vorgehen hat wenig Sinn“

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Der politische Streit zu Hause hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann im fernen Washington eingeholt. Ungläubig reagierte er in einem Gespräch mit deutschen Journalisten auf die Frage, warum der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß ihn als den falschen Mann für die Gespräche mit der Reagan-Administration über die Verbesserung des Technologie-Transfers und die Beteiligung deutscher Firmen an dem Raketenabwehr-Programm SDI bezeichnet habe, da er ohnehin nur den Standpunkt der FDP vertreten werde. Bangemann: „Ich kann das nicht glauben, es muß eine Falschmeldung sein.“ Er werde sich strikt an die Beschlüsse des Bundeskabinetts halten.

Bangemann, der sich erst nach Abschluß seiner Gespräche in der US-Hauptstadt über Einzelheiten äußern wollte, ist bereits am Sonntag mit Handelsminister Malcolm Baldrige, Finanzminister James Baker, dem Handelsbevollmächtigten Clayton Yeutter und Verteidigungsminister Caspar Weinberger zusammengetroffen.

An richtiger Stelle

Heute ist eine längere Begegnung mit Außenminister George Shultz geplant, und am Mittwoch sieht er Vizepräsident Bush. Auf dem Programm steht auch ein Besuch im Kongreß, wo er mit dem Senator Charles McC. Mathias und dem Abgeordneten Jack Kemp, der als Präsidentschaftskandidat der Republikaner für 1988 im Gespräch ist, spricht. Die Voraussetzungen, die Absichten der Bonner Regierung hinsichtlich SDI und Technologie-Austausches an richtiger Stelle darzulegen, konnten also nicht besser sein. Die deutsche Delegation, die aus Vertretern des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes sowie der Ministerien für Wirtschaft, Verteidigung und Forschung und Technologie besteht, hat die Grundlinien der deutschen SDI-Politik vorgetragen. Danach gilt die Formel: Beteiligung deutscher Unternehmen, aber unter bestimmten Bedingungen. Außerdem wird sich Bonn selbst nicht an Forschungsvorhaben beteiligen.

Die Delegation erwartet von dieser Reise noch keine konkreten, formulierten Ergebnisse. Weiterverhandelt wird auf Expertenebene, vermutlich bis April/Mai. Wie das von deutscher Seite angestrebte SDI-Rahmenabkommen schließlich aussehen wird, ist völlig offen. Es kann auch nur ein diplomatischer Briefwechsel sein. Die Gespräche werden in der Erkenntnis geführt, daß man, was die Gesamtarchitektur von SDI angeht, nicht mitreden kann, wenn man sich nicht finanziell beteiligt.

Der Kreuther Vorschlag der CSU, bei Schwierigkeiten notfalls die Verhandlungen über den Technologie-Transfer und SDI zu trennen, fand in der Delegation keine Gegenliebe. Beide Gebiete seien so sehr miteinander verzahnt, daß doppelgleisiges Vorgehen wenig Sinn habe. Die Probleme, die den Austausch erschweren, sollen durch bessere Mechanismen gelöst werden – beispielsweise beim Geheimschutz durch feste Absprachen über Klassifikationen, die nicht willkürlich geändert werden dürfen.

Hinsichtlich der Verwertungsrechte ist zu klären, was mit den Rechten geschieht, die von Firmen eingebracht werden. Hierzu zählt auch die Reichweite des Patentschutzes für Erfindungen, die sich während des SDI-Auftrags ergeben. Notwendig sind überdies Vereinbarungen darüber, ob bei der Vergabe öffentlicher Aufträge deutsches oder amerikanisches Recht gilt, ob sie ausgeschrieben oder direkt erteilt werden. Fragen werfen auch nach wie vor Washingtons Ansprüche auf Extraterritorialität auf. In diesem Zusammenhang können vom US-Verteidigungsministerium geforderte förmliche Endverbleibsgarantien, ohne die es keine Unterlagen gibt, als diskriminierende Eingriffe in Hoheitsrechte angesehen werden.

Faire Partnerschaft

Die Verhandlungen der deutschen Delegation sind nicht leicht, weil viele Stolpersteine beiseite geräumt werden müssen. So verbirgt sich hinter der Geheimeinstufung von Daten durch das Pentagon auch eine gehörige Portion Protektionismus, der in Richtung isolierter Technologie geht. Um eine faire Partnerschaft zu garantieren, sind schon deshalb staatliche Absprachen nötig. Ideal wäre eine Situation, in der der Export von Know-how in gleichem Umfang zu einem Import von Know-how führen würde.

In seinen gestrigen Gesprächen hat Bangemann auch die Gründe für den deutschen Verzicht auf Wirtschaftssanktionen gegenüber Libyen dargelegt. Dabei konnte er auf eine Bestimmung im amerikanischen Export Administration Act hinweisen, wonach sich US-Unternehmen nicht an ausländischen Boykotts beteiligen dürfen. Der Minister verteidigte auch die Bonner Konjunkturpolitik mit dem Hinweis, Beständigkeit nutze allen Ländern mehr als eine nicht funktionierende Lokomotiven-Theorie. Das in Kraft getretene deutsche Steuerprogramm, gekoppelt mit dem Sozialtransfer, erhöhe 1986 den Konsum, was den Einfuhren zugute komme.

Israel mit Verhandlung über Taba einverstanden

Kabinett stimmt Schlichtung um umstrittenes Gebiet zu

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

In einer 13stündigen Nachtsitzung beschloß die israelische Regierung, die ägyptische Forderung anzunehmen und den Konflikt über die Enklave von Taba einem internationalen Schiedsgericht vorzulegen. Der schmale Küstenstreifen am Golf von Akaba war von Israel 1982 nicht zusammen mit der übrigen Halbinsel Sinai an Ägypten zurückgegeben worden. Beide Staaten beanspruchen das Gebiet. In der zeitweise stürmischen Marathonrunde, an der zehn der 25 Minister teilnahmen, drohte Peres seinen Kabinettskollegen vom Likud-Block mit seinem Rücktritt, falls sie den Schiedsverhandlungen nicht zustimmten. Eine weitere israelische Weigerung, die Taba-Frage zu lösen, hätte nach Ansicht der Fachleute zu einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen mit Ägypten geführt.

Der stellvertretende Vorsitzende der ägyptischen Staatspartei, Mustafa Chalil, sagte in einem Interview des israelischen Rundfunks, „die Entscheidung ist eindeutig ein Fortschritt“. Die Einigung gilt als Voraussetzung für ein baldiges Gipfeltreffen zwischen Peres und Mubarak, das sich der israelische Ministerpräsident erhofft. Ein Berater des ägyptischen Präsidenten sagte jedoch, ein Treffen stehe noch nicht vor der Tür. Im einzelnen stellte die Kabinettsrunde einen Forderungskatalog auf, dem Ägypten vor Beginn der Schiedsverhandlungen zustimmen muß:

- Die Erfüllung aller Normalisierungsverträge mit Israel, die Ägypten unterzeichnet, jedoch nie befolgt hat.
- Eine Regierungserklärung, nach der sich Ägypten jeglicher Unterstützung des Terrors widersetzen wird.
- Die Einstellung aller feindlichen Propaganda gegen Israel und israelischer Zugang zu den ägyptischen Massenmedien (der den Israelis bisher verwehrt ist).
- Die Neuberufung eines ägyptischen Botschafters in Tel Aviv.

Diese Auflagen sollen, zusammen mit der israelischen Zustimmung zum Schiedsgericht, eine Einheit bilden. Die Likud-Minister wollten anfänglich überhaupt keine Abkommen mit Ägypten zulassen. Ihr Standpunkt war, daß Israel für die nichterfüllten Verträge „schon einmal den Preis gezahlt hat“, nämlich die Räumung des Sinai mit den Ölfeldern. Auch wenn Israel jetzt durch den Verlust von Taba noch einmal bezahle, bestehe keine Sicherheit, daß sich die Ägypter an das Abkommen halten werden.

Dieses Risiko ist zwar nicht auszuschließen, doch war allen Beteiligten klar, daß die ägyptische Regierung in einer innenpolitischen Zwangslage steckt. Sie muß in der Frage um Taba Fortschritte vorweisen. Eine Niederlage vor dem Schiedsgericht wäre vor der Bevölkerung vertretbar, nicht aber politische Untätigkeit.

Israel besteht darauf, daß die Frage für das Schiedsgericht sich nicht auf die – seither verschwundenen – Grenzsteine aus dem Jahre 1967 beziehen soll, sondern auf die „rechtmäßige Grenze“. Es soll den Israelis gestattet werden, Dokumente aus dem Jahre 1906 einzureichen, auf die sich die Israelischen Forderungen stützen.

Auch soll festgehalten werden, daß beide Parteien freien Zugang zu Taba haben werden. Die in dem israelischen Beschluß enthaltenen „Sicherheitsventile“, wie sie Außenminister Yitzhak Shamir nannte, gehen weit über das hinaus, was die Ägypter den Israelis in den bisherigen Verhandlungen zugestanden haben. (SAD)

Sozialisten drohen der Rechten mit Referendum

Frankreich: Die Affäre Lang und der seltsame Wahlkampf

PETER RUGE, **Paris**

Überraschung hat in Paris die Nachricht von der Begnadigung eines Mörders ausgelöst, der 1983 in Lothringen zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Es handelt sich um Claude Lang, den Bruder des französischen Kulturministers.

Der Elysée-Palast weist die in der französischen Presse erhobenen Fragen zurück, in denen der Gnadenakt als eine besondere Geste des Staatschefs bezeichnet wird. Claude Lang gehöre zu den am Neujahrstag üblichen 300 bis 400 Begnadigten. Er sei nur einer unter vielen, betonte ein Sprecher des Präsidenten. Im übrigen könne von einer Aussetzung der Strafe nicht die Rede sein, das Urteil sei nach Rücksprache mit den Justizbehörden in eine zweijährige Haftstrafe umgewandelt worden.

Von der Opposition werden inzwischen der Staatsführung nicht nur Vorteilnahmen und Begünstigungen vorgeworfen: die Sorge vor einem möglichen Machtwechsel nach den Parlamentswahlen am 16. März lasse anscheinend die Linke noch rasch das Füllhorn ihrer Dankbarkeit über die ausschütten, die zuverlässig und unbeirrt zum Aufbau einer sozialistischen Republik beigetragen hätten.

Die Wahlkampfstrategie der regierenden Sozialisten ist deshalb ganz darauf ausgerichtet, dem Volk vorzuführen, daß eine Alternative nicht gegeben ist, weil die bürgerliche Opposition in sich zerrissen sei und es bis heute nicht geschafft habe, ein gemeinsames Konzept für das Zentralproblem vorzulegen, wie denn die Republik mit einer bürgerlichen Mehrheit und einem sozialistischen Staatschef regiert werden solle.

Die Reaktionen auf die von Premierminister Fabius geschickt ins Spiel gebrachte Spekulation über eine Amtszeitverkürzung des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre fallen so wie bisher aus: Gaullistenführer Chirac und der Republikaner Giscard d'Estaing halten ein Zusammenspiel innerhalb dem von der Verfassung vorgegebenen Rahmen für möglich, wenn sich François Mitterrand „in den Schrank“ sperren ließe. Raymond Barre, der ehemalige Premierminister unter Giscard dagegen, lehnt eine solche „Cohabitation“ ab. Barre gab allerdings bei seinem Fernsehauftritt am Sonntag in der Sendung „7 sure 7“ zu erkennen, er werde seinen bürgerlichen Parteifreunden keine Schwierigkeiten machen, wenn sie dieses Experiment durchaus wollten. Ein Referendum über die Amtszeitverkürzung des Präsidenten, darin ist sich die Opposition wenigstens einig, würde klarere Verhältnisse schaffen – ob allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt wünschenswert, das sei eine andere Frage.

Die Folgen einer Volksabstimmung nämlich würde die Ausgangslage der Sozialisten bei vorgezogenen Präsidentschaftswahlen verbessern: Staatschef Mitterrand, so sein Premier Fabius, werde doch erst nach dem 16. März darüber entscheiden können, wenn klar sei, welche Mehrheitsverhältnisse die Parlamentswahlen gebracht hätten. Und dann sei es allein Sache des Staatschefs, den Termin zu bestimmen. Bis dahin, so der bissige Unterton des Premiers, könne die Rechte beweisen, was sie zu leisten imstande sei.

Das Referendum kann somit als Drohgebärde der Linken verstanden werden, für den Fall, daß die Franzosen den bürgerlichen Parteien zur Mehrheit verhelfen. Mit der Ungewißheit eines Termins über die Volksabstimmung würde nämlich Frankreich sowohl innen- wie außenpolitisch in eine instabile Lage gebracht. Diese Situation könnte der Rechten zu ihrem Nachteil angelastet werden. So bekommt ein anderes Wort von Premier Fabius eine weitergehende Bedeutung: Wenn die Bürgerlichen gewinnen, sei das die „Pagaille“, ein „Hauen und Stechen“, das von keinen Regeln mehr bestimmt werde.

Streit über die Urheber

● Fortsetzung von Seite 1

Streikrechtsparagraphen 116 hat sie zunächst ihre Mitglieder aufgeputscht und wundert sich nun über das Ergebnis. Wenn den Gewerkschaften die Dinge aus der Hand gleiten und es ihnen nicht gelingen sollte, in ihren Reihen für die Einhaltung demokratischer Spielregeln zu sorgen, sehe ich ernsthafte Gefahren für unsere Demokratie. Im übrigen ist es geradezu ein Hohn, wenn bei der krampfhaften Suche nach Entschuldigungen für die Frankfurter Vorfälle einzelne versuchen, die Regierungspläne als die eigentliche Ursache für die Ausschreitungen hinzustellen. Das läuft auf die Formel hinaus: Nicht die Schläger, sondern der Geschlagene ist schuld.“

Der Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei in Hessen verlangte den Ausschluß der teilweise namentlich bekannten Gewalttäter aus den DGB-Gewerkschaften. Das Schicksal der Einheitsgewerkschaft stehe auf dem Spiel, sagte der Landesvorsitzende Hansgeorg Koppmann. Er kündigte ein gerichtliches Nachspiel an, da bei den Auseinandersetzungen das Gewerkschaftsvorstandsmitglied Roland Noll verletzt worden sei. Noll habe Strafanzeige erstattet. Unabhängig davon hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt ein förmliches Ermittlungsverfahren wegen der Zwischenfälle eingeleitet.

Durch die jüngsten Vorfälle ist das Thema Gefährdung der Einheitsgewerkschaft wieder aktuell geworden. Die CDU-Sozialausschüsse warnten durch ihren wirtschaftspolitischen Sprecher Heribert Scharrenbroich den DGB: „Sollte der Deutsche Gewerkschaftsbund mit der Parole ‚wählt einen besseren Bundestag‘ oder ähnlichen Formulierungen in den Wahlkampf ziehen, dann ist dies das Ende der Einheitsgewerkschaft. Das kann man mit den Sozialausschüssen nicht noch einmal machen.“

Honecker sieht für 1986 „gute“ Perspektiven

DW. **Berlin**

„DDR“-Staats- und Parteichef Erich Honecker beurteilt die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen positiv. Auf dem Neujahrsempfang im Ostberliner Staatsratsgebäude für die in der „DDR“ akkreditierten Diplomaten führte Honecker gestern ein kurzes Gespräch mit dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in der „DDR“, Hans Otto Bräutigam. Honecker vertrat dabei die Meinung, daß sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ 1985 gut entwickelt haben. Auf manchen Sektoren könnten sie sich jedoch besser entwickeln. Honecker: „1986 hat das alles gute Perspektiven.“ Der SED-Chef ging auch auf die geplante amerikanische Raketenabwehr im Weltraum ein und sagte an die Adresse der Bundesregierung zu Bräutigam: „Ich hoffe nicht, daß Sie das SDI-Programm unterzeichnen werden.“ Der Ständige Vertreter Bonns erwiderte, daß auf die beiden deutschen Staaten bei der Entwicklung ihrer Beziehungen noch eine „Menge Arbeit“ wartet. Für die Bundesregierung stehe die Friedenssicherung obenan, „bei der beide Staaten einen aktiven Beitag leisten können“.

Finanz-Entwicklung der Städte positiv

E. N. **Bonn**

Die kommunalen Investitionen der deutschen Städte sind nach den Worten des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Walter Wallmann, erstmals seit vier Jahren des Rückgangs wieder zu einer positiven Entwicklung zurückgekehrt. Auf einer Pressekonferenz seiner Organisation zum Jahresanfang sagte Wallmann, aus heutiger Sicht könne mit einem durchschnittlichen Investitionszuwachs von über fünf Prozent im Jahre 1986 gerechnet werden. Die größte Belastung steht Städten und Gemeinden durch das Anwachsen der sozialen Leistungen bevor. Der Zuwachs werde hier eher zehn Prozent als die bisher angenommenen acht Prozent betragen.

„Sonnenschein“ droht mit Schließung

DW. **Berlin**

Die Berliner Batteriefabrik „Sonnenschein“ – Besitzer ist die Familie von Bundespostminister Schwarz-Schilling – droht mit der Schließung des Berliner Werkes. In einem Rundfunkinterview begründete Geschäftsführer Bruno Michalski die Drohung damit, daß die Firma von der Umweltbehörde des Berliner Senats „schikaniert“ werde: „Wir werden da mit Forderungen und Kritik konfrontiert, die weit außerhalb dessen liegen, was man normal und akzeptabel nennen kann.“ Die Firma habe im vergangenen Jahr sechs Millionen Mark für Umweltschutzmaßnahmen ausgegeben. Sie will jetzt beim Senat 200 000 Mark als Zuschuß und 1,8 Millionen Mark als Darlehen einklagen. Bei „Sonnenschein“ sind 235 Personen beschäftigt.

Clausen-Nachfolge

Sbt. (Washington) – Fast schon händeringend warten nahezu 150 Regierungen darauf, daß die USA endlich den neuen Präsidenten der Weltbank benennen, der A. W. Clausen ablösen soll. Die Zeit drängt, weil Clausens fünfjährige Amtszeit am 30. Juni ausläuft. Normalerweise hätte das Weiße Haus den Namen längst preisgeben müssen, aber wie es aussieht, fehlt der richtige Mann, nachdem Paul A. Volcker, der Vorsitzende des Federal Reserve Board, mehrfach abgewinkt hat. Was die Ausländer in Wallung bringt, ist die Besorgnis, daß die Administration den Posten sozusagen mit der linken Hand besetzen könnte, also eine politische Dankesschuld abzutragen versucht.

Als Aktionäre der riesigen multinationalen Organisation müssen die anderen Länder daran interessiert sein, daß nach Eugene Meyer, John J. McCloy, Eugene R. Black, George D. Woods, Robert S. McNamara und Clausen auch der siebte Präsident der Weltbank von internationaler Statur ist. Auf den Finanzmärkten muß er bekannt sein und Vertrauen erwecken, da sonst nicht die Gelder wie erwünscht fließen. Zumindest von den Europäern ist nicht zu erwarten, daß sie eine x-beliebige Person unterstützen. Mit der endgültigen Lösung der Schuldenkrise steht zuviel auf dem Spiel.

Clausen, der im Febraur 63 Jahre alt wird, hätte gern noch zwei Jahre angehängt. Aber das Weiße Haus hat ihn hängenlassen. Fragen muß man sich allerdings, ob die Tradition, wonach der Weltbank-Präsident immer ein Amerikaner und der Chef des Währungsfonds ein „Ausländer" sein muß, ewig gelten soll.

Vom Bau

hg – Gute Nachrichten für die Bauwirtschaft: Die Städte und Gemeinden wollen ihre Investitionen in diesem Jahr voraussichtlich um fünf Prozent ausdehnen. Doch der Überbringer der Nachricht, der Päsident des Deutschen Städtetages, Walter Wallmann, schränkte gleich wieder ein, daß die Bauausgaben trotz überdurchschnittlicher Steigerung in den vergangenen beiden Jahren preisbereinigt so niedrig werden wie vor zwei Jahrzehnten. Woran das liegt? Unter anderem daran, daß die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte seit Jahren einseitig zu Lasten der Investitionen geht. Und daran, daß viele Politiker gerade in den Kommunen immer noch nicht den alten Lehrsatz begriffen haben, daß mehr Arbeitsplätze nur durch mehr Investitionen zu schaffen sind. Auf die Folgen hat Wallmann ebenfall hingewiesen: Die Sozialleistungen der Kommunen, die im vergangenen Jahr um zehn Prozent gestiegen sind, werden sich in diesem Jahr noch einmal um acht Prozent erhöhen. Solange das so bleibt, sind gute Nachrichten für den Bau kaum zu erwarten.

Mut zur Arbeitsteilung

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Für die internationale Handelspolitik wird 1986 ein bedeutsames Jahr. Es müssen endgültig die Weichen für die neue Liberalisierungsrunde für den Welthandel gestellt werden. Fatalerweise fängt das Jahr unter diesem Aspekt nicht gerade gut an. Denn zunächst steht der Protektionismus auf dem Programm. Es geht um die leidige Verlängerung des Welttextilabkommens, wozu gestern im Bundeswirtschaftsministerium eine weitere Anhörung stattfand.

Nun hat zwar Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann wiederholt bekräftigt, daß es für das Ende Juli auslaufende Arrangement eine Anschlußregelung geben solle, die jedoch eindeutig im Zeichen von mehr Liberalität stehen müsse. Angestrebt wird ein Übergangssystem mit degressiv ausgestalteten Schutzmaßnahmen. Dadurch soll schrittweise die Anwendung der sonst üblichen Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) auch in diesem Bereich erreicht werden.

Ob das gelingt, ist fraglich. Dieses liegt nicht an der harschen Kritik des zuständigen Verbandes und der Gewerkschaft an der Haltung des Bundeswirtschaftsministerums, eher an der Flexibilität der Protektionisten. Sie haben sehr rasch die Konsequenz aus der Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal, wo dieser Sektor noch eine größere Rolle spielt, gezogen und setzen jetzt, da die EG für die gemeinsame Handelspolitik zuständig ist, mit ihrer „Aufklärungsarbeit" dort an. Jedenfalls scheinen in der Zwölfer-Gemeinschaft einige der ursprünglich ins Auge gefaßten liberaleren Ansätze auf der Strecke zu bleiben.

Über das Verhandlungsmandat der EG wird zwar erst in einigen Wochen entschieden werden, aber im Rahmen des Gatt laufen die Gespräche in Genf bereits. Beobachter erwarten ein Ergebnis, hinter das sich sogar liberale Handelspolitiker scharen werden, weil einige zu kleinkariert geratene Beschränkungen, die in der Praxis keine Rolle gespielt haben, modifiziert werden.

Die Reaktionen dürften nach dem gleichen Strickmuster wie beim Anfang November zwischen der EG und den USA verlängertem Stahl-Arrangement ablaufen: Man sei zwar grundsätzlich gegen Selbstbeschränkungsabkommen, aber in diesem Fall sei es das kleinere Übel. Keine vertrauenerweckende Perspektive, zumal da der Handel mit Textilien nun schon ein Vierteljahrhundert eingeschränkt ist und selbst in der Bundesrepublik der Anpassungsprozeß nach den Bekundungen der Interessenvertreter noch nicht abgeschlossen sei.

Auch auf einem weiteren wichtigen Gebiet, nämlich der Agrarpolitik, muß die Gemeinschaft Weichen stellen. Ende des Monats will die Brüsseler Kommission ihre Vorschläge zum Getreidemarkt, möglicherweise schon über die Preisvorstellungen für das nächste Wirtschaftsjahr auf den Tisch legen. Daran und an der anschließenden Diskussion wird sich zeigen, ob die Gemeinschaft in diesem Bereich weiterhin mit subventionierten Preisen als aggressiver Anbieter auf dem Weltmarkt auftreten will, um die Überschüsse loszuschlagen. Das beschwört immer wieder die Gefahr von Handelskonflikten herauf, wie sich gezeigt hat.

Sollten sich auch hier, wie bei Textilien, die Interessen der heimischen Produzenten durchsetzen, so wird das handelspolitische Gespräch mit den Entwicklungsländern immer schwieriger. Was zum Teil auch für die Vereinigten Staaten gilt. Eine Verständigung ist jedoch notwendig, damit eine neue Gatt-Runde überhaupt beginnen und später sinnvolle Ergebnisse bringen kann.

Bei dem gegenwärtigen Gerangel gehen sehr viele Einsichten über Bord, auch in er Bundesrepublik. Ein Blick auf die Statistik zeigt, daß die vier Branchen Automobil, Chemie, Maschinenbau und Elektrotechnik, die allein mehr als die Hälfte des deutschen Exports bestreiten, nicht nur zu den expansivsten zählen, wo im vergangenen Jahr die meisten Arbeitsplätze geschaffen wurden, sondern daß dort die Exportquoten auch überdurchschnittlich hoch waren und die der Importe mit dem Niveau der gesamten Industrie Schritt halten konnten.

Die Arbeitsteilung, die ständige Anpassung haben sich ausgezahlt, gerade auch für die Gesamtwirtschaft. Dabei handelt es sich um einen ständigen Prozeß. Wer diesen behindert, setzt den Fortschritt aufs Spiel. Dies gilt auch für andere Bereiche.

MÖBELINDUSTRIE / Nach schweren Jahren neue Hoffnung auf der Kölner Messe

Bei den Wohntrends ist wieder Farbe und auch mehr Romantik gewünscht

HENNER LAVALL, Köln

Verhalten optimistisch gibt sich die Möbelbranche zu Beginn des neuen Jahres. Vertreter von Industrie und Handel erhoffen sich von der heute beginnenden Internationalen Möbelmesse in Köln die entscheidenden Impulse für das laufende Jahr 1986. Der weiter anhaltende Konjunkturaufschwung, so wird übereinstimmend erklärt, müßte sich doch endlich auch in der Möbelwirtschaft positiv bemerkbar machen. Insgesamt, so erwartet die Branche, werden die Budgets der privaten Haushalte in diesem Jahr um knapp 10 Milliarden DM zunehmen.

Franz Kraemer, Präsident des Deutschen Möbelhandels, Köln, knüpft daran die Hoffnung, daß das Jahr 1986 auch der Möbelwirtschaft, die seit nunmehr fünf Jahren auf der Schattenseite der allgemeinen Konjunktur steht, „wieder etwas mehr Freude macht". Anläßlich der offiziellen Eröffnung der Messe warnte er gestern allerdings vor zu hoch geschraubten Erwartungen. Das lehre die Erfahrung vieler enttäuschter Hoffnungen in den letzten Jahren auf Grund von Silberstreifen, die sich letztendlich „als Fata Morgana" erwiesen hätten.

Auch Manfred Thome, Präsident des Verbandes der deutschen Möbelindustrie, Wiesbaden, zeigte sich optimistisch. Nach dem schlechten Möbeljahr 1985, das der Industrie entgegen den Prognosen nicht ein Plus von zwei Prozent sondern ein Minus von 3,5 Prozent (auf 18,4 Milliarden DM) beim Umsatz gebracht habe, herrsche Bedrückung und Unsicherheit in der Branche. Doch scheine in diesem Jahr auf die Investitionsgüter-Konjunktur eine Konsumgüter-Konjunktur zu folgen. Darauf deute auch die gestiegene Zuversicht der Verbraucher in ihre wirtschaftliche Zukunft hin. „Die Zeiten guter Stimmung aber sind nach allen Erfahrungen gut für den Möbelabsatz", meinte Thome. Als Güter des elastischen Bedarfs würden sie nur von Verbrauchern gekauft, die mit Zuversicht in die Zukunft sähen. Und alle wirtschaftlichen Rahmendaten gäben den Verbrauchern in ihren Hoffnungen recht.



Auch Möbel sind Moden unterworfen. Man kauft seine Einrichtung nicht mehr auf Lebenszeit, sondern ist bereit, von Zeit zu Zeit Einzelstücke oder auch die ganze Einrichtung auszuwechseln. Das Wohnen soll ein Vergnügen sein. Und zum Vergnügen gehört die Veränderung – gerade auch bei Möbeln und Einrichtungsgegenständen. FOTO: DIE WELT

Zu den Wohntrends erklärte Thome, daß jetzt gegenüber früheren Jahren wieder mehr Farbe erwünscht ist. Entsprechend würden auf der Messe Frühlings- und Herbstfarben bei Polstermöbeln vorherrschen. Darüber hinaus gebe es eine Renaissance bei den Lacken. Insgesamt sei „Romantik" Trumpf. Der Verband der Möbelindustrie begründet diesen Geschmackswandel bei den Käufern ganz einfach: Die im ganzen doch modebewußteren Frauen wünschen sich fröhlichere Wohnungen.

Auf den entscheidenden Einfluß der Frauen beim Möbelkauf wies ebenfalls Professor Rita Süssmuth, Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, in ihrer Eröffnungsansprache hin. Dem sollten Industrie und Handel insgesamt mehr Rechnung tragen. Auch auf die Wohnbedürfnisse der Menschen in den Familien und ihre unterschiedliche Lebenssituation müsse stärker eingegangen werden. Die Bundesregierung trage dazu bei, indem sie gerade die Familie in den Mittelpunkt ihrer neuen Politik stelle.

Auf der Internationalen Möbelmesse Köln werden bis zum 19. Januar 1445 Firmen aus 33 Staaten ihre Produkte präsentieren. Über 50 Prozent der Anbieter dieser weltgrößten Branchenveranstaltung kommen aus dem Ausland. An ihrer Spitze stehen Italien mit 276 Firmen, gefolgt von Dänemark mit 95 und den Niederlanden mit 60 Firmen. Die Brutto-Ausstellungsfläche wurde gegenüber dem letzten Jahr um 15 000 auf 230 000 Quadratmeter vergrößert.

AUF EIN WORT



„Kein anderes Land der Erde erlaubt sich den Luxus einer so exzessiven Unternehmensbesteuerung wie die Bundesrepublik, nicht einmal das Sozialmusterland Schweden."

Carl-Heinz Illies, Präses der Handelskammer Hamburg
FOTO: WALTRAUT FRISCH

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Die Strukturhilfen für schwache Regionen steigen

Ha. Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft leistet einen ständig wachsenden Beitrag zur Investitionsfinanzierung in wirtschaftlich benachteiligten Regionen. Nach einer Aufstellung des statistischen Amtes der EG vergab sie 1984 verlorene Zuschüsse in Höhe von 2,38 Mrd. Ecu (6,32 Mrd. DM) sowie Darlehen von 7,66 Mrd. Ecu (rund 17,16 Mrd. DM).

Die Zuschüsse stammten vor allem vom Europäischen Regionalfond (Efre), der 80 Prozent seiner Hilfen für Infrastrukturvorhaben bereitstellte.

Hauptsächliche Nutznießer waren mit mehr als 60 Prozent der Zahlungen Italien und Großbritannien. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der Zehner-EG betrug etwa 42 Prozent. Auf die Einwohnerzahl bezogen profitierten jedoch vor allem Irland und Griechenland von den Mitteln des Regionalfonds.

Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) beliefen sich 1984 auf 5,01 Mrd. Ecu (11,23 Mrd. DM). Sie wurden vornehmlich für Projekte im Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsbereich eingesetzt. Das Neue Gemeinschaftsinstrument (NGI) vergab darüber hinaus Darlehen im Umfang von 1,18 Mrd. Ecu (2,64 Mrd. DM), die besonders kleinen und mittleren Unternehmen zugute kamen.

Zu den ältesten Finanzierungsquellen gehören schließlich die Strukturabteilung des Brüsseler Agrarfonds sowie die im Montan- und Euratomvertrag geschaffenen Anleiheinstrumente. Für die Landwirtschaft wurden 1984 aus EG-Haushaltsmitteln Strukturzuschüsse von 450 Mill. Ecu (rund 1 Mrd. DM) zur Verfügung gestellt.

STATISTISCHES BUNDESAMT

Bruttosozialprodukt ist real um 2,5 Prozent gewachsen

INGE ADHAM, Frankfurt

Mit 2,5 Prozent geben die Statistiker das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts (BSP) im vergangenen Jahr an. Damit wuchs die Wirtschaft im annähernd gleichen Tempo wie im Jahr zuvor, für das das Statistische Bundesamt inzwischen ein – revidiertes – Plus von 2,7 Prozent meldet. Nach Einschätzung der Statistiker ist damit das Ziel einer Verstetigung des Aufschwungs erreicht.

Für diese Verstetigung sorgt vor allem auch die ruhige Preisentwicklung – im Dezember lagen die Verbraucherpreise 1,8 Prozent über denen vom Dezember 1984. Für das ganze Jahr 1985 ergibt sich eine Preissteigerungsrate von 2,2 Prozent. Auch das Statistische Bundesamt geht für dieses Jahr von einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent real aus. Freilich dürften sich die Gewichte etwas verschieben. Denn auch 1985 war, wie schon 1984, mit einem realen Plus von 7,2 Prozent die Auslandsnachfrage Motor des deutschen Wirtschaftswachstums.

Die inländische Nachfrage – privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Investitionen – stieg dagegen real nur um 1,5 Prozent. Diese Entwicklung, die auch dafür sorgte, daß die Einfuhren mit real 4,6 (nominal 6,8) Prozent deutlich schwächer stiegen als 1984 (real plus 5,5, nominal plus 10,3 Prozent) bescherte der Bundesrepublik im vergangenen Jahr übrigens mit gut 72 Mrd. DM den bisher höchsten Außenbeitrag.

Die stürmische Entwicklung im Außenhandel hat sich übrigens nach Beobachtungen des Bundesamtes im November erstmals abgeschwächt, während gleichzeitig der private Verbrauch an Tempo zulegte. Im vergangenen Jahr stieg der private Verbrauch real um 1,7 (nominal 3,7) Prozent. Seine Schwäche (er macht etwa die Hälfte des Bruttosozialprodukts aus) und der scharfe Rückgang der Bauinvestitionen (real minus 6,7 Prozent) haben nach Einschätzung der Statistiker etwa ein halbes Prozent Wachstum gekostet.

Aber auch im Baugewerbe, besonders beim Ausbau, in dem Renovierungen zu Buche schlagen, macht das Bundesamt für dieses Jahr erste Lichtblicke aus. Ein Lichtblick ist auch die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen, die im vergangenen Jahr um 0,9 Prozent oder 201 000 Beschäftigte auf 25,49 Millionen gestiegen ist. Das Plus resultiert aber fast ausschließlich aus dem Dienstleistungsbereich. Im produzierenden Gewerbe, das nach wie vor kräftig investiert (Ausrüstungsinvestitionen plus 8,8 Prozent real) rührt sich noch nichts.

Um vier Prozent auf 989 Mrd. DM stieg im vergangenen Jahr das Einkommen der Arbeitnehmer (brutto), die Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit wuchsen um 8,5 Prozent. Insgesamt repräsentiert die wirtschaftliche Leistung der Bundesrepublik im vergangenen Jahr einen Wert von 1838 Milliarden Mark.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Entlastung für Stromverbraucher

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Stromverbraucher in der Bundesrepublik werden 1986 um 130 Mill. DM entlastet, weil der „Kohlepfennig" auf durchschnittlich 3,3 Prozent der Stromkosten gesenkt worden ist. 1985 betrug diese Ausgleichsabgabe zur Förderung deutscher Steinkohle noch 3,5 Prozent der Stromkosten (ohne Mehrwertsteuer), wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) gestern berichtete. Mit 2,6 Prozent ist der „Kohlepfennig" 1986 in Berlin am billigsten, saarländische Stromkunden müssen 3,8 Prozent zur Förderung der deutschen Kohle zahlen. Grund für die unterschiedlichen Anteile, die jeweils vom Bundeswirtschaftsminister festgelegt werden, sind nach Darstellung der VDEW die Strompreise in den einzelnen Bundesländern - je niedriger das Strompreisniveau, desto höher die Ausgleichsabgabe.

Einkommensunterschiede

Essen (dpa/VWD) – Die Einkommen der neun Millionen deutschen Haushalte von Nichterwerbstätigen – das sind 40 Prozent aller Haushalte – weisen krasse Unterschiede auf. Zu diesem Ergebnis kommt eine gestern veröffentlichte Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) über die Einkommenssituation von Rentnern, Pensionären, Hinterbliebenen, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in der Bundesrepublik. So müßten 90 Prozent der hinterbliebenen Frauen mit weniger als 700 DM im Monat auskommen. 60 Prozent der Rentnerhaushalte verfügten monatlich über ein Einkommen bis zu 1750 DM und 68 Prozent der Pensionäre über Einkommen zwischen 2450 und 5600 DM. Diese großen Unterschiede in der Einkommensverteilung werden nach RWI-Berechnungen zu 40 Prozent durch staatliche Umverteilungen über Leistungen wie Wohngeld und Sozialhilfe ausgeglichen.

Werbewirtschaft warnt

Bonn (dpa/VWD) – Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) hat gestern die vorgesehene Änderung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) kritisiert, mit der ein Schadensersatzanspruch und ein Rücktrittsrecht bei irreführender oder unlauterer Werbung eingeführt werden soll. Würden die Reformpläne der CDU/CSU verwirklicht, käme es zu ungerechtfertigten Rücktrittsansprüchen, die den Handel belasten würden, erklärte der ZAW in Bonn. Bei der perfektionistischen Gesetzgebung und verbraucherfreundlichen Rechtsprechung sei es unverständlich, warum ständig neue Einschränkungen des Spielraumes der Werbung diskutiert würden.

BFH: Unerledigte Fälle

München (sz.) – Einen ständig wachsenden, kaum überschaubaren und nur noch statistisch erfaßbaren Berg an unerledigten Fällen muß der Bundesfinanzhof (BFH), München, inzwischen vor sich herschieben. Nach Angaben des obersten deutschen Finanzgerichts konnten 1985 zwar 2954 Verfahren und damit neun Prozent mehr als im Vorjahr abgeschlossen werden. Dennoch betrugen die Rückstände per Ende 1985 nunmehr 5190 Verfahren – im Vergleich zu Ende 1984 eine Zunahme um 3,9 Prozent. Dies läßt befürchten, so der BFH, daß sich die Verfahrensdauern auch in Zukunft kaum abkürzen lassen. Insgesamt kamen im Jahresverlauf 1985 etwa 3150 neue Fälle (plus 1,6 Prozent) auf den BFH zu.

Einnahmen verdoppelt

Bonn (AP) – Der Höhenflug der Aktienkurse an den deutschen Börsen hat beim Bund zu Mehreinnahmen in Millionenhöhe geführt. Wie das Bundesfinanzministerium gestern auf Anfrage mitteilte, ist das Aufkommen aus der Börsenumsatzsteuer zwischen Januar und November 1985 auf 76,6 Millionen Mark gestiegen. Das sind 103 Prozent mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres (37,7 Millionen Mark). An der Frankfurter Börse wurden im letzten Jahr Aktien im Gesamtwert von 97,7 Milliarden Mark umgesetzt gegenüber nur 45,3 Milliarden Mark 1984.

Keine Einreichfrist

Bonn (DW.) – Nach Angaben der Zeitschrift „bauen + Fertighaus" gibt es für die günstige „alte" Steuerregelung für Einfamilienhäuser mit Einliegerwohnung keine „Einreichfrist bis 31. 12. 1985". Die Gesetzestexte seien absolut klar: Wer auf diese Steuervergünstigungen zurückgreifen will, muß zum 31. 12. 1986 gekauft bzw. das Objekt fertiggestellt haben.

Risikokapital erhöht

Berlin (dpa/VWD) – Seit Ende 1982 wurden 81 Mill. DM an Risikokapital für 80 technologieorientierte Berliner Unternehmen mit Hilfe eines vom Berliner Senat geschaffenen „Innovationsfonds" bereitgestellt. Wie die Senats-Wirtschaftsverwaltung gestern mitteilte, stammten davon 26 Mill. DM aus dem Fonds. Berlin sei damit zu einem der wichtigsten bundesdeutschen Plätze für Venture Capital-Finanzierungen geworden, meinte Wirtschaftssenator Elmar Pieroth (CDU).

Verbraucherschutz reicht

Bonn (VWD) – Die Bundesregierung sieht keinen Handlungsbedarf zur Verbesserung des Verbraucherschutzes gegen die mißbräuchliche Verwendung von Kreditkarten. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion hervor. Danach sind die bestehenden Haftungsregelungen und die allgemeinen Strafvorschriften ausreichend, soweit es um Haftungsrisiken des Verbrauchers in Zusammenhang mit Diebstahl oder Verlust einer Karte geht.

Kostenlose Auszahlung

Frankfurt (cd.) – Euroscheck- und Bargeldautomatenauszahlungen an Sparkassenkunden einer fremden Sparkasse sollen vom 1. April an gebührenfrei bleiben. Das sieht eine beim Kartellamt angemeldete Empfehlung des Sparkassenverbandes vor. Bislang werden dafür bis zu zwei DM verlangt. Die auszahlende Sparkasse soll künftig 1,50 DM von der Heimatsparkasse des Kunden bekommen. Dabei bleibt es der Heimatsparkasse überlassen, ob sie diese Gebühr selbst trägt oder ob sie ihre Kunden für Verfügungen bei anderen Sparkassen mit 1,50 DM belastet.

KONJUNKTUR

Bankenverband mahnt bei Lohnrunde '86 zur Vernunft

AP, Köln

Der Bundesverband deutscher Banken sieht als wichtigstes Problem für die weitere konjunkturelle Entwicklung, „daß bei der Lohnrunde 1986 der Pfad der Vernunft nicht verlassen wird". In seinem Konjunkturbericht für Januar schreibt der Verband, kostentreibende Lohnabschlüsse würden die Entwicklung von Preisen und Zinsen, Unternehmenserträgen und Investitionen belasten. Nur wenn diese Hürde genommen werde, sei zu erwarten, daß 1986 ein noch besseres Jahr werde als 1985.

Bei kostenbewußten Lohnabschlüssen könne in diesem Jahr mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um weniger als zwei Prozent gerechnet werden, heißt es. Die Beschäftigung werde weiter deutlich zunehmen. Damit besteht nach Ansicht des Bundesverbandes die Chance, daß trotz eines weiter wachsenden Arbeitskräfteangebots 1986 erstmals auch die Zahl der registrierten Arbeitslosen leicht zurückgeht.

In diesem Jahr sollen sich die Auftriebskräfte deutlicher als im Vorjahr auf das Inland verlagern. „Aufgrund der Steuerentlastung, höherer Sozialleistungen und der weiter zunehmenden Beschäftigung werden vor allem vom privaten Verbrauch – auch ohne überzogene Lohnerhöhungen – verstärkte Wachstumsimpulse ausgehen", heißt es. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen werde weiterhin „kräftig" bleiben, auch die Bauwirtschaft könne 1986 mit einer leichten Erholung rechnen.

„Das Sozialprodukt dürfte in diesem Jahr real um mehr als drei Prozent zunehmen", prognostizieren die deutschen Banken.

FAMILIENUNTERNEHMEN / Neue Verkaufsgerüchte um Quandt und Röchling

Dementis kommen von allen Seiten

Sz./Wb. Frankfurt

Die Betroffenen sind sich einig. „Ein Gerücht ohne jegliche Grundlage – wie schon so viele", winkt die Münchener Siemens AG ab, und auch der Kommentar der Bad Homburger Quandt-Zentrale ist von ungewohnter Klarheit: „Das ist schlichter Unfug." Beide waren einmal mehr in die Töpfe der Gerüchte-Köche geraten – die Quandts sollten sich von ihrer Beteiligung an BMW trennen, so hieß es, und Siemens an eben dieser Beteiligung interessiert sein.

Die Firmen-Einkäufe der Daimler-Benz AG in den vergangenen Monaten, der Versuch von Siemens, den Vergaser-Hersteller Pierburg zu übernehmen, und auch BMWs Interesse am Münchner Luft- und Raumfahrt-Konzern MBB haben das Spekulationskarussell in den letzten Wochen ebenso auf Touren gebracht wie der Flick'sche Hang zum Bargeld.

Auf der Suche nach weiteren Familien, die ihre Konzerne versilbern könnten, sind die Lauscher am Puls der Wirtschaft nun auch auf die Mannheimer Röchling-Gruppe gestoßen. Fürwahr ein lohnendes Objekt; gab es doch sogar einmal einen (1983 beigelegten) Rechtsstreit um das Ausscheiden der pfälzisch-saarländischen Großfamilie.

Freilich, gegen rasche Verkaufsentscheidungen spricht schon die große Zahl der Gesellschafter in den beiden – in Personalunion geführten – Familienholdings: An den 55 Mill. DM Stammkapital der Gebr. Röchling KG, Mannheim, sind mehr als 140 Familienmitglieder beteiligt; die 110 Mill. DM Stammkapital der Röchling Industrieverwaltung GmbH werden von mehr als 200 Gesellschaftern gehalten.

Beide Gruppenteile scheinen auch viel mehr am Einkauf denn am Verkauf von Firmen interessiert zu sein. Denn seit dem Verkauf ihrer saarländischen Stahlwerke Röchling-Burbach (heute: Arbed Saarstahl) schleppen die Röchlings eine beachtliche Liquidität in ihren Bilanzen mit, die es immer noch teilweise anzulegen gilt. Stoßrichtung sind dabei Fortschritts-Branchen wie die Meß- und Regeltechnik, die 1984 immerhin schon 170 Mill. DM zum addierten Gruppenumsatz von 3,7 Milliarden Mark beigetragen hat.

Die Spannweite der Röchling-Beteiligung ist groß: Sie reicht von dem mehr als 50prozentigen Anteil am Rheinmetall-Konzern, in dem der Spezialmaschinenbau konzentriert ist, von der Kunststoff-Verarbeitung über den Stahlhandel bis hin zu Container-Umschlag-Anlagen im Bremer Hafen. Und bislang zeigt die Familie nicht einmal Neigung zum Gang an die Börse. Familienratsmitglied und Geschäftsführer Friedrich Wilhelm Clausen: „An einem Verkauf ist niemand in der Familie interessiert."

WESTLAND / Heute findet Hauptversammlung statt

Kleinaktionäre für Sikorsky

fu, London

Die Kleinaktionäre des britischen Hubschrauber-Herstellers Westland stehen nahezu geschlossen hinter einer Beteiligung des amerikanischen Hubschrauber-Riesen Sikorsky gemeinsam mit dessen Partner Fiat. Dies ist das überraschende Ergebnis der Auszählung der Vollmachtserteilungen, die für die heutige außerordentliche Hauptversammlung bei Westland eingegangen sind.

Allerdings wird die Unterstützung des Westland-Vorstandes durch die Kleinaktionäre kaum ausreichen, die für den außerordentlichen Beschluß der Kapitalrestrukturierung mit einer Beteiligung des Sikorsky/Fiat-Konsortiums in Höhe von 39,9 Prozent und einer Kapitalspritze in Höhe von 74 Mill. Pfund (264 Mill. DM) erforderliche Dreiviertel-Mehrheit der Aktionärsstimmen zu sichern.

Denn die beiden größten Einzelaktionäre von Westland, Alan Bristow (Bristow Helicopters) und United Scientific Holdings halten zusammen schon 17 Prozent der Westland-Aktien. Beide sind überzeugte Verfechter einer Beteiligung des europäischen Konsortiums an MBB, Aerospatiale (Frankreich), Agusta (Italien), GEC (Großbritannien) und British Aerospace an Westland. Gemeinsam mit jenen institutionellen Anlegern, die ebenfalls eine „europäische Lösung" befürworten, dürften sie mehr als 25 Prozent der Stimmen gegen eine Sikorsky/Fiat-Beteiligung aufbringen.

Von den eingegangenen Vollmachtserteilungen, die 32 Prozent der Aktionärsstimmen repräsentieren, waren 91 Prozent für eine Beteiligung von Sikorsky und Fiat. Sollte die erforderliche 75prozentige Mehrheit bei der heutigen HV nicht zustandekommen, sind diese Entwicklungen möglich:

1. Sikorsky und Fiat ziehen ihr Beteiligungsangebot zurück.

2. Der Westland-Vorstand erbittet von der Vollversammlung Zeit, um mit Sikorsky und Fiat ein revidiertes Rettungspaket auszuarbeiten, das aufgrund eines veränderten Beteiligungsangebots nur eine einfache Aktionärsmehrheit erforderlich macht.

3. Die Befürworter der europäischen Lösung setzen ihre Forderung durch, daß auch das Rettungspaket des europäischen Hubschrauber-Konsortiums den Westland-Aktionären als Abstimmungsalternative auf einer weiteren außerordentlichen Hauptversammlung vorgelegt wird.

ÖSTERREICH / Institute erwarten einen leichten Rückgang der Wachstumsrate

Investitionsgüter-Nachfrage belebt sich

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Mit einer stabilen Konjunkturlage rechnen die österreichischen Prognostiker auch in diesem Jahr, wenngleich sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts (BIP) geringfügig von drei auf 2,5 Prozent verringern wird. Sowohl das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) als auch das Institut für Höhere Studien (IHS) wollen darin aber keineswegs den Beginn einer Konjunkturflaute sehen. Den Wachstumsvorsprung der vergangenen Jahre gegenüber dem gesamteuropäischen Durchschnitt dürfte Österreich aber auf jeden Fall einbüßen.

Eine Konsequenz ist der Anstieg der Arbeitslosenrate von 4,7 auf 4,9 Prozent. Obwohl etwa im Dienstleistungssektor rund 14 000 Arbeitnehmer zusätzlich unterkommen, reicht das Wachstum nicht aus, um das nach wie vor steigende Arbeitskräfteangebot aufzufangen. Im laufenden Winter dürfte die Arbeitslosigkeit saisonal bedingt deutlich über sechs Prozent steigen.

Die Abschwächung der Konjunktur ist sowohl in- wie auch auslandsbedingt. Der reale Zuwachs der Warenausfuhren wird sich von elf auf sieben Prozent abschwächen. Dies deshalb, weil sich einerseits die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den übrigen Handelspartnern um zwei Prozent verschlechtert, was auf den gesunkenen Dollarkurs, die höhere Lohnrunde und eine geringere Steigerung der Produktivität zurückzuführen ist. Andererseits können die im Vorjahr kräftigen Steigerungen einiger spezifischer Warengruppen wie Motoren, Schiffe, Energie und Chips nicht mehr aufrechterhalten werden.

Trotz dieser Exportentwicklung weisen die Konjunkturindikatoren der Industrie aufwärts, vor allem deshalb, weil sich die Investitionsgüternachfrage deutlich belebt. Die Industrieinvestitionen werden nach zweistelligen Zuwachsraten 1984 und 1985 im laufenden Jahr in Österreich um real 15 bis 20 Prozent ansteigen. Dies deutet nach einer vorangegangenen jahrelangen Investitionsschwäche auf eine Modernisierungswelle in der österreichischen Industrie hin. Gleichzeitig werden aber die Investitionen in der Elektrizitätswirtschaft und im öffentlichen Bereich sinken.

Hat sich der private Konsum im Frühherbst 1985 deutlich belebt, so rechnen die Experten für 1986 mit einem Rückgang der Zuwachsrate von 2,5 auf zwei Prozent. Die Verbraucherpreise steigen mit drei Prozent etwas weniger als im Vorjahr, bewegen sich aber über dem deutschen Niveau. Die Arbeitskosten dürften etwa ein Viertel unter jenen in der Bundesrepublik liegen.

In einer längerfristigen Prognose bis 1990 rechnet das WIFO mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate des BIP von 2,5 Prozent gegenüber nur 1,8 Prozent zwischen 1979 und 1985. Damit wird Österreich zwar leicht über dem westeuropäischen, aber unter dem OECD-Durchschnitt liegen. Die Arbeitslosigkeit wird auf 5,7 Prozent ansteigen. Daran ändere auch eine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 37 Stunden nichts.

Ein höheres BIP-Wachstum werde durch nach wie vor bestehende Strukturprobleme und vor allem eine ungünstige Exportstruktur verhindert. Die dadurch notwendigen Preiskonzessionen würden einen Rückgang der Exportpreise um 0,7 Prozent bedingen, so daß trotz steigender Ausfuhren und Marktanteilsgewinne um 1,3 Prozent die Exporterlöse kaum zunehmen werden. Die Inflation sollte im Durchschnitt bei vier Prozent liegen, der Überschuß in der Leistungsbilanz werde sich erhöhen.

NEUE HEIMAT / Schreiben an den Bundeskanzler

„Bauministerium einseitig"

DW. Bonn

„Insgesamt einseitig" nennt der Vorsitzende des gemeinnützigen Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat, Diether Hoffmann, die Dokumentation aus dem Bundesbauministerium zur Entwicklung seiner Unternehmensgruppe. In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl räumt Hoffmann zwar ein, „daß man sich der finanziellen Grenzen nicht hinreichend bewußt war"; er weist aber auch darauf hin, „daß die Neue Heimat sich für Millionen von Menschen engagierte und ihnen angemessenen Wohnraum verschaffte".

Subventionen in besonderem Ausmaß seien der Neuen Heimat nicht zugeflossen, schreibt Hoffmann weiter. Insgesamt möge es sich zwar um zehn Milliarden Mark handeln, „aber die Neue Heimat hat ausschließlich Mittel in Anspruch genommen, die jedem zur Verfügung standen, der bereit war, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren".

Hoffmann verteidigt die in der Dokumentation kritisierten Grundstückskäufe größeren Ausmaßes „auf Vorrat" mit dem Hinweis auf die Marktverhältnisse in den 50er und 60er Jahren. Die Neue Heimat habe dabei in aller Regel eng mit den öffentlichen Händen zusammengearbeitet, „die sich gern auf die Aktivitäten der Neuen Heimat verließen und so eigene Mittel schonen konnten".

Den Verkauf von Wohnungen rechtfertigt Hoffmann damit, „daß wir andere Lösungen bisher nicht finden konnten". In der Dokumentation fehle der Hinweis darauf, daß unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Neue-Heimat-Gesellschaften „der Verkauf auch gemeinnützigkeitsrechtlich nicht zu beanstanden ist". Es sei auch nicht gegen Auflagen verstoßen worden, „die beim Erhalt der Subventionen gemacht worden sind".

Das Bundesbauministerium schildere zwar zutreffend, daß die Sorgen der Mieter der verkauften Wohnungen „nicht zuletzt wegen der vorbildlichen von uns mit den Erwerbern vereinbarten Klauseln im wesentlichen unbegründet sind", schreibt Hoffmann weiter. Bei der Gesamtwürdigung verstoße es aber gegen das Gebot der Objektivität, „wenn die erforderlichen Maßnahmen ohne jede Begründung als gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen widersprechend bezeichnet werden".

CHINA / Auslandsschulden haben sich kräftig erhöht

Wirtschaftskurs zeigt Erfolg

dpa/VWD, Peking

Mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von rund zehn Prozent in den vergangenen fünf Jahren, steigenden Realeinkommen der Bevölkerung und deutlich besseren Produktionsergebnissen in Landwirtschaft und Industrie hat China nach Meinung der Führung in Peking sehr gute Voraussetzungen für einen Erfolg des in diesem Jahr beginnenden siebten Fünfjahresplans. Wie die offizielle Presse am Sonntag berichtete, nannten Vizepremier Tian Jiyun und das Wirtschaftsministerium unter anderem den Anstieg der Exporte und die Verbesserung der noch schwachen Produktivität in den Staatsbetrieben als wichtige Aufgaben bis 1990. Der nationale Volkskongreß, Chinas Parlament, wird den neuen Plan auf seiner nächsten Plenarsitzung am 25. März verabschieden.

In der von der gesamten Presse auf den Titelseiten abgedruckten Grundsatzrede, die Tian vergangene Woche vor 8000 Funktionären in Peking gehalten hatte, nannte er die Jahre 1980 bis 1985 „eine der besten Perioden seit der Gründung der Volksrepublik" 1949. Gegenüber ideologischen Zweifeln an der Richtigkeit des neuen Kurses betonte er, die Reformen sollten Wohlstand für alle und nicht nur für eine Minderheit bringen. Das von der Führung verfolgte Modell einer sozialistischen Warenwirtschaft werde „unter keinen Umständen" China in den Kapitalismus führen. Absicht der Rede war es nach Meinung politischer Beobachter, der Öffentlichkeit klar zu machen, daß die wirtschaftliche Basis gesund sei und der Reformpolitik trotz der von der Parteiführung kritisierten Korruption keine Gefahr drohe.

Als Beweis für den höheren Lebensstandard führte Tian die Einkommensentwicklung und die bessere Versorgung mit Konsumgütern an. Das Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Arbeitnehmer habe sich in den vergangenen fünf Jahren um 54 Prozent auf 1180 Renminbi (knapp 909 DM) im Jahr und das der Bauern auf 400 Renminbi (308 DM) mehr als verdoppelt. Real entspreche das einem durchschnittlichen Jahreszuwachs von knapp fünf beziehungsweise 14 Prozent. Auf dieser Grundlage sei die Regierung entschlossen, die Preisreformen fortzusetzen, werde aber Maßnahmen gegen die Inflation treffen.

Bei einem erwarteten Handelsdefizit zwischen 6 und 9 Milliarden Dollar, nach nur rund 1 Milliarde Dollar 1984, kündigte der Vorsitzende der staatlichen Wirtschaftskommission, Lu Dong, Maßnahmen zur Steigerung der Ausfuhr an. Dazu gehören bevorzugte Versorgung der Exportindustrie mit Rohstoffen und Energie, Steuererleichterungen und sinkende Herstellungskosten durch höhere Produktivität und niedrige Löhne. Laut Tian ist es China in der abgelaufenen Planperiode jedoch gelungen, seinen Außenhandel um 11,4 Prozent im Jahr zu erhöhen.

Die in der ersten Hälfte des abgelaufenen Jahres überschäumende Industrieproduktion soll 1986 nur noch um acht Prozent wachsen im Vergleich zu knapp 18 Prozent 1985.

LLOYD'S / London hat Versicherungsbörse im Visier

Schärfere Kontrolle denkbar

fu, London

Die Londoner Versicherungsbörse von Lloyd's wird schärfer unter die Lupe genommen. Wie die Regierung Thatcher jetzt mitteilte, wird eine unabhängige Untersuchungskommission eingesetzt, die sich den Versicherungsmarkt von Lloyd's und insbesondere die Wirksamkeit des Selbstkontroll-Systems der Versicherungsbörse vornehmen wird. Damit soll die Kritik entschärft werden, die aufkam, weil Lloyd's von der Ende letzten Jahres vorgelegten Gesetzesinitiative zur effektiven Regulierung der Finanzmärkte in der Londoner City ausgenommen wurde.

Die Regierung hatte die bisherige Regelung damit gerechtfertigt, daß das 1982 verabschiedete Lloyd's-Gesetz, mit dem ein neues Selbstkontroll-System eingeführt worden war, einen ausreichenden Schutz vor Verfehlungen und betrügerischen Machenschaften an der Lloyd's-Versicherungsbörse bieten würde. Im übrigen könne Lloyd's schon deshalb nicht in das neue Gesetz zur Überwachung der Finanzmärkte einbezogen werden, weil der Status der Lloyd's-Mitglieder und damit der Charakter der Versicherungsbörse mit dem üblicher Investoren- und Investment-Institutionen nicht verglichen werden könne.

Doch nachdem die Kette von Skandalen bei Lloyd's nicht abzureißt, sieht sich die Regierung zu dieser Untersuchung veranlaßt. Sollte die Kommission herausfinden, daß die Überwachung der Versicherungsaktivitäten bei Lloyd's nicht ausreicht, muß Lloyd's mit einer schärferen Gesetzgebung rechnen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Fritz Kremin, Heizungsbaumeister, Oyten; **Berlin Charlottenburg:** Helmut Schibath; **Bielefeld:** Germania-Wohnbau GmbH; **Bocholt:** Kurt Lindner, Kaufmann, Heiden; **Düsseldorf:** Balma Erfrischungsgetränke GmbH; Heinrich Middelhoff GmbH, Ratingen; **Göttingen:** Groner Reit- u. Fahrverein e. V., Göttingen-Grone; Dawe- Bau GmbH u. Co.; **Gütersloh:** Ulrich Flötotto, Ingenieur; **Mönchengladbach:** Kühn, Vierhaus & Cie. AG; **Moers:** Fünders Bauträger Ges. mbH, Xanten; **Neuss:** Robertson Bauelemente GmbH, Korschenbroich.

Konkurs beantragt: Clausthal-Zellerfeld: Gastro KG Erich Jürgens KG, Altenau; Erich Jürgens Gastronomie Oberharz, Altenau.

Anschlußkonkurs eröffnet: Flensburg: Leder & Leder GmbH Kraftfahrzeuge, Harrislee.

Vergleich eröffnet: Ingolstadt: Karl-Heinz Stöckl, Privatier.

Vergleich beantragt: Hamburg: Squash Rackets Center Robert Feustel KG (GmbH & Co.); **Reutlingen:** Manfred Göhner, Kaufmann; **Worms:** GIB Getränke-Industrie-Bedarf GmbH, Monsheim.

JAPAN / Streit um die Autoexporte in die USA

Minister im Kreuzfeuer

dpa/VWD, Tokio

Michio Watanabe, japanischer Minister für internationalen Handel und Industrie, ist wegen der Autoexporte in die USA in das Kreuzfeuer aller interessierten Seiten geraten: US-Politiker fordern mit Nachdruck auch weiterhin „freiwillige" Exportrestriktionen der Japaner, die großen japanischen Hersteller wollen davon nichts mehr wissen, und die kleineren Produzenten attackieren den Minister, weil sie ihre Benachteiligung durch das bisherige System nicht mehr hinnehmen wollen.

Im laufenden Wirtschaftsjahr (bis Ende März) dürfen 2,3 Millionen japanische Autos in die USA geliefert werden, hat Watanabes Ministerium festgelegt, und die einzelnen Hersteller erhielten genau bestimmte Anteile. Toyota Motor Corp., Nissan Motor Co., American Honda Motor Co., Mazda Motors of America Inc. und Subaru of America Inc. hatten im Dezember den Hauptanteil daran, daß der Importanteil am US-Markt auf mehr als 31 Prozent stieg. Die japanischen Marktführer versichern immer wieder, daß sie ihre Ausfuhren nach den USA auch bei einer Aufhebung der Exportkontrollen nicht schrankenlos ausweiten würden. Aber die kleineren japanischen Hersteller, Mitsubishi Motors Corp., Isuzu Motors Ltd. oder Suzuki Motor Co. wollen endlich den Rückstand im Vergleich zu den stärkeren Konkurrenten aufholen. Ohne Zweifel würden sie versuchen, bei einer Freigabe der Ausfuhren stärker als die großen zu expandieren. Watanabe neigt offensichtlich dazu, die Restriktionen aufrechtzuerhalten.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Tagung in Moskau

Moskau (dpa/VWD) – Die deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission wird am 3. April in Moskau zu einer zweitägigen Sitzung zusammentreten, gab die Bonner Botschaft in der sowjetischen Hauptstadt bekannt. Der Termin der Tagung war mehrfach verschoben worden. Nach Angaben von deutscher Seite gibt es hierfür jedoch keine politischen Gründe. Die Kommission hatte zuletzt im Januar 1985 in Bonn zu den Themen Chemie, Energie und Anlagenbau getagt. Im April geht es um die Bereiche Konsumgüter und Dienstleistungen.

Gute Tourismus-Bilanz

Paris (J. Sch.) – Der Tourismus trägt 1985 nach vorläufigen amtlichen Angaben einen Rekordbetrag von 31,5 Mrd. Franc – nach 27,7 Mrd. 1984 und 22,5 Mrd. Franc 1983 – zur französischen Leistungsbilanz bei. Unter Einschluß der Überseegebiete waren es sogar 35 Mrd. Franc. Dieser Trend schwächt sich allerdings ab; weniger Amerikaner reisen an.

Nakasone in Kanada

Ottawa (dpa/VWD) – Handelsfragen stehen im Mittelpunkt der Gespräche, die Japans Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone im Rahmen seines bis Mittwoch dauernden Besuchs in Kanada führt. Der Besuch wird mit ungewöhnlicher Aufmerksamkeit verfolgt, weil das fernöstliche Land nach den Vereinigten Staaten Kanadas wichtigster Handelspartner ist. Neben einem Ausbau dieser Beziehungen wünscht sich die kanadische Regierung mehr japanische Investitionen. Gleichzeitig sucht der nordamerikanische Staat japanische Sorgen zu zerstreuen, wonach die von Washington und Ottawa angestrebten „Freihandelsgespräche" Nordamerika in ein protektionistisches Fort verwandeln könnten.

Schrumpfung verlangsamt

Brüssel (dpa/VWD) – Die Zahl der Arbeitsplätze in der EG-Stahlindustrie hat sich auch 1985 spürbar verringert, doch hat sich der Schrumpfungsprozeß weiter verlangsamt. Nach ersten Angaben des Statistischen EG-Amtes waren Ende 1985 in der Stahlindustrie noch 423 400 Arbeitnehmer beschäftigt, 22 400 weniger als Ende 1984. Zwischen 1984 und 1983 waren 33 400 Stahlarbeitsplätze weggefallen gegenüber 34 400 zwischen 1983 und 1982 und 35 100 zwischen 1982 und 1981.

Neue Gespräche mit IWF

Daressalam (dpa/VWD) – Nach einjähriger Unterbrechung hat Tansania seine Verhandlungen um weitere Kredithilfen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) wiederaufgenommen, meldete Radio Daressalam. Eine IWF-Delegation ist in Daressalam eingetroffen. Die Verhandlungen waren Anfang 1985 abgebrochen worden, weil sich das Land geweigert hatte, der IWF-Forderung nach einer 100prozentigen Abwertung nachzukommen.

Lebenshaltung wird teurer

Budapest (AFP) – Die Preise für zahlreiche Verbrauchsgüter und mehrere öffentliche Tarife werden in Ungarn erhöht. Nach den Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur MTI werden sich diese Erhöhungen, die insbesonders als Folge der verteuerten Importpreise notwendig wurden, mit 0,4 Prozent auf den Lebenshaltungsindex auswirken.

Venezuela senkt Ölpreis

Caracas (dpa/VWD) – Venezuela hat beschlossen, den Preis für seine Schweröl-Exporte um 1,04 Dollar pro Barrel (159 Liter) im Durchschnitt zu senken. Das wurde am Wochenende aus Regierungskreisen in Caracas bekannt. Die Preissenkung betrifft etwas über 600 000 Barrel von den insgesamt 1,4 Mill. Barrel Erdöl, die das südamerikanische Opec-Land täglich exportiert.

Frankreich: 70 Prozent Kernkraft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Obwohl die französische Regierung ihr Kernenergie-Programm stark gedrosselt hat – seit 1984 darf pro Jahr nur ein Atomkraftwerk mit 1300 Megawatt (MW) in Auftrag gegeben werden gegenüber bis dahin je sechs Werken zu 900 MW –, wird sich auch in diesem Jahr der Anteil der Kernenergie an der Stromproduktion weiter verstärken. Nach Angaben der staatlichen Electricité de France (EdF) sollen 1986 insgesamt sechs Reaktoren an das Leitungsnetz angeschlossen werden. Die Kapazität der Kernkraftwerke würde dadurch um 17 Prozent steigen.

Ende 1985 hatten diese 41 600 MW erreicht gegenüber 24 800 MW bei den thermischen Kraftwerken und 20 400 MW bei den Wasserkraftwerken. 1986 könnte die Kernenergie erstmals die Kapazität aller anderen Kraftwerke übertreffen.

An der französischen Stromproduktion war 1985 die Kernkraft sogar mit 70 (1984: 65) Prozent beteiligt. Gegenwärtig befinden sich in Frankreich 14 Kernkraftwerke mit Kapazitäten von je 1300 MW im Bau. Bei diesem hohen Bestand könnte die EdF vorerst zwar auf weitere Bestellungen verzichten. Aber dies hätte den nationalen Reaktorenbauer Framatome in Schwierigkeiten gebracht. Deshalb hat die Regierung die Fortsetzung des bisherigen Auftragsrhythmus für 1986 bestätigt und erklärt, daß es bis 1989 bei jährlich einem neuen Auftrag bleiben soll.

„Gute Aussichten für Südafrika"

AFP, Johannesburg

Der Schweizer Bankier Fritz Leutwiler, der zwischen Südafrika und dessen Gläubigern vermittelt, hat sich am Sonntag zum Abschluß eines zweitägigen Besuchs in Südafrika optimistisch über die Aussichten in dem Apartheidstaat geäußert. Er sei zuversichtlich, daß der südafrikanische Präsident Pieter Botha „positive Signale" für eine politische Reform geben werde. Es sei klar, daß die Apartheid abgeschafft werden müsse. Er wünsche sich aber auch, daß die Welt von den Fortschritten Notiz nehme, die in dieser Hinsicht in den letzten Monaten zu verzeichnen seien, sagte Leutwiler vor der Presse.

Die wichtigsten Gläubigerbanken Südafrikas werden in der zweiten Februarhälfte in London eine Konferenz abhalten, um eine gemeinsame Strategie auszuarbeiten. Umschuldungsverhandlungen machen sie von Fortschritten in der Frage der Apartheid abhängig. Leutwiler war von den Banken beauftragt worden, in diesem Sinne auf die südafrikanische Regierung einzuwirken.

Die Regierung in Johannesburg hatte Ende September ein Moratorium für die Rückzahlung ihrer kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten verkündet, die 14 Milliarden Dollar betragen. Seitdem begleicht das Land seinen Schuldendienst nicht mehr. Das Moratorium wurde inzwischen bis Ende März verlängert. Insgesamt betragen die Auslandsschulden Südafrikas 24 Mrd. Dollar.

AKF KREDITBANK / Rückzug aus dem Ratenkredit

Konzentration auf Leasing

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Im 17. Jahr nach der Gründung hat die AKF Kreditbank GmbH & Co., Wuppertal, ihren Gründungszweck endgültig verloren. Ursprünglich als reines Ratenfinanzierungsinstitut für den Absatz der Wuppertaler Vorwerk-Gruppe entstanden, ging bei der Bank schon seit einem Jahrzehnt die Konsumgüterfinanzierung für den Absatz anderer Anschlußfirmen stetig zurück, weil die Konsumenten andere und bequemere Formen allfälliger Kreditfinanzierung (zumal die Kontoüberziehung) bevorzugten. Als letzte und wichtigste AKF-Händlerverbindung dieser Art wurde deshalb per 1. April 1985 der Rahmenvertrag mit der Vorwerk-Gruppe aufgelöst.

Die Bank will sich künftig (und weiterhin nebst einschlägiger Tochtergesellschaft) auf das Leasing-Geschäft konzentrieren und zu einer „Spezialbank für Investitionsfinanzierung" mit mittelständischer Kundschaft entwickeln. Der Rückzug aus dem Ratenkreditgeschäft prägt bereits den Abschluß für 1984/85 (30. 9.).

Bei nur noch 90,6 (137) Mill. DM Geschäftsvolumen ermäßigten sich die Bilanzsumme auf 82,4 (127) Mill. DM und darin die Kreditforderungen auf 37,9 (71,7) Mill. DM gegenüber einem mit 36,4 (39,4) Mill. DM aktivierten Leasingvermögen, das nebst Tochter in der Gruppe noch um 1,8 (10,9) Prozent gewachsen sei. Mit Blick auf das künftig wegen Fortfalls des Ratengeschäfts insgesamt kleinere Geschäftsvolumen wurde das Nominalkapital von 15 Mill. DM auf die bislang eingezahlten 7 Mill. DM reduziert. Daran sind die Vorwerk & Co. mit 72 Prozent und das Kölner Bankhaus Delbrück & Co. mit dem Rest beteiligt.

Den verschwiegenen Ertrag aus 1984/85 nennt der Vorstand „einen der besten seit Bestehen". Stolz verweist er auch darauf, daß allein schon die offen ausgewiesenen Eigenmittel von 7,7 Mill. DM nach KGW-Richtlinie über zehn Prozent des künftigen Geschäftsvolumens ausmachen, wozu versteuerte stille Reserven kämen. Mit diesem Potential sieht sich die Bank gut ausgestattet für weiteren Vormarsch auf dem „hart umkämpften" Leasing-Markt.

Sowohl in Umsatz wie in Ertrag sei da auch das erste Quartal von 1985/86 „zufriedenstellend" verlaufen. Die Investitionsbereitschaft der Kunden sei „günstig", ihre Bonität jedoch lasse oft immer noch zu wünschen übrig.

AFRIKA / UNO-Wirtschaftskommission: Die Mittel für Rohstoffimporte fehlen

Industrie nur zu 25 Prozent ausgelastet

dpa/VWD, Nairobi

Nach der schwersten Wirtschaftskrise in seiner nachkolonialen Zeit scheint Afrika in eine Dauerstagnation einzutreten. Zwar ist die ökonomische Katastrophe der vergangenen fünf Jahre überwunden, doch das Krisental noch immer nicht durchschritten. Steigende Schuldenlasten sowie ein Rückgang des Netto-Kapitalzuflusses in den kommenden Jahren lassen befürchten, daß den Regierungen Afrikas gerade jetzt das Geld zum „Neuanfang" fehlen wird.

Selbst ein optimistisches „Szenario" der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika (Eca) sagt voraus, daß die Wirtschaft Afrikas 1986 bestenfalls um drei Prozent wachsen wird. Angesichts des ungebremsten Bevölkerungsanstiegs bedeutet dies aber, daß es den rund 500 Millionen Afrikanern schlechter gehen wird als 1985. Das Pro-Kopf-Sozialprodukt 1986 würde selbst bei dieser optimistischen Variante um zwei US-Dollar auf 659 Dollar fallen. Wahrscheinlicher allerdings dürfte ein Wachstum von zwei Prozent sein – das bedeutet Stagnation gegenüber 1985.

Wenig verheißungsvoll sind auch die Aussichten für die Landwirtschaft, dem Rückgrat der afrikanischen Wirtschaft. Trotz durchaus günstiger Regenfälle in weiten Regionen und teilweiser Rekordernten rechnen die Experten nur mit einem Agrarwachstum von 2,5 bis 2,9 Prozent. Selbst 1985, als viele Länder noch unter den Folgen der Dürre litten, wuchs die Produktion um 2,5 Prozent. Vom Ziel der Lebensmittel-Selbstversorgung wird der Kontinent auch 1986 noch weit entfernt bleiben. Die UNO-Landwirtschaftsorganisation rechnet für das Wirtschaftsjahr 1985/86 (Beginn: Jahresmitte) mit einem Nahrungsmittel-Defizit von 6,2 Millionen Tonnen.

Die prekäre finanzielle Situation wird es dem Kontinent nur erlauben, etwa die Hälfte des Bedarfs durch kommerzielle Importe zu decken. Auch die Deviseneinnahmen werden knapp bleiben: Angesichts fallender Weltmarktpreise für Mineralien rechnen die Experten nur mit einem überaus geringen wertmäßigen Anstieg der Exporte zwischen 0,5 Prozent und 3,1 Prozent. Dies wiederum hat schwere Folgen für die importabhängige Industrie: Bereits 1985 war die Industrie im Durchschnitt nur zu 25 Prozent ausgelastet, weil das Geld für die Einfuhr von Rohstoffen und Ersatzteilen fehlte.

Ohnehin stagniert der Anteil der Industrieproduktion am Sozialprodukt bei weniger als zehn Prozent, und das seit mehr als 15 Jahren. Nur Algerien, Ägypten, Marokko, Nigeria, und Simbabwe haben eine Industrieproduktion von über einer Milliarde US-Dollar.

Das Schlimmste aber sind die Schulden. 1985 kletterten die Außenstände der 50 Staaten um 20 auf 170 Milliarden Dollar. In absoluten Zahlen ist das verglichen mit anderen Regionen wenig, aber gemessen am Schuldendienst ist Afrika eine der am schwersten belasteten Regionen. Ein Viertel aller Exporteinnahmen mußte der Kontinent 1985 für den Schuldendienst aufbringen. Für nicht wenige Länder beträgt dieser Anteil gar über die Hälfte.

Wachsender Schuldendienst und stagnierender Kapitalzufluß aus dem Ausland wird dazu führen, daß 1986/87 der Netto-Kapitalzufluß (privat und öffentlich) auf rund 5 Milliarden Dollar jährlich fallen wird – das entspricht einer Halbierung gegenüber den Werten der Jahre 1980 bis 1982. Den Staaten fehlt jetzt das Geld für Investitionen, die die Wirtschaft ankurbeln könnten.

NAMEN

Carl Neubronner, einer der geschäftsführenden Gesellschafter der Neubronner GmbH & Co. KG, Oberursel und Kronberg, vollendete am 13. Januar sein 90. Lebensjahr.

Hans-Jürgen Klinker, früherer Präsident des Bauernverbandes von Schleswig-Holstein, Abgeordneter im Bundestag und im Europäischen Parlament, wurde gestern 65 Jahre.

Dr. **Hanns-Jürgen Kunze**, Generalbevollmächtigter der Thyssen AG, Duisburg, wird am 15. Januar 60 Jahre alt.

Gerhart Meeh, Inhaber der Uhren- und Schmuckfach-Großhandlung Steinleitner & Schott, Würzburg, vollendete am 12. Januar sein 60. Lebensjahr.

Horst Hommel (51), bislang Mitglied der Geschäftsleitung der Burroughs Deutschland GmbH, Eschborn, hat die Leitung des neu geschaffenen Bereichs Zubehör der TA Triumph-Adler AG, Nürnberg, übernommen.

Dr. **Helmuth Kiesel** (58), seit 1968 Vorstandsmitglied der Leonberger Bausparkasse AG, Leonberg, tritt Ende Februar 1986 in den Ruhestand.

José Dedeurwaerder (53) wurde zum Verkaufsdirektor der Regie Renault in Paris bestellt. Er übernimmt damit den Aufgabenbereich von **Jean Phelupt**, der in Pension geht. **Dedeurwaerder** ist für den weltweiten Verkauf und, außer in Frankreich und in Belgien, für die internationalen Produktionsstätten zuständig. Er behält in Personalunion das Amt des Generaldirektors der American Motors Corporation (AMC).

Dr. **Helmut Hartmann** ist mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in den Vorstand der Harmstorf AG, Flensburg, berufen worden und hat das Ressort Technik übernommen.

Ottokar Böhnisch, bisher Gesamt-Verkaufsleiter im John Deere Export, Mannheim, übernahm mit Wirkung vom 1. Januar 1986 die Position des Marketing-Direktors im John Deere Vertrieb Deutschland. Er tritt die Nachfolge des in den Ruhestand gehenden **Werner Brümmer** an.

Dr. **Ferdinand Hoffs** wird neben **Hans Dahl** neues Vorstandsmitglied der Deutschen Steinzeug- und Kunststoffwarenfabrik Verwaltungs-AG, Frechen. Er folgt **Werner Hecker**, der altershalber aus dem Vorstand ausscheidet.

SCHWEDEN / Etatentwurf vorgelegt – Finanzminister kündigt straffe Fiskalpolitik an

Inflation hemmt Wettbewerbsfähigkeit

G. MEHNER, Stockholm

„Um die Inflation zu bekämpfen und die exzessive Rolle der Geldpolitik zurückzuführen, muß die Fiskalpolitik straff angelegt sein." Dies erklärte der schwedische Finanzminister Kjell-Olof Feldt bei der Präsentation des Etatentwurfs für das am 1. Juli beginnende Haushaltsjahr 1986/87. Bei um 3,1 Prozent auf 335,6 Mrd. schwedische Kronen erhöhten Ausgabensätzen sowie um fünf Prozent auf 286,6 Mrd. schwedische Kronen gestiegenen Einnahmen verbleibt ein auf 48,9 (55) Mrd. Schwedenkronen reduziertes Budgetdefizit. Dies entspricht 5,2 Prozent des Nationalprodukts und ist der niedrigste Wert seit sieben Jahren.

Dies markiert gleichzeitig das Ende eines eigenständigen schwedischen „dritten Weges": Der Versuch, in einer Art Mittelweg zwischen kompromißloser Sparpolitik und einer Politik des billigen Geldes die Inflation einzugrenzen, gelang nur unmittelbar im Windschatten der Abwertung von 1982. Mit einer Inflationsrate von gegenwärtig 5,5 Prozent – im internationalen Vergleich ist dies ein Platz auf den hinteren Rängen – katapultiert sich Schweden aus der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet seine Vollbeschäftigung.

Die aussichtsreichste Strategie zur Wiedergewinnung der Konkurrenzfähigkeit sieht Feldt jetzt in einer Kombination aus Budgetdisziplin und zurückhaltender Lohnpolitik. Eine glaubwürdige, straffe Fiskalpolitik eröffne auch die Chance, die Geldpolitik aus ihrer exzessiven Rolle zu entlassen und von dem investitionsfeindlich überhöhten binnenländischen Zinsniveau wegzukommen.

Der wirtschaftspolitische Gangwechsel erfolgt am Rande einer Rezession und vor dem Hintergrund einer schnell erodierenden Situation in der Zahlungsbilanz. Das erwartete Wachstum von 1,6 Prozent ist im Vergleich zu den beiden Vorjahren (2,2 Prozent und 3,4 Prozent) deutlich abgebremst. Nach einem kurzlebigen Plus in der Zahlungsbilanz von 3,2 Mrd. Schwedenkronen 1984 taucht 1985 wieder ein Defizit von 10,3 Mrd. Schwedenkronen auf. Auf dem jetzt eingeschlagenen Pfad besteht 1986 aber die Chance auf Halbierung.

Zweitgrößter Ausgabenposten nach dem Sozialetat von 84,5 Mrd. Schwedenkronen ist mit 71 Mrd. Schwedenkronen der Schuldendienst für die 560 Mrd. Schwedenkronen Staatsschulden. Seit zwei Jahren hat es aber bei den 140 Mrd. Schwedenkronen Auslandsschulden keinen Zuwachs mehr gegeben.

Feldts Etatentwurf unterstellt einen Abschluß der Lohnrunde 1986 mit einem 5,5-Prozent-Ergebnis. Dieser Spielraum wird aber allein schon aus den bestehenden Überhängen ausgefüllt. Auch eine Einigung auf diesem Niveau, so Feldt, unterminiere die schwedische internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter und führe zu einem zusätzlichen Marktanteilsverlust.

HORNITEX / Hersteller dekorativer Kunststoffplatten

Wachstumstempo verdoppelt

dpa/VWD, Detmold

Die Hornitex-Gruppe, Horn-Bad Meinberg/Kreis Lippe, steigerte im vergangenen Jahr den Umsatz um 9,8 Prozent auf 560 Mill. DM. Im Vorjahr hatte sie 4,5 Prozent Umsatzplus erreicht. Die Hälfte des Umsatzanstiegs kam nach einer Mitteilung der Geschäftsleitung der Hornitex Werke Gebr. Künnemeyer GmbH & Co. KG aus dem Exportgeschäft. Der Ausfuhranteil erhöhte sich von rund 16 Prozent im Vorjahr auf rund 18 Prozent. Hornitex ordnet sich als größter Hersteller dekorativer Kunststoffplatten in Europa ein. Das Produktionsprogramm umfaßt ferner Holzspanplatten und Möbelfertigteile. Hervorgehoben wird besonders, daß auch 1985 das vor zehn Jahren als Präsentationseinrichtung und als Service für Abhnehmer und Architekten geschaffene Design-Center den Geschäftsgang positiv beeinflußt hat.

Zur Gruppe gehören Produktionsgesellschaften in Horn, Nidda/Hessen, Duisburg und Detmold (seit 1985). Die Gebr. Cloos KG, Duisburg, brachte es nach vorangegangener Umstrukturierung der Spanplattenfertigung und Modernisierung der Kunststoffbeschichtungsanlagen auf rund 100 Mill. DM Umsatz. Nicht mehr konsolidiert wurde die Firma Rougier-Hornitex S. A. R. L. (Frankreich), die 75prozentige Beteiligung ging an den bisherigen Partner.

Hornitex steht jetzt kurz vor dem Einstieg auch in den Markt für mitteldichte Faserplatten, die es – so das Unternehmen – bisher in der Bundesrepublik noch nicht gibt. Dieser neue Bereich bildet den Mittelpunkt des Investitionsprogramms der Jahre 1986 und 1987. Im abgelaufenen Jahr sind innerhalb der Gruppe über 20 Mill. DM mit Schwerpunkt im Stammwerk Horn investiert worden.

Alno: Erfolgreich mit Einbauküchen

nl. Stuttgart

Für die Alno Möbelwerke GmbH & Co. KG, Pfullendorf, dem renommierten Hersteller von Einbauküchen, verlief das Geschäftsjahr 1985 nach eigenen Angaben erfolgreich. Während die gesamte bundesdeutsche Küchenbranche im vergangenen Jahr nach bisher vorliegenden Daten im Durchschnitt 3,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor umsetzte, steigerte Alno seinen Umsatz um zwei Prozent auf 465 Mill. DM. Damit vergrößerte sich der Marktanteil des Familienunternehmens in der Bundesrepublik von neun auf 9,5 Prozent, denn der Inlandsumsatz nahm um 3,5 Prozent zu. Demgegenüber verringerte sich das Auslandsgeschäft, so daß der Exportanteil auf 20 (22) Prozent sank.

Im abgelaufenen Jahr seien, wie es weiter heißt, zahlreiche Maßnahmen eingeleitet worden, die zu einer nachhaltigen Reduzierung der Kosten führten. Das um 18 Programme und 51 Farbvarianten erweiterte Produktangebot führe dazu, daß die Investitionen des laufenden Jahres 1986 deutlich über denen des Vorjahres liegen dürften. In 1985 hat Alno 11,5 Mill. DM investiert. Für 1986 gibt man sich bei Alno optimistisch.

Die Zahl der Beschäftigten vergrößerte sich per Jahresende um 4,9 Prozent auf 1875 Mitarbeiter. Neu in die Geschäftsleitung berufen wurden Manfred Maier, Manfred Kaeser und Wolfgang Trapp. Die Alno Möbelwerke befinden sich im Besitz der Familie Nothdurft.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Stehle zur AEG

Frankfurt (Wb.) – Dr.-Ing. Peter Stehle, noch bis zum 30. Juni Geschäftsführungsvorsitzender der Nürnberger Diehl-Gruppe, soll AEG-Chef Heinz Dürr entlasten. Zur Jahresmitte wird Stehle im AEG-Vorstand die Leitung der Bereiche Bahntechnik, Industrietechnik und Automatisierungs-Systeme übernehmen, die Dürr bis dahin noch kommissarisch weiterführt. Eine Beteiligung des AEG-Großaktionärs Daimler-Benz an Stehles Ortswechsel wird von AEG klar dementiert. Stehles Nachfolger bei Diehl wird Dr. Bernhard Schmidt, vormals Geschäftsführungs-Sprecher der Dornier GmbH.

An China verkauft

Gütersloh (hdt.) – Die kompletten Produktionsanlagen der im Vorjahr in Konkurs gegangenen Möbelwerke Rekord, Herzebrock-Clarholz bei Gütersloh, werden derzeit demontiert und anschließend via Transsibirische Eisenbahn nach China verfrachtet. Mit ihnen soll ein rund 7000 Quadratmeter großer Möbelbetrieb in Changsa/Provinz Honan ausgerüstet werden, den deutsche Fachleute aufbauen. Die Abwicklung wird von der Hülshörster GmbH, Herzebrock, durchgeführt, die sich auf solche Transaktionen spezialisierte.

Beteiligung veräußert

Stuttgart (VWD) – Die Tonwarenindustrie Wiesloch Grundstücksgesellschaft MBH, eine Tochtergesellschaft der Tonwarenindustrie Wiesloch AG, Wiesloch, hat ihre Beteiligung an der württembergischen Cattunmanufactur AG (WCM), Heidenheim, die sie im März 1985 von der Rüger-Immobiliengruppe erworben hatte, Ende 1985 wieder veräußert. Wie zu einer Pflichtveröffentlichung im Bundesanzeiger von den Beteiligten zu erfahren war, wurde das gesamte Aktienpaket von 66 Prozent des WCM-Grundkapitals von 1,275 Mill. DM an mehrere Käufer abgegeben. Annähernd 50 Prozent der WCM-Aktien liegen jetzt bei der I. G. Farbenindustrie AG I. L., Frankfurt. Den Rest des Pakets hat ein nicht näher bezeichnetes Aktionärskonsortium übernommen.

Nattermann-Rückzug

Düsseldorf (J. G.) – Das Kölner Phar ma-Familienunternehmen A. Nattermann & Cie. GmbH hat zum Jahresende 1985 seine US-Pharmatochter Lemmon Comp., Sellersville, an die TAG Pharmaceutical Inc., New York, verkauft. Nattermann hatte Lemmon erst 1981 erworben und in den Folgejahren bei dieser Beteiligung unerwartet hohe Verluste erlitten.

Lebhaftes Spargeschäft

Frankfurt (cd.) – Über eine 10,9prozentige Bilanzsummensteigerung auf 7,9 Mrd. DM und eine abermalige Verbesserung der Eigenkapitalausstattung aus dem '85er Ertrag, zu dem auch beachtliche Effekteneigenhandelsgewinne beitrugen, berichtet die Frankfurter Sparkasse von 1822. Die Spareinlagen erhöhten sich um 5,1 Prozent auf 3,1 Mrd. DM, Sparkassenbriefe und -Obligationen sowie Inhaberschuldverschreibungen, darunter auch Zero-Bonds und börsenfähige Titel, sogar um 18,2 Prozent auf 1,8 Mrd. DM. Kundenforderungen und Wechsel nahmen um 7,5 auf knapp 4,3 Mrd. DM zu.

Poggenpohl mit verhaltener Prognose

tl. Herford

Der Küchenmöbelhersteller Fr. Poggenpohl KG, Herford, hat gemeinsam mit der Tochterfirma Goldreif im letzten Jahr ein Umsatzplus von drei Prozent erreicht. Damit stieg der Gruppenumsatz auf 266,5 Mill. DM (1984: 260 Mill. DM) an. Die Absatzprognosen für 1986 sind jedoch „recht vorsichtig". Die Gruppe plant Umsätze in gleicher Größenordnung wie 1985.

Nach Unternehmensangaben geht die Umsatzsteigerung im wesentlichen auf die guten Verkaufsergebnisse im Export zurück. Der Poggenpohl-Exportanteil ist im letzten Jahr auf 42 Prozent angewachsen. Der Personalstand konnte in beiden Werken mit 1 160 Beschäftigten konstant gehalten werden, darunter sind 67 Auszubildende. Poggenpohl hat 1985 4,2 Mill. DM investiert.

Poggenpohl und Goldreif werden von der bisherigen unverbindlichen Preisempfehlung abgehen und auf Verkauf zu Nettopreisen an den Handel umstellen, der dann seine Verkaufspreise selbst kalkuliert. Damit werden Forderungen des Kartellamtes erfüllt.

SEKRETÄRINNEN / Chancen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt – Neuntes Forum

Die Anforderungen nehmen weiter zu

PETER FLÜHR, Nürnberg

„. . . und im Mittelpunkt der Mensch." Unter dieses Motto stellte der Bund Deutscher Sekretärinnen (BDS), Düsseldorf/München, sein 9. Forum. „Trotz vielfältiger Wandlungen technischer und organisatorischer Art stehen Sekretärinnen im Zentrum dieser Entwicklung", erklärte Annelore Schliz, Mitglied des geschäftsführenden BDS-Vorstandes, vor über 200 Teilnehmerinnen.

Über „Chancen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt" referierte Ursula Engelen-Kefer, Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg. Sie setzte sich ausgehend von der momentanen Problemsituation am Arbeitsmarkt mit der „qualifikationsgerechten Beschäftigung" von Frauen auseinander.

Marginale Hilfeleistungen müßten, sinnvoll verquickt mit Instrumenten der Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine Einheit bilden, damit „in ausreichendem Maße" Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, erklärte Frau Engelen-Kefer. Die herkömmlichen Inhalte reichten dazu aber nicht aus. Es werde immer mehr erforderlich, sich veränderten und neuen Anforderungen im Berufsleben anzupassen. Auf dem breitgefächerten Bürosektor, der ständige Aufwärtsentwicklung erfahre, komme der Bedienung von Maschinen immer größere Bedeutung zu.

Mit der beruflichen Qualifikation sei es allein jedoch nicht getan. Dringend notwendig sei darüberhinaus eine „gerechte Verteilung von Pflichten und Lasten" bei den familiären Aufgaben. Frau Engelen-Kefer plädierte deshalb für eine gerechte Familienarbeitsteilung.

Aus ärztlicher Sicht schlug der Internist Gerhard Wölker, Trier, den Bogen zum Tagungsmotto. Aus dem Wohlbefinden resultiere die Kraft, Berufs- und Alltagsprobleme zu bewältigen. So könnten beispielsweise Streßfaktoren und andere negative Komponenten erhebliche körperliche und seelische Funktionsstörungen auslösen.

Paul Meulemann, Leiter des Instituts für Management-Entwicklung, Bielefeld, betonte, daß das „positive Denken" eine wichtige Grundlage guter Kommunikation sei. Er setzte sich mit verhaltensbetonten Aspekten auseinander und adressierte an die Zuhörer die Frage: „Ist unsere Welt denn wirklich so negativ, wie wir sie manchmal sehen?" Werte, die „ganz außen vor liegen", würden leider oft übersehen. Man müsse bestrebt sein, daß das eigene Verhalten eine „positive Wende" erfahre. Darum sei jeder „Ideenkiller"-Mentalität von vornherein der Kampf anzusagen.

An einem internationalen Roundtable-Gespräch zum Thema Arbeitszeit, Freizeit, Lernzeit beteiligten sich Sekretärinnen aus Dänemark, Schweiz, Italien, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Indien. Die Kontakte zu Berufskolleginnen in anderen Ländern sollen künftig verstärkt gepflegt werden.

Im Verlauf erholte Aktienkurse

Kaufaufträge überwogen, später Gewinnmitnahmen

DW. – An der Montagbörse bestimmten kräftige Gewinnmitnahmen das Geschäft. Hinzu kamen Auswirkungen des Optionstermins vom 15. Januar. Viele Anleger nutzten ihre Optionen aus, Aktien zu niedrigeren Kursen zu beziehen und verkauften sie sofort wieder mit Gewinnen. Im Verlauf entwickelten sich schwankende Notierungen, zunächst auf niedrigerem Niveau und später stärker anziehend. Damit bewahrheiten sich Prophezeiungen, daß in der dünner werdender Höhenluft die Schwankungen häufiger und größer werden.

Ausgewählte Aktien überschritten in der zweiten Börsenstunde wieder die Schlußkurse vom Freitag. Das gilt vor allem für die Autopapiere, allen voran für Daimler. Es gilt aber auch für Stahlpapiere und Rohstoffwerte wie Preussag. Dagegen blieben die Großchemieaktien im Schatten. Bei ihnen stören die Anleger sich daran, daß es über das voraussichtliche Ausmaß der Dividendenerhöhungen noch keine Verlautbarungen gibt. Außerdem drückt psychologisch die Tatsache, daß die Bayer-Kapitalerhöhung eine gute Milliarde DM vom Markt abschöpfen wird. Schwächer lagen Warenhauspapiere und bei den Großbanken, vor allem Deutsche, was aber wohl eher als Atempause nach dem anhaltenden Aufschwung vom Vorjahr zu verstehen ist. Am Elektromarkt Siemens im Verlauf erholt und AEG deutlich befestigt. Maschinenbauer tendierten trotz der stärker werdenden Investitionsgüterkonjunktur uneinheitlich.

Frankfurt: Cassella rückten um 50 DM vor, Buderus zogen um 9,50 DM und Hutschenreuther um 8 DM an. Schwach lagen Metallgesellschaft mit minus 26 DM. Springer sanken um 35 DM und Aesculap büßten 8,50 DM ein.

Düsseldorf: DAT erhöhten sich um 10 DM, Dortm. Ritter um 15 DM und Keramag um 5,50 DM. Dt. Texaco sanken um 10 DM, Kochs Adler verminderten sich um 7 DM und Küppersbusch fielen um 8 DM.

Hamburg: Bremer Vulkan gaben um 4 DM nach und Vereins- und Westbank mußten um 8 DM zurückgenommen werden. Phoenix Gummi erhöhten sich um 1 DM. Beiersdorf lagen um 1 DM leichter.

Berlin: Berliner Bank lagen um 5 DM, Orenstein um 4 DM und DUB-Schultheiss um 1 DM fester. Spinne Zehlendorf schwächten sich um 30 DM, Bergmann um 25 DM und Detewe um 15 DM ab.

München: Aigner verminderten sich um 2 DM, Gehe AG sanken um 10 DM und Tucher gaben um 5 DM nach. Agrob St. erhöhten sich um 3 DM, Audi AG zogen um 2 DM an und AKS verbuchten ebenfalls einen Gewinn von 2 DM.

Stuttgart: Daimler stiegen um 15 DM und Mercedes um 20 DM. Salamander verbuchten einen Gewinn von 5,90 DM. Stuttgarter Hofbräu St. verteuerten sich um 9 DM. Württemberg. Feuervers. sanken um 20 DM.

Nachbörse: erholt

WELT-Aktienindex: 291,87 (292,50)
WELT-Umsatzindex: 6260 (8294)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf

	13.1.	10.1.	10.1. Stücke
AEG	303,7-11,8-10	300	104564
BASF	274-5,5-5-5	276	64422
Bayer	281-1-78,5-81	283	49597
Bayer. Hypo	610-0-595-610G	615G	13106
Bayer. Vbk.	550-95-45-45G	560	6209
BMW	636-7-3-6	640G	17191
Commerzbk.	340-7-36-45,5	345	39144
Conti Gummi	179-81-78-80	181G	51567
Daimler	1320-80-15-65	1329	40805
Dt. Bank	877-7-65-74,5	884	37727
Dresdner Bk.	446,5-70-56,5	444,4	46965
DUB	270-0-0-67G	275G	1235
GHH	244-7-3-7	246G	18975
Harpener	348-8-2-2G	346G	3539
Hoechst	290-0,5-88-90G	290G	28840
Hoesch	194,8-7,5-2-7	195	79898
Holzmann	569-9-9-4G	560G	349
Horten	220,5-4-0,5-4G	225G	2089
Kali u. Salz	305-3-2-2G	302G	17786
Karstadt	353-7-3-6G	359G	15677
Kaufhof	379-86-79-86G	381G	6705
KHD	369-73-65-72	368	42335
Klöckner-W.	119,5-24-13-24	118G	191878
Linde	670-5-55-75	675	2472
Lufthansa St.	256-9,5-4-8G	260G	5124
Lufthansa VA	255-8-2-8	256	3634
Mannesmann	297-5-0-4,5	294G	65197
MAN	245-5-1-3G	241	1796
Mercedes-H.	1240-55-20-50	1240G	1974
Metallges.	400-0-0-3G	420G	3169
Nixdorf	590-0-80-82G	690G	8808
Porsche	1335—	*	*
Preussag*	269-79-66-78	274	18645
RWE St.	207-7,7-7-7,8G	218	34860
RWE VA	205-8-7,5-4	206G	52757
Schering	651-1-45-9	655G	10576
Siemens	753,5-5-47-52	754	61908
Thyssen	189,5-90,5-90	189,5	294444
Veba	295,5-8,5-3-8,5	329G	54866
VEW	141,5-1,5-1,5-1	144,5	5726
VW	534-45-32-44,5	538	58449
Philips**	53,1-3,1-2,9	53,3	108010
Royal D.**	160,5-0,5-0-0G	160,5G	3301
Unilever**	350-2-0-2	357G	142
DM-Total· in 1000 DM			521879

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte 164,12 (165,66), Elektrowerte 342,12 (346,12), Autowerte 789,69 (779,31), Maschinenbau 194,94 (198,67), Versorgungsunternehmen 160,95 (162,89), Banken 479,07 (435,38), Warenhäuser 139,42 (140,80); Bauwirtschaft 401,19 (401,92), Konsumgüterindustrie 139,77 (140,13), Versicherung 1677,50 (1611,93), Stahlpapiere 190,98 (190,65)

Kursgewinner:

Gerling NA GR	7250,00	-550,0	-8,7%
Alte Leipz. B	1400,00	-100,0	-7,6%
Cassella	700,00	+50,00	-7,6%
Gerling NA Kl.	779,00	-49,00	-6,7%
P & S	200,00	-12,00	+6,3%
Koepp	180,00	-10,00	-5,8%
Binding St.	290,00	-15,00	-5,4%
Gerling NA Vz.	790,00	+40,00	-5,3%
Nordd. Hypo	200,00	+10,00	-5,2%
Dt.Hypo Bk.H	315,00	-15,00	+5,0%

Kursverlierer:

Dm. Hansa	170,00	-18,00	-9,5%
Metallges	404,00	-26,00	-6,0%
Gas Kaiserl.	280,00	-15,00	-5,0%
Pegulan Vz	200,00	-10,00	-4,7%
Löwenbräu	1430,00	-70,00	-4,6%
Geb. Verk.	265,00	-12,00	-4,3%
Farb. Liqu.	8,70	-0,40	-4,3%
Pegulan St	188,00	-8,00	-4,0%
Schub.& Salz	177,00	-7,50	-4,0%
BBC	279,00	-11,00	-3,7%

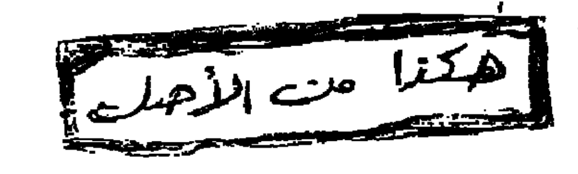
Junge Aktien

Berlin: Hermes 850,00 T, Kolitzer 1950,00b, VAB 4100,00 T
Düsseldorf: BASF 263,00, Bayer 278,00 G, Contigas 320,00, IWK –, Linde 630,00, Metallges. 371,00 T, Nixdorf 551,00, Schering 633,00, VEW 132,00
Frankfurt: Allweiler St 278,00, Allweiler Vz. 211,80 bG, BASF 265,00, Bayer 270,50, Contigas 321,00, Frankona –, IWK 322,00, Linde 641,00, Magdeburger Feuer 750,00, Magdeburger Feuer NA 1450,00 rG, Mainkraft 655,00 T, Metallges. 380,00, Moto Meter 222,00 G, Nixdorf 550,00, Schering 629,00, VEW 136,00, Wibau –
Hamburg: Doag 344,00, Schering 635,00
München: BASF 268,00 bG, Bayer –, Br Walk. 180,00, Contigas 327,50, IWK 339,00, Isar-Amper 351,00 G, Linde 630,00 bG, Metallges. 388,00, Nixdorf 538,00, Schering 625,00 bG, Stumpf 112,00 G, VAB 4000,00 TB, VEW 131,50, Wanderer 480,00 G
Bezugsrechte: Frankfurt: Bay. Hypo 8,20, Machines Bull 2,50

Devisenmärkte

Die Marktteilnehmer scheinen mehr und mehr eine sensiblere Einstellung einzunehmen für die ersten Anzeichen der verbesserten amerikanischen Konjunktur. Der Dollarkurs pendelte am 13. Januar von 2,4675 bis 2,4775 und verzeichnete mit 2,4767 die höchste amtliche Notiz dieses Jahres. Das Englische Pfund konnte seine Kurserholung zum Vorwochenschluß nicht behaupten und gab um 1,7 Pfennig auf 3,559 nach. Mit Ausnahme der Dänischen Krone 27,33 (minus 8,5 Pfennig) und des Holländischen Gulden 88,80 (minus 2 Pfennig) notierten die übrigen EWS-Partnerwährungen zur D-Mark minimal fester. Der Japanische Yen legte 5 Promille auf 1,2195 zu. Der Schweizer Franken konnte sich um 12 Pfennig auf 117,92 festigen. Der Preis für die Goldunze verharrte bei knapp über 340 Dollar. US-Dollar in Amsterdam 2,7875, Brüssel 50,595, Paris 7,5955, Mailand 1688,75, Wien 17,395, Zürich 2,10; Ir. Pfund/DM 3,066; Pfund/Dollar 1,4362, Pfund/DM 3,557

Devisen und Sorten



Nichts zu verschenken

hg – Handeln statt Klagen – auf dieses bewährte unternehmerische Konzept hat jetzt die Münchner Paulaner-Brauerei zurückgegriffen, als ihr die Preisschleuderei mit ihren Produkten in einigen Verbrauchermärkten zu bunt wurde. „Achtung bei Niedrigstpreisen" empfahlen die Brau-Herren per Zeitungsanzeige dem Leser; auch der „tüchtigste" Anbieter könne auf die Dauer nicht vom Verschenken leben. Der Kunde möge also prüfen, ob er nicht bei anderen Artikeln draufzahlen müsse. Ist das nicht eine Binsenweisheit, die der Markenverband zum Beispiel seit Jahren verkündet? Sie ist es in der Tat, aber ihre Verbreitung scheiterte bisher daran, daß sie immer der falschen Zielgruppe vorgetragen worden ist: Den Normalverbraucher lassen die Einwände von Interessenverbänden nämlich kalt; vor allem dann, wenn sie stets auch mit einer gewissen Larmoyanz vorgetragen werden. Die Paulaner indes bleiben kühl und sachlich, beschwören nicht gleich den Untergang des Markenartikels und verschweigen den Ärger, den ihnen die Preisschleuderei macht. Es geht zwar auch anders, aber so geht es besser.

Werbung für die „alte Brauart"

lf, Düsseldorf

Werbung ist kein Privileg der Großen. Nach dieser Devise hat Josef Schnitzler, Eigentümer der Uerige-Hausbrauerei in Düsseldorf, den Werbefilm „Bier nach alter Brauart" produzieren lassen, der über die Herstellung des Düsseldorfer Altbiers informiert. Gezeigt wird der 16-minütige Streifen bis zum 27. Februar im Vorprogramm der drei Kinos der Lichtburg auf der Königsallee. Es erscheint ungewöhnlich, daß eine Brauerei, mit 24 000 Hektoliter an der Kapazitätsgrenze, mit einem Werbefilm hervortritt. Im Vordergrund steht allerdings die Information über die alte Brauart. Fragen, auch ausländischer Gäste, haben Schnitzler zu diesem Film inspiriert. Ein Videoband – in englisch und deutsch – wird auf Wunsch in der Gaststätte vorgeführt. Gezeigt wird die Hopfenernte in Hallertau, die Prüfung der Gerste in Weihenstephan, das Einmaischen, die Abfüllung auf Flaschen und Fässer und schließlich der Verzehr in der hauseigenen Gaststätte.

ZIGARETTEN / Der Markt hat sich nach dem Preiskampf wieder eingependelt – Genauer Verbrauch nicht erfaßt

Eine Marke wächst, eine stagniert, und alle anderen verlieren mehr und mehr an Boden

JAN BRECH, Hamburg

Am deutschen Zigarettenmarkt beginnen sich die Zustände wieder zu normalisieren. Nach der Tabaksteuererhöhung im Jahr 1982, die zu einem Absatzverfall von 14 Prozent führte, und dem anschließenden Preiskampf, in dessen Folge festgefügte Strukturen zerbrachen, hat sich der Absatz bei einem Volumen von 118 bis 120 Mrd. Stück eingependelt. Nach vorläufigen Zahlen wird die Industrie in diesem Jahr mit 118,5 Mrd. Zigaretten 0,7 Prozent mehr absetzen.

Der genaue Verbrauch der deutschen Raucher ist damit allerdings noch nicht erfaßt. Bei den gut 118 Mrd. Stück handelt es sich um die in Deutschland hergestellten Fabrikzigaretten. Rechnet man die Zigaretten hinzu, die Private stangenweise über die Grenze aus dem preisgünstigeren Ausland mitbringen, und auch noch die Selbstgedrehten, dürfte der gesamte deutsche Zigarettenkonsum bei 140 bis 142 Mrd. Stück liegen.

Die stetige Absatzentwicklung am deutschen Markt, der sich mit Zuwachsraten zwischen 0,7 und 3,5 Prozent in den letzten Jahren recht gut erholt hat, spiegelt das Marktgeschehen allerdings nur unvollkommen wider. Die Vorgänge auf dem klassischen Markenartikel-Markt Zigarette hat der größte aller „Markenmacher" Philip Fürchtegott Reemtsma einmal auf den schlichten Nenner gebracht: „Es gibt zwei Arten von Marken; solche, die gehen, und solche, die nicht gehen." Auf den Markt des Jahres 1985 übertragen bedeutet diese Erkenntnis: Es gibt nur eine Marke, die wächst, und alle anderen verlieren.

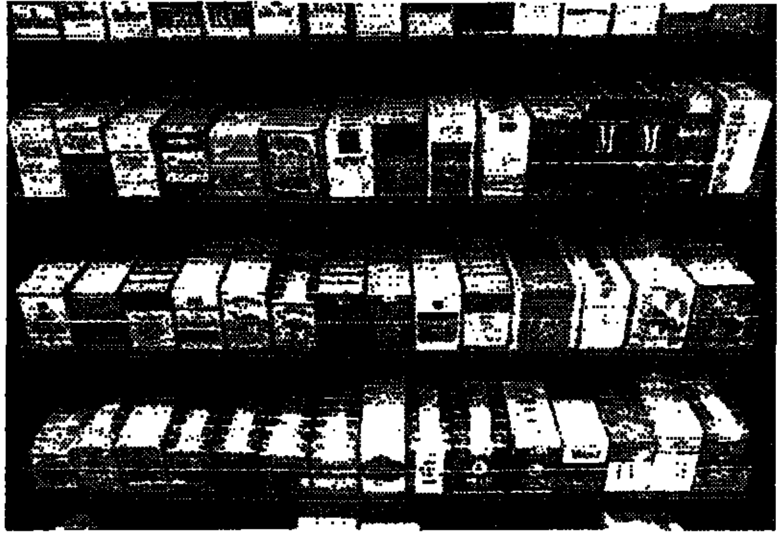


FOTO: SVEN SIMON

Marlboro ist Marktführer

Aus den Turbulenzen der vergangenen drei Jahe ist, gleichsam wie ein Phoenix aus der Asche, die „Marlboro" des US-Konzerns Philip Morris nach oben katapultiert. Die „Marlboro" gehörte zwar schon bis 1981 zu den Rennern des Marktes, mußte nach der Steuererhöhung und dem Preiskampf jedoch erhebliche Absatzrückgänge hinnehmen. 1984 fand sie zum alten Wachstum zurück, 1985 rannte sie der Konkurrenz davon. Den gesamten Zuwachs der Branche im abgelaufenen Jahr von 0,8 Mrd. Stück absorbierte sie allein und zusätzlich holte sie sich 2,1 Mrd. Stück von anderen Marken. In relativen Zahlen: Die „Marlboro" wuchs um 19,7 Prozent und steigerte ihren Marktanteil von 13,7 auf 16,4 Prozent.

Seit Mitte 1985 ist sie damit Marktführer in der Bundesrepublik und wird nun auch am deutschen Markt ihrem internationalen Anspruch gerecht, die „meistverkaufte" Zigarette der Welt zu sein. Ihr Sprung auf Platz eins der deutschen „top ten" ist sicher das markanteste Ereignis des Zigarettenjahres 1985. Sie löste immerhin die „HB" aus dem Haus BAT ab, die, 1955 eingeführt, rund ein Vierteljahrhundert die unangefochtene deutsche Spitzenmarke war.

Die „HB", die das Männchen, das nicht immer gleich in die Luft gehen wollte, berühmt gemacht hat, galt lange Zeit als das „Wunderkind" der Branche. Ihre Beständigkeit und Stärke kam natürlich nicht von ungefähr. Die BAT hat ihr ein sehr eigenes Profil geschaffen, das Produkt selbst kontinuierlich weiterentwickelt und ihr mit erstklassigem Marketing die Regale des Handels und die Automatenschächte reserviert.

Entsprechendes gilt für die „Marlboro". Die geniale Werbekampagne mit den Cowboys aus dem „Marlboro Country", die der Amerikaner Leo Burnett 1963 für Philip Morris entwickelte, hat auch der „Marlboro" ein unverwechselbares Image gegeben. Packungsaufmachung und Produkt sind über alle Jahre fast unverändert geblieben und das auf allen Märkten der Welt. Die Internationalität der „Marlboro" mit dem Anspruch auf Erlebnis und Abenteuer mag zur Zeit der größte Vorteil gegenüber der sehr deutschen Marke „HB" sein.

Nach den wahren Ursachen für den Wechsel an der Spitze des deutschen Zigarettenmarktes gefragt, zucken jedoch auch die Marketing-Fachleute die Schultern. Es gibt halt solche und solche. Die einen antizipieren Trends und wachsen auf kleinen Wellen, die zu Wogen werden, die anderen verlieren unmerklich den Anschluß. Eine zweite Weisheit für den Zigarettenmarkt heißt denn auch: Sowohl nach oben als auch nach unten entwickeln die Marken kaum zu steuernde Eigendynamik. An dem noch leichten Trudeln der „HB", das sich in einem Absatzrückgang von 4,2 Prozent und einem Marktanteilsverlust von 15,6 auf 14,9 Prozent ausdrückt, erweist sich einmal mehr, daß kurzfristige Kurskorrekturen fast unmöglich sind.

An Geld fehlt es nicht

Dabei fehlt es der Zigaretten-Industrie nicht etwa an Geld, um werblich ihre Marken zu steuern. Budgets von 50 Mill. DM und mehr pro Jahr sind für die großen Marken die Regel und nicht die Ausnahme. Was ihr aber fehlt, ist das Instrumentarium, um „Botschaften" ihrer Marken schnell und unmißverständlich überzubringen.

Als Hersteller eines höchst umstrittenen Produktes hat sie sich in ihrer Werbung stark eingeschränkt. Sie muß auf Fernsehen und Rundfunk verzichten, kein Boris Becker darf der „HB" die so dringend benötigte junge Raucherschar zuführen. Weder Sportler noch sonstige Prominente kann die Industrie in der Werbung einsetzen und in der Auslobung der Marken sind ebenfalls enge Grenzen gezogen. Die im Herbst dieses Jahres vorgestellte „HB"-Promotion für Erlebnisreisen in die südostasiatische Inselwelt belegt es: Die Felder, die beackert werden können, sind weitgehend besetzt. Was nicht „me too", sondern wirklich neu ist, wie etwa die Reemtsma-Aktion mit dem Slogan „Ich rauche gern", stößt bereits deutlich an den Rahmen, den sich die Industrie selbst hat setzen müssen.

Der Kampf um die Marktführerschaft dürfte den deutschen Zigarettenmarkt auch im kommenden Jahr beherrschen. Nach den Gesetzen des Marktes wird die „Marlboro" zunächst weiter wachsen. Wo ihre obere Grenze ist, weiß niemand. In ihren besten Jahren hielt die „HB" ein Viertel des Marktes. Die „Marlboro" liegt so gut im Trend, daß die 20-Prozent-Grenze in greifbare Nähe gerückt ist. Die „HB" dagegen wird alle Mühe haben, die Verluste in den Grenzen von 1985 zu halten und zur Stabilität zurückzufinden.

Bei den übrigen Marken der deutschen „top ten", die zusammen fast 70 Prozent des Marktes ausmachen, hat es 1985 kaum spektakuläre Veränderungen gegeben. Die „Camel" von Reynolds, die sich noch vor zwei Jahren mit Riesenschritten auf den meilenweiten Weg zur Spitze aufzumachen schien, ist unterwegs fußkrank geworden. Sie verlor fast zehn Prozent. Die „Lord Extra" von Martin Brinkmann büßte 4,9 Prozent ein. Platz fünf bis zehn hielt der deutsche Marktführer Reemtsma mit seinen Brot- und Buttermarken. Dabei darf sich die „Peter Stuyvesant" neben der „Marlboro" als einzige Marke rühmen, kein Verlierer zu sein. Sie legte leicht um 0,8 Prozent zu. Die „West" verlor 7,7 Prozent, „Ernte 23" 2,7 Prozent, „R 6" , sechs Prozent, „Reval 7,6 und „Roth Händle" 6,1 Prozent.

Wahre Höhen- und Tiefflüge gibt es erst wieder auf den unteren Markträngen. Die von der Industrie zur Abwehr der „no names" eingesetzten preisgünstigeren Marken haben nach erfolgreicher Schlacht offensichtlich ihre Daseinsberechtigung verloren. Die „L & M" von Philip Morris verlor fast 30 Prozent, die „Peer Export neu" mehr als 25 Prozent. Demgegenüber wuchsen Spezialitäten wie die „Prince of Denmark" (Reemtsma) und „Benson & Hedges" (BAT) mit Zuwachsraten von 27,4 beziehungsweise 21,9 Prozent.

Die führenden Hersteller	Marktanteil in % 1985	1984
Reemtsma	27,3	28,2
dav. Reemtsma	20,6	20,8
Roth Händle	6,7	7,4
BAT	24,7	25,4
Philip Morris	20,8	17,6
Brinkmann	11,9	12,8
Reynolds	10,1	10,6

OPEL

„An die sehr geehrten Herren Daimler und Benz"

HARALD POSNY, Düsseldorf

Ob die deutsche Anzeigenszene in Zeitungen und Zeitschriften doch munterer, bunter wird und gelegentlich Grund zum Schmunzeln bieten kann, anstatt sich ausschließlich die Vorteile des eigenen Produkts „um die Ohren zu schlagen"? Fast scheint es so.

In jüngster Zeit mehren sich Firmenjubiläen, 50-, 60- und 100jährige. Und dem Stolzgefühl der Jubilare in eigenen Anzeigen setzen Wettbewerber (und nicht die lahmsten!) einen gekonnten Kontrapunkt: Geburtstagsglückwünsche per Zeitungsanzeige.

Jüngstes Beispiel: der ganzseitige Geburtstags-Glückwunsch der Adam Opel AG an den Konkurrenten Daimler-Benz zu dessen 100jährigem. Mit einer ganzseitigen Brief-Anzeige in sechs überregionalen Tages- und Wochenzeitungen gratulierten die Rüsselsheimer:

„Sehr geehrter Herr Daimler, sehr geehrter Herr Benz! Mit Freude vernahm ich, daß Sie eine Kutsche motorisiert haben. Das ist eine vorzügliche Leistung. Ihr äußerst sinnreicher Mechanismus wird die Welt zu allseitiger Genugtuung verändern und Ihre Namen in größter Ehre halten."

Freilich, der Brief ist kein Faksimile aus dem Jahre 1886, sondern eine trick- und sinnreiche Nachempfindung des PR-Teams von Opel-Vorstandsmitglied Hans Wilhelm Gäb, der damit gleichzeitig den Einstand für die erste Arbeit im neu eingegliederten Arbeitsbereich Institutionelle Werbung gab. Hausgemacht also. Gäb: „Einmal sind unsere Gefühle gegenüber Daimler echt, die Anzeige sollte darüber hinaus aber auch einen Schmunzeleffekt haben." Anzufügen ist: und ohne psychologischen Krampf vermitteln, daß man wohl auch selbst in diesem Markt tätig ist, wenn auch gegenwärtig nicht mit dem Erfolg, den die Stuttgarter vorzuweisen haben. Bevor der Brief von Adam Opel (Unterschrift im Original von 1886, vielleicht) „hochachtend" endet, verweist der Firmenchef auf bereits „24 Jahre gedeihliche Arbeit", wenn auch bis dahin nur als Maschinenbauer (18 000 patentierte machines à coudre) hin. Und darauf, daß „Sophie (seine Frau) und die Kinder allerherzlichst grüßen. Besonders Fritz und Wilhelm nehmen mich auf das außerordentlichste ins Gebet, ebenso mit der zusätzlichen Fabrikation von Motorwagen zu beginnen."

Und das geschah dann auch zwölf Jahre später mit dem „Opel-Patent-Motorwagen, System Lutzmann. (Zur Erinnerung: 1983 wurde der 20millionste Opel produziert.) Zweifellos ist Opel nach Daimler die Nr. 2 unter den industriellen Pionieren und Wegbereitern der Motorisierung.

Kurz der Brieftext, damit Heutige ihn auch lesen. Wahrscheinlich würde der Techniker Opel aber auch damals wenig Worte gemacht haben, wenn überhaupt in Briefen. Um so mehr fällt das Bild von Adam Opel (auf eine klassische Säule gestützt mit strengem Blick) aus der Anzeige. Daneben diskret der Hinweis auf Adam Opel, damit man ihn nicht für Daimler oder Benz hält.

Tradition und Erfahrung, meint Opels Hans Wilhelm Gäb, braucht man nicht zu verstecken und zeigt sich stolz auf das in menschlichem Stil getroffene „Wort zum Geburtstag". Und glücklich schätzen kann sich auch der Empfänger des Glückwunsches, wenn er auch direkt nichts in Händen hält. Gäb selbst sagt nichts zum Preis des Geschenks. Es sähe ja so aus, als ob man die Preisetikette an der Vase für Tante Walli bewußt hätte kleben lassen. Aber Mediaplaner wissen aus den Anzeigen-Preislisten (Rabatte berücksichtigt), daß sich Opel das Geschenk ein rundes Sümmchen von 200 000 DM kosten ließ. Ohne Mehrwertsteuer. Würdig dieses 100jährigen.

Und die Freude war dementsprechend. Nach erstem Durchblättern der Morgenzeitungen am letzten Mittwoch spontaner Anruf von Daimlers PR-Direktor Bernd Gottschalk: „Eine köstliche Idee, wir haben uns sehr gefreut und amüsiert." Na denn, weiterhin auf guten Wettbewerb.

Rentenmarkt ruhiger und leichter

Das Geschäft der festverzinslichen Wertpapiere litt an der Montagbörse unter der Kräfte absorbierenden Aktivität am Aktienmarkt. Bei ruhigem bis mittelgroßem Geschäft gaben die Kurse öffentlicher Anleihen, vor allem im längerfristigen Bereich, bis um einen halben Prozentpunkt nach. Auch Bundesobligationen tendierten leichter. DM-Auslandsanleihen lagen bei kleinerem Geschäft knapp behauptet. Der Pfandbriefmarkt lag unsicher und knapp gehalten, wobei es angesichts der Zurückhaltung der Käufer schwierig war, das gar nicht drängende Angebot unterzubringen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer war dagegen Silber. Gut behauptet ging Kupfer aus dem Markt. Um das Limit höher notierte Kaffee, bruchteilig schwächer lag Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	10.1.	9.1.
März	337,00	335,00
Mai	309,75	309,75
Juli	279,00	280,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif		
St.L. 1 CW	284,95	285,75
Am. Durum	281,89	282,69

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	123,50	123,50
Mai	126,80	126,60
Juli	128,80	128,60

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	104,50	104,00
Mai	105,00	105,20
Juli	104,00	104,00

HAFER Chicago (c/bush)		
März	138,00	138,00
Mai	139,00	139,50
Juli	136,50	136,75

MAIS Chicago (c/bush)		
März	248,50	248,75
Mai	252,50	253,25
Juli	252,75	253,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	110,00	111,10
Mai	112,70	113,20
Juli	112,50	112,70

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	10.1.	9.1.
März	267,00	259,50
Mai	271,65	266,50
Juli	277,00	272,00

KAKAO New York ($/t)	10.1.	9.1.
März	2182	2189
Mai	2235	2240
Juli	2270	2275
Umsatz	2219	3939

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 März	5,64	5,59
Mai	5,86	5,82
Juli	6,05	6,03
Sept.	6,20	6,16
Okt.	6,33	6,29
Umsatz	5365	8852

Isa-Preis fob karibische Hafen (US-c/lb)	4,88	4,92

KAFFEE London (£/t) Robusta	10.1.	9.1.
Jan.	2800-2815	2680-2690
März	2880-2888	2770-2774
Mai	2962-2965	2830-2832
Umsatz	10957	11281

KAKAO London (£/t)		
März	1703-1705	1728-1729
Mai	1711-1713	1733-1734
Juli	1734-1735	1753-1755
Umsatz	2764	2748

ZUCKER London (£/t) Nr. 6	10.1.	9.1.
März	149,80-150,00	148,40–
Mai	154,60-155,00	153,60-153,80
Aug	160,00-161,00	159,00-159,60
Umsatz	1067	1430

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg) schw	13.1.	10.1.
Saraw.spez.	952,00	932,50
weiß Saraw.	1440,00	1440,00
weiß Munt.	1450,00	1450,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	10.1.	9.1.
Jan.	99,70	101,50
März	102,25	103,60
Mai	103,60	105,20
Juli	105,50	107,00
Sept.	106,50	107,50
Umsatz 2000	2000	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	10.1.	9.1.
	34,00	34,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	21,75	21,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Jan.	20,25	20,75
März	20,57	21,10
Mai	20,95	21,50
Juli	21,25	21,75
Aug.	21,20	21,70
Sept.	21,10	21,40
Okt.	21,00	21,30

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Missyssippi-Tal fob Werk	20,75	20,75

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	16,00	16,00
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	13,00

TALG New York (c/lb)		
top white	14,25	14,25
fancy	13,75	13,75
bleichf.	13,50	13,50
yellow max. 10% fr.F	11,00	11,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Feb.	45,10	44,55
April	41,15	40,45
Juni	44,00	43,65

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	63,70	62,40
März	63,90	62,80
Mai	64,85	63,87

HÄUTE Chicago (c/lb)	10.1.	9.1.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,50	58,50
Kühe einh. schwere River Northern	46,00	46,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Jan.	534,00	544,00
März	545,00	554,50
Mai	556,25	565,25
Juli	566,50	574,00
Aug.	563,50	570,00
Sept.	545,00	549,00
Nov.	541,00	544,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Jan.	153,30	156,70
März	155,50	158,00
Mai	157,40	159,80
Juli	159,50	162,00
Aug.	159,30	161,00
Sept.	154,50	165,00
Okt.	149,10	150,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	10.1.	9.1.
März	316,00	320,50
Mai	323,00	327,00
Juli	329,50	332,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	10.1.	9.1.
	18,00	18,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	13.1.	10.1.
cif	830,00	840,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	540,00	540,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	345,00	355,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	126,00	129,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	405,00	415,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	255,50	254,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

Zinn-Preis Penang

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Bauholz

Devisenterminmarkt

Befestigte Dollarzinsen um ¼ Prozent am Euromarkt am 13. 1., Erweiterung der Dollar-Dports am Terminmarkt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87-0,77	2,22-2,17	4,48-4,28
Pfund/Dollar	0,58-0,56	1,58-1,53	2,96-2,91
Pfund/DM	3,30-1,90	7,60-6,20	14,2-12,8
FF/DM	24-8	66-50	120-104

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13.1. · Tagesgeld 4,55-4,65 Prozent; Monatsgeld 4,65-4,75 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent

Privatdiskontsätze am 13.1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 13.1.: 4 Prozent. Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 13.1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8⅛-8¼	4½-4¾	3⅞-4
3 Monate	8⅛-8¼	4½-4¾	3⅞-4⅛
6 Monate	8¼-8⅜	4⅝-4⅞	4-4¼
12 Monate	8⅜-8½	4⅝-4⅞	4⅛-4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 13.1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00, Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt Ankauf 18,50, Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13.1. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1270,00	1630,20
5 US-Dollar (Indian)**	820,00	984,40
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	604,55
1 £ Sovereign alt	211,00	265,34
1 £ Sovereign Elizabeth II.	195,50	245,67
20 belgische Franken	147,75	196,94
10 Rubel Tscherwonez	208,00	264,42
2 südafrikanische Rand	187,50	235,41
Krüger Rand, neu	836,25	993,23
Maple Leaf	854,00	1013,45
Platin Noble Man	914,50	1082,83
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	220,00	279,30
20 schweiz. Franken „Vreneli"	177,75	231,14
20 franz. Franken „Napoleon"	157,50	208,05
100 österr. Kronen (Neuprägung)	791,75	966,44
20 österr. Kronen (Neuprägung)	159,50	204,63
10 österr. Kronen (Neuprägung)	82,75	111,44
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	372,75	459,14
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	86,75	121,78

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

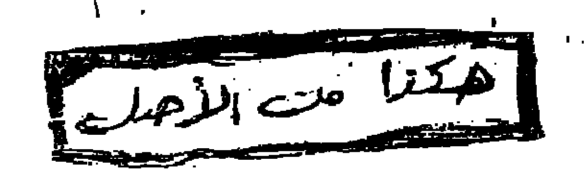
Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,40418

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert



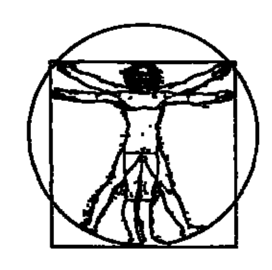
NOTIZEN

Teure Krankheit

Sarasota (AFP) – Die kardiovaskulären (Herz und Gefäße betreffenden) Krankheiten, die häufigste Todesursache in den USA, werden in diesem Jahr insgesamt 78,6 Milliarden Dollar kosten, das sind 325 Dollar pro Kopf der Bevölkerung. Dies gab die „American Heart Association" jetzt bekannt. Im vergangenen Jahr betrugen die Kosten für diese Krankheiten 72,1 Milliarden Dollar. In den USA sterben derzeit doppelt soviel Patienten an kardio-vaskulären Krankheiten wie an Krebs.

Antike Schildkröte

Peking (AP) – In einer Kohlengrube in der nordostchinesischen Provinz Jilin (Kirin) sind nach Angaben der Pekinger Nachrichten-



agentur Xinhua die versteinerten Überreste einer 140 Millionen Jahre alten Schildkröte gefunden worden. Wie die Agentur meldete, wurde das Fossil in 700 Meter Tiefe entdeckt. Es gehört zu einer bisher nicht bekannten Gattung und könnte nach Ansicht von Wissenschaftlern Hinweise darauf geben, wie die Entwicklung der Schildkröten verlaufen ist.

Technologie-Börse

Bonn (DW.) – Schon zum achten Mal ist jetzt die vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) herausgegebene Technologie-Börse erschienen, die Unternehmen anregen soll, technisches Wissen zu kaufen oder zu verkaufen. Das Werk enthält über 2000 Technologieangebote und -gesuche aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter mehr als 300 Neuaufnahmen. (Info: Beratungsstelle für Innovation und Technologie-Transfer, BITT Schleswig-Holstein, Lorentzendamm 22, 2300 Kiel 1, Tel.: 0431-55 22 26 / 55 13 21)

Die ständige Flimmerei soll bald ein Ende haben

Forschungsministerium fördert „Fernsehen der Zukunft"

Von DIETER THIERBACH

Die Voraussetzungen für das Fernsehen von morgen müssen heute geschaffen werden", konstatierte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber, als gestern in seinem Ministerium das Förderkonzept „Hochauflösendes Fernsehen" vorgestellt wurde. Unser heutiger Fernseher soll um die Jahrtausendwende von einer Großbildwand mit einer Bilddiagonalen von 1,50 bis zwei Meter abgelöst werden.

In der Tat muten wesentliche Elemente unserer heutigen Fernsehnorm vorsintflutlich an: sie stammen aus den vierziger Jahren, die Erweiterung zum Farbfernsehen datiert ein Jahrzehnt später. Sicherlich werden verbesserte Bildröhrentechnologien, neue Techniken der Signalverarbeitung auf der Basis digitaler Schaltungen und neue Übertragungsverfahren den Rahmen der bestehenden Norm noch in diesem Jahrzehnt voll ausschöpfen.

Das heutige Farbfernsehen könnte den Eindruck erwecken, daß die Technik der Bildübertragung bei den derzeitigen Systemen perfekt sei. Tatsächlich ist die Wiedergabe alles andere als ideal. Gravierende Mängel sind die mäßige Detailauflösung, das großflächige Flimmern insbesondere bei großer Bildhelligkeit, störendes Zeilenwandern oder gitterförmige Moiré-Störungen. Ziel eines neu zu entwickelnden Fernsehsystems muß es sein, eine „Übertragung von bewegten Bildern" mit einer Bildqualität zu bewirken, die, bezogen auf das Sehvermögen des Menschen, keine Wünsche mehr offen läßt.

Dieses neue System soll eine Bildwiedergabe mit mindestens der Qualität des aus dem Kino gewohnten 35mm-Films ermöglichen. Dazu muß das dargebotene Bild einen hinreichend großen Winkel des Gesichtsfeldes bei entsprechend gesteigerter räumlicher Auflösung ausfüllen. Der Zuschauer, so ein Sprecher des Forschungsministeriums, muß das Gefühl bekommen, „daß er sich mitten in der Szene befindet". Technisch gesehen bedeutet dies eine Änderung des Bildformates auf ein Seitenverhältnis von ca. 5:3, also eine etwa um den Faktor 3 größere Bilddiagonale als heute üblich. Da alle Details auf dieser großen Bildfläche scharf wiedergegeben werden sollen, bedingt dies eine um den Faktor 8 größere Zahl von Bildpunkten als beim gewohnten Fernseher; die Zeilenzahl steigt von heute 625 auf 1125.

Diese großen Abmessungen wird man voraussichtlich nur mit Projektionsverfahren erreichen können. Kathodenstrahlröhren, wie sie heute üblich sind, werden dann ausgedient haben. Es waren japanische Elektroniker, die bereits 1970 mit ihren Arbeiten zu einem sogenannten HDTV (High Definition Tele-Vision) begannen. Mitterweile haben die Japaner hier einen erheblichen Vorsprung. Ihre Vorreiterposition bei der Formulierung eines internationalen Produktionsstandards ist unübersehbar.

So war die Kritik gestern unüberhörbar: „Sie kommen mit ihrem Konzept viel zu spät, denn die Japaner haben dieses Feld seit Jahren fest im Griff." Nach ihrer Meinung läuft es auf ein vergebliches Unterfangen hinaus, zu diesem Zeitpunkt noch einsteigen zu wollen und Gelder für etwas „herauszuwerfen", daß schon längst Stand der Technik ist. Ungeachtet dessen sieht BMFT-Ministerialrat Klaus Rupf, Referatsleiter für technische Kommunikation, hier für die Bundesrepublik nach wie vor ein großes Innovationspotential: „Wenn wir heute nicht beginnen, uns um die nächste TV-Generation zu kümmern, machen uns die Japaner was vor, dann schaufeln wir uns unser eigenes Grab. Wir müssen jetzt aktiv werden . . .".

Um die europäische Entwicklung auf diesem Sektor voranzutreiben, hat das BMFT das HDTV-Forschungsprojekt für eine europäische Initiative im Rahmen von Eureka vorgeschlagen. Begründung: „Die europäische Industrie muß zu einer aktiven Führungsrolle zurückfinden, und das bedeutet, rechtzeitig die Märkte der Zukunft zu erkennen und sich darauf vorzubereiten." Nach Meinung des BMFT wird „HDTV" die entscheidende Innovation auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik in den 90er Jahren sein. Zur Förderung von Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet gewährt die Bundesregierung aus BMFT-Haushaltsmitteln finanzielle Zuwendungen. Bis 1988 stehen insgesamt 60 Mio DM für Forschungsinstitute und interessierte Unternehmen zur Verfügung.



Ein Fenster des AFN-Gebäudes nach dem Sprengstoffanschlag: Die Folie verhindert, daß sich Splitter aus der Glasscheibe lösen FOTO: HAVERKAMP

Glasklare Sicherheit

Kunststoffolien schützen Fensterscheiben bei Anschlägen

Von LUDWIG KÜRTEN

In den letzten Jahren häufen sich die Anschläge auf öffentliche Einrichtungen, bei denen zum Teil zahlreiche Opfer und erheblicher Sachschaden zu beklagen war. Besonders gefährlich sind dabei Glasscheiben, die durch die Sprengwirkung zersplittern und so für Personen in den dahinterliegenden Räumen ein großes Verletzungsrisiko darstellen. Dieses Risiko kann durch eine neuartige Folie vermindert werden, die die Firma Haverkamp aus Münster entwickelt hat. Sie wird nachträglich auf die Rückseite der Scheiben aufgebracht und verhindert, daß sich Splitter aus der Scheibe lösen.

Glasflächen sind immer noch der Schwachpunkt bei der Sicherung von Gebäuden gegen Anschläge und Einbrüche. Gegen gewaltsame Zerstörung bietet normales Glas praktisch keinen Schutz. Die nachträgliche Umrüstung auf Verbundglas oder „Panzerglas" ist nicht nur sehr aufwendig, sondern erfordert wegen deren Gewicht und Dicke zum Teil erhebliche Umbauten. Den gleichen Effekt kann man jedoch mit geringerem Aufwand auch mit der Sicherheitsfolie erzielen. Es handelt sich um eine Polyesterfolie, die etwa ein Viertel Millimeter dick ist und mit einem Spezialkleber auf die Scheibe aufgebracht wird.

Die durchsichtige Folie verhindert, daß einzelne Glassplitter sich aus der Scheibe lösen und in dem dahinterliegenden Raum Schäden anrichten. Sie bewährt sich somit nicht nur bei Anschlägen mit Sprengstoff oder „Molotow-Cocktails", sondern auch als Schutz gegen Einbrüche. Inzwischen gibt es die Folie auch mit einem eingearbeiteten Netz aus Kupferdrähten. An eine Alarmanlage angeschlossen, meldet dieses System jeden Einbruchsversuch. Es ist zudem nicht mit der hohen Fehlerquote belastet, wie sie bei herkömmlichen Alarmanlagen an Fenstern auftreten.

Eine erste Bewährungsprobe hat die Folie bereits bei dem Sprengstoffanschlag auf den amerikanischen Supermarkt in Frankfurt am 24. November letzten Jahres bestanden. Die Glasscheiben des nur 80 Meter vom Ort des Anschlags entfernten Gebäudes des Senders AFN waren mit der Folie nachgerüstet. Die Scheiben an der Gebäudefront gingen zwar zu Bruch, dank der Folie lösten sich jedoch keine Einzelteile aus den Fenstern, sondern das gesplitterte Glas blieb als Ganzes im Rahmen stehen. In dem Supermarkt dagegen wurden auch innerhalb des Gebäudes Menschen durch Glassplitter verletzt.

Die Firma hat inzwischen zahlreiche Einrichtungen mit der Folie nachgerüstet, darunter mehrere Botschaften der USA sowie die australische Botschaft in Bonn und die der Bundesrepublik in Kabul. Zur Zeit werden alle Fenster des EG-Gebäudes in Brüssel mit der Sicherheitsfolie ausgerüstet. Um zu verhindern, daß das gesplitterte Fenster durch den Druck der Explosion aus dem Rahmen gedrückt wird, hat die Firma eine Randanbindung entwickelt, durch die ein möglicher Bruch des Fensters am Rahmen verhindert wird.

Ölhaltige Waschanlage

Ein neuartiges Verfahren reinigt PCB-verseuchte Abwässer

Von PETER HAARMANN

Ein neues Verfahren zur Abwasserreinigung, mit dem Öl und halogenorganische Verbindungen (HOV) gemeinsam zu fast 100 Prozent entfernt werden können, ist jetzt von der Abteilung Kolloid- und Grenzflächenchemie der Universität Essen und der Firma Passavant in Aarbergen entwickelt worden. Das Verfahren nutzt die Eigenschaften der HO-Verbindungen, zu denen auch die polychlorierten Biphenyle (PCB) gehören, sich in Öl anzureichern.

Die bisherigen Verfahren, die zur Abscheidung von Öl verwendet wurden, das mit HOV verunreinigt ist, hatten den Nachteil, daß nicht unterschieden werden konnte, wieviel gelöste oder emulgierte Anteile darin vorlagen. In Abwässern sind häufig oberflächenaktive Substanzen vorhanden, die sehr kleine Öltropfen bilden. Diese können mit den herkömmlichen Abscheidern nicht vollständig entfernt werden.

Das neue Verfahren erlaubt in einem kontinuierlichen Verfahren die Entsorgung von Abwässern, die bei der Tankreinigung in der Schiffahrt (Bilgenöle), bei Autowaschanlagen oder auch als Sickerwasser auf Mülldeponien anfallen. Damit könnten dann auch die Bilgenentölungsschiffe auf dem Rhein ausgerüstet werden, die zwar bisher schon das Altöl aus allen Schiffen aufnahmen, mit ihren Ölabscheidern aber keine vollständige Trennung des Öls vom Wasser erreichen konnten. Bei dem neuen Verfahren werden zunächst kleinste Öltröpfchen erzeugt, deren große Gesamtoberfläche die HOV gut anreichert. Anschließend werden in einem zweiten Schritt die kleinen Tropfen zu größeren vereinigt, die sich dann gut abscheiden lassen.

Wie der Leiter des Projektes, Dr. Peter Belouschek auf Anfrage mitteilte, soll auf einem Schiff der Duisburger Bilgenentölungsgesellschaft eine Pilotanlage installiert werden. Das Projekt wird vom Umweltbundesamt mit insgesamt 257 000 DM gefördert. Das Verfahren eignet sich nach Angaben der Forscher auch zur Grundwasser-Säuberung aus Altlastengebieten.

Reißerischer Aufmacher

Die Umweltschützer streiten sich um bleifreies Benzin

Von D. GURATZSCH

Unter den Umweltschützern in der Bundesrepublik ist Streit über den Nutzen des bleifreien Tankens ausgebrochen. Während das Bremer Umwelt-Institut und das Öko-Test-Magazin warnten, durch bleifreien Kraftstoff könnten in der Bundesrepublik jährlich 60 000 Tonnen krebserregendes Benzol freigesetzt werden, sah sich der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) jetzt veranlaßt, „eindeutig klarzustellen, daß, wo immer möglich, bleifreier Kraftstoff getankt werden sollte". Anfang Dezember hatten bereits die Umweltschutzorganisation Greenpeace und der TÜV Hannover den Behauptungen der Bremer Wissenschaftler widersprochen.

Dem Öko-Test-Magazin werfen die BUND-Leute vor, mit seinem „reißerischen Aufmacher" im Oktoberheft, „Bleifrei – noch mehr Gift im Sprit?", weite Teile der Bevölkerung verunsichert zu haben. Benzol sei und bleibe zwar ein „eindeutig kanzerogener Stoff, der vor allem die Entstehung von Leukämieerkrankungen begünstigt". Aber es unterliege einem andauernden Abbau durch Licht und Luft. Demgegenüber blieben die 3500 Tonnen Blei aus den Auspuffrohren in der Natur, wo sie sich ständig weiter anreicherten und in der gesamten Ökosphäre Schäden anrichteten.

Jede Tankfüllung von 40 Litern bleihaltigen Kraftstoffs enthalte sechs Gramm Blei in Form von Bleitetraäthyl, erklärt der BUND. Die Böden der Bundesrepublik, in denen das Element nicht abgebaut werden könne, würden auf diese Weise mit täglich 0,02 bis 0,2 Milligramm Blei pro Quadratmeter „beregnet".

Als Beispiele für die Schädlichkeit von Blei nennt der BUND die Vegetations- und Gesundheitsschäden. So greife nicht ganz verbranntes Bleitetraäthyl direkt in den komplexen Mechanismus der Waldschädigung durch Luftschadstoffe ein. Zusätzlich hemme Blei die Chlorophyllsynthese in Pflanzen. Beim Menschen werde bei Eisenmangel das blutbildende System durch Blei noch weiter geschwächt – ein Vorgang, der besonders Schwangere gefährde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp
Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm
Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Peter Jentsch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

G. Barudios Wertung des Dreißigjährigen Kriegs

Aus teutscher Libertät

Am Ende des Dreißigjährigen Kriegs wurden in den Friedensverträgen von Münster und Osnabrück alle Kriegsgegner, sowohl die der internen Konflikte als auch die der Interventionen, auf ein „immerwährendes Vergessen" begangener Rechtsbrüche, Machtsprüche und Gewalttaten verpflichtet. „Mit dieser Entscheidung wurde 1648 eine Kriminalisierung des Völkerrechts ebenso verhindert wie einseitige Zuweisungen von Schuld am Entstehen des dreißig Jahre anhaltenden Krieges. Die Amnestie machte demnach den Weg frei zu einer Versöhnung, welche die Wunden heilte, die der Krieg geschlagen hatte", schreibt Günter Barudio in seinem Buch „Der Teutsche Krieg 1618–1648".



Der Deutsche des Jahres 1986, der vierzig Jahre nach Niederlage und Kriegsende in einem geteilten Land ohne Friedensvertrag lebt, liest solche Feststellungen mit Erstaunen und Neid. Barudio, von dem auch eine schöne Biographie über den Schwedenkönig Gustav Adolf (1982) stammt, ist in seiner Darstellung des großen Mordens in Mitteleuropa für viele Überraschungen gut.

Im Gegensatz zu der bisherigen Darstellung durch Historiker, aber auch durch Dichter mit Sinn für Geschichte wie Friedrich Schiller und Ricarda Huch sieht Barudio in den Friedensschlüssen keineswegs nur ein Negativum, ein Zeichen für ein völlig machtloses Deutschland, sondern auch eine Etablierung eines Rechtszustands, der bis 1806 vorhielt.

Für ihn wurde dadurch die „teutsche Liberalität" gegen den absolutistischen Anspruch des habsburgischen Kaiserhauses verteidigt. In ständisch gebundener Freiheit wurden Recht und Freiheit gewonnen, welche sich andere Länder erst durch gewaltsame Umwälzungen sichern konnten.

Die Verluste, welche das Kriegsende besiegelte, sieht Barudio nüchtern und im Licht der Tatsachen: Die Niederlande und die Eidgenossenschaft waren faktisch schon aus dem Reichsverband ausgeschieden, das Elsaß schon längere Zeit in französischer Hand.

Barudio, Vertreter einer integrierten Geschichtsschreibung, beläßt es nicht bei der Darstellung politischer und militärischer Ereignisse, sondern schildert auch – bis hin zu exemplarischen Einzelschicksalen – wirtschaftliche und kulturelle Aspekte. Das Buch gewinnt dadurch nicht nur Farbe, sondern auch Dimensionen, welche man in älteren Darstellungen sonst meist vermißt.

Nicht, daß Barudio Höhepunkten wie etwa dem Untergang Magdeburgs nicht die ihnen gebührende Darstellung gibt, kein treuer Chronist ist. Die Fakten verstehen sich für ihn von selbst. Doch darüber hinaus zeigt er, wie *eine* Entwicklung fast automatisch die andere nach sich zog, wie die Zerstörung des Rechtsfriedens alle betraf.

Manches Urteil ist scharf, etwa die Sicht, daß der Krieg letztlich durch das Streben der Habsburger ausgelöst wurde. Sie wollten – so Barudio – der „deutschen Libertät" den Garaus machen, gegen die Stände die Vorherrschaft im gesamten Reichsgebiet erringen. So gesehen war der Kampf gegen die bigotten Habsburger auch der Kampf um Toleranz und Glaubensfreiheit.

Doch selbst dort, wo der Autor provoziert, wo er gegen vertraute Denkschemata und Vorstellungen angeht, zwingt er zum Nachdenken. So steht beispielsweise seine Darstellung des schwedischen Kanzlers Oxenstierna und seines Wirkens für den Frieden in völligem Gegensatz zu dessen Zeichnung als Negativfigur in gewohnter deutscher Sicht.

Barudio, dessen Werk trotz der genauen Darstellung der verästelten Ereignisse den Leser fesselt, zitiert in seinem Vorwort Blaise Pascal. Der Franzose sagt, was Barudio als Fazit seines Buches darzustellen versucht: „Recht ohne Macht ist ohnmächtig; Macht ohne Recht ist tyrannisch. Einem ohnmächtigen Recht wird widersprochen, denn Bösewichte gibt es immer. So muß man denn Recht und Macht in Übereinstimmung bringen und, um dies zu erreichen, darauf bedacht sein, daß das, was Recht ist, mächtig, oder das, was mächtig ist, gerecht sei . . ."

HENK OHNESORGE

Günter Barudio, „Der Teutsche Krieg 1618–1648". S. Fischer Verlag, Frankfurt; 700 S., 58 Mark



Natur im Wechselspiel von Licht und Atmosphäre: „Gehöft in Kerity, Bretagne", von Charles-François Daubigny, aus der Ausstellung in Den Haag FOTO: HAAGS GEMEENTEMUSEUM

Wegbereiter des Impressionismus: Den Haag zeigt „Die Schule von Barbizon"

Sehnsuchtstraum von Italiens Sonne

Eine Ausstellung der Ecole de Barbizon zwingt immer zur Beschränkung. Denn zwischen acht und hundert variierte die Zahl der Künstler dieser Gruppe, die um 1830 Paris den Rücken kehrte, um in den Wäldern von Fontainebleau um das kleine Dorf Barbizon herum der französischen Landschaftsmalerei eine neue Richtung zu geben. Eine mit hundert Gemälden überschaubare, eindrucksvolle Konzentration mit doch umfassendem Überblickscharakter, das ist – um das gleich vorwegzunehmen – den Organisatoren aus Gent und Den Haag mit dieser Schau, die jetzt im Haager Gemeentemuseum zu sehen ist, hervorragend geglückt.

Nicht einzelne Künstler wurden mit ihrem Werk nebeneinander aufgereiht, sondern die Betonung liegt auf dem Gruppenelement, der Beeinflussung der Maler untereinander, der verschiedenen Behandlung gleicher Themen. Dennoch ist den wichtigsten Vertretern wie Rousseau, Daubigny, Corot und Millet breiter Raum eingeräumt worden. Daneben lernt der Besucher aber auch die überzeugende Kunst eines weniger bekannten Louis Cabat oder Camille Flers kennen.

Völlig neue Wege beschritten die französischen Landschaftsmaler, als sie sich von der akademischen Auffassung der Landschaft als Paysage historique im Sinne von Lorrain und Poussin distanzierten. Ihr Ziel war die realistische Wiedergabe der Natur im Wechselspiel von Licht und Atmosphärischem. Zur Verwirklichung dieses Ideals waren sie die ersten, die im Freien malten. Damit wurden sie die Wegbereiter der Impressionisten.

Die Gemälde des ersten Saales stehen unter dem Thema „Die italienische Inspiration". Obwohl von verschiedenen Barbizonern immer wieder anvisiert, ist keinem von ihnen je der begehrte Prix de Rome, die höchste Auszeichnung der Pariser Akademie in Gestalt eines Studienstipendiums für Italien, zuerkannt worden, wie ihnen ja auch die Anerkennung durch die jährlichen Salons lange vorenthalten blieb.

Nur Corot und Caruelle d'Aligny hatten in den 1820er Jahren Italien bereist, Daubigny fuhr 1836 gen Süden. Doch auch ohne direkte Anschauung gelangen Rousseau, Trouillebert und Cabat von warmem Licht durchflutete Landschaftskompositionen, die die Natur so abbildeten, wie die Künstler sie sahen, und nicht als idealisierte heroische Landschaft.

Größte Faszination übten die Niederländer des 17. Jahrhunderts auf die Künstler von Barbizon aus. Vor allem deren Hell-Dunkel-Malerei hatte es ihnen angetan. Am deutlichsten wird dies im Werk von Georges Michel, dessen Kompositionen und schwere Wolkenhimmel stark den Einfluß eines Ruisdael oder Hobbema spüren lassen.

Seinen großen Durchbruch erlebte der Realismus der Schule von Barbizon um die Mitte des Jahrhunderts. 1848 war die Jury des Salons abgeschafft worden. Corot, Dupré und Rousseau avancierten zu Mitgliedern des Organisationskomitees, sie, wie Millet und Daubigny, bekamen plötzlich Staatsaufträge.

Die Blütezeit ist eindrucksvoll mit der großartigen Skizze der Ruine der alten Mühle von Chailly von Millet, dem en grisaille gemalten „Bäumefällen auf der Ile de Croissy" von Rousseau sowie mit „La Rochelle" von Corot belegt.

Der letzte Saal schließlich eröffnet die Perspektive der Landschaftsmalerei von Barbizon in Richtung Impressionismus. Hier war es vor allem Daubigny, der seiner Zeit weit vorauseilte. Aus bunten Farbstrichen, spontan aneinandergesetzt, baute er seine Gemälde wie „Junges Korn" auf, eine Malweise, die später für Monet und Pissarro richtungweisend werden sollte. (Bis 23. Febr., anschließend Paris, Katalog hfl 37,50.)

DOROTHEE von FLEMMING

New York: Jahrestagung des Internationalen PEN

Es begann mit Tumulten

Es geht um „Die Vorstellungskraft des Schriftstellers und die Vorstellungskraft des Staates". Unter diesem Motto begann am Sonntag die 48. Jahrestagung der internationalen Schriftstellervereinigung PEN in New York. Der amtierende PEN-Clubvorsitzende, der Schweden Per Wastberg, deutet dieses *Leitthemas*, „daß die Regierungen heute überall unkontrollierbar geworden sind und, statt im Dienst der Bürger zu stehen, ein Eigenleben führen".

Insgesamt nehmen rund 700 Delegierte aus vierzig Ländern an der Tagung in New Yorks Public Library teil. Zu ihnen gehören u.a. Günther Grass, Hans-Magnus Enzensberger aus der Bundesrepublik, Heiner Müller aus der „DDR", Kobo Abe aus Japan, Jorge Amado aus Brasilien, Nadine Gordimer aus Südafrika, Octavio Paz aus Mexiko und Mario Vargas Llosa aus Peru, sowie die drei Nobelpreisträger Czeslaw Milosz, Saul Bellow und Claude Simon. Als Diskussionsteilnehmer haben sich auch zwei Politiker, der ehemalige kanadische Premier Pierre Elliot Trudeau und Österreichs Altbundeskanzler Bruno Kreisky, angesagt. Die acht sowjetischen Schriftsteller, die zur Tagung eingeladen worden waren, sind nicht nach New York gekommen.

Die Veranstaltung begann mit Mißtönen. Eine kurze Ansprache des amerikanischen Außenministers George Shultz wurde zweimal durch lautstarken Protest unterbrochen. In einem offenen Brief warfen 60 zum größten Teil amerikanische Schriftsteller der Reagan-Regierung die Unterstützung von Regimen vor, die ihre Bürger wegen ihrer Überzeugungen „zum Schweigen bringen, inhaftieren und sogar foltern". Außerdem richteten sich die Proteste gegen die McCarran-Act, die strengen Einreisebestimmungen Washingtons, mit denen die Einwanderung von Kommunisten und anderen subversiven Elementen verhindert werden soll.

Shultz hob in seiner Rede hervor, er sei stolz, eine Regierung zu vertreten, die sich „mehr als jede andere in diesem Jahrhundert" gegen staatliche Eingriffe in das Leben ihrer Bürger gestellt habe. Die Vereinigten Staaten verteidigten die Presse- und Meinungsfreiheit, betonte der Minister. Die Regierung werde deshalb niemals jemandem den Zugang in das Land nur aufgrund seiner persönlichen Überzeugungen verbieten. So erhielten auch alle zu dem Kongreß eingeladenen Autoren, darunter mehrere aus dem Ostblock und Nicaragua, ihre Visa. Shultz schloß seine Rede mit der Anmerkung, „seien Sie nicht so überrascht von der Tatsache, daß Ronald Reagan und ich auf ihrer Seite sind".

Die Einladung an den Minister löste schon vor der Eröffnung der Konferenz Kontroversen aus. Der Schriftsteller Edgar Larence Doctorow beklagte sich in dem Magazin „Nation" darüber, daß die Schriftstellerorganisation sich der am weitesten rechts anzusiedelnden Regierung, die Amerika je gehabt habe, zu Füßen lege. In dem Artikel, den er dann vor dem Tagungsort als Flugblatt verteilte, schrieb Doctorow: „Ich stelle mir die Blicke von Hunderten unserer ausländischen Gäste vor, wenn sie bemerken, daß der amerikanische PEN sich in die Rolle eines Haufens unterwürfiger Tagelöhner begeben hat wie auf den Tagungen der Schriftstellerverbände in den osteuropäischen Ländern, wo den Vorsitz der Kulturminister innehat."

Norman Mailer, Präsident des amerikanischen PEN und des einwöchigen Kongresses, hielt den Zwischenrufern vor, sie hätten Shultz das Recht auf freie Meinungsäußerung beschneiden wollen, das sie selbst heftig für sich in Anspruch nähmen. Deshalb werde er sich bei Shultz für die „unsinnigen schlechten Manieren" entschuldigen.

Dem Thema Zensur wird ein wesentlicher Teil der Debatten gewidmet sein, wobei nicht nur die Lage in den Ostblockstaaten und der Dritten Welt kritisch erörtert werden soll. Eine der Diskussionen hat auch „Die Zensur in den USA" zum Thema. Damit seien jedoch nach Angaben der Leiterin des amerikanischen PEN-Clubs, Karen Kennerly, keine Regierungszensur gemeint, sondern die Praktiken einiger Bibliotheken, welche - meist auf der Basis von Religion und Moral - bei der Auswahl ihrer Bücher sehr selektiv vorgingen.

Das New Yorker Treffen wird etwa 800 000 Dollar kosten. Da der amerikanische PEN nur über einen Etat von 500 000 Dollar verfügt, sollen die fehlenden Beträge u.a. durch hohe Eintrittsgelder für Diskussionsrunden zwischen bekannten Schriftstellern eingebracht werden. Außerdem stellte die reiche New Yorker Immobilienfirma Donald Trump eines ihrer Luxushotels für die Kongreß-Teilnehmer zur Verfügung; eine Kostenersparnis von 175 000 Dollar. DW

„Der träumende Mund . . ." – Film zum 60. Geburtstag von Maria Schell

Die Schattenseiten des Lächelns

Maria Schell kokettiert nicht mit ihrem Alter. Sie wird 60. „Nein", sagt sie, „20 möchte ich nicht noch einmal sein." Das klingt merkwürdig bei einer Frau, die in ihrer Jugend einmal das Sinnbild einer ganzen Generation war. Aber Maria Schell ist realistischer, als ihr das jedermann zutraut: „Die heutige Jugend hat es viel schwerer als wir. Sie ist in eine fertige Welt hineingeboren, während wir den ganzen Optimismus des Aufbruchs für uns hatten." Das Schlüsselwort heißt Optimismus. Den hat Maria Schell einmal verkörpert wie kaum eine andere Schauspielerin neben ihr. Wenn Maria Schell, Dieter Borsche oder O. W. Fischer in Berlin oder Wien auftauchten, mußte die Polizei in wenigen Minuten die Straßen absperren.

Maria Schell kann das ganz genau beschreiben, was die Menschen damals an ihr fanden: „Alle wollten die Gebrochenheit und die Zerrissenheit und die ausgehungerten traurigen Augen verlieren, wollten ein Lächeln im Gesicht sehen. Es sollte wieder eine Familie existieren, es sollte nicht der Mann im Krieg sein, und die Kinder sollten in die Schule gehen. So waren meine Filme."

Ihre Filme von „damals" – das waren zum Beispiel „Solange du da bist" oder „Der träumende Mund". Im ersteren spielte Maria Schell eine Arbeiterin, die sich nur durch den engen Zusammenhalt mit ihrem Mann (Hardy Krüger) durch die Schrecken des Krieges gerettet hat. „Der träumende Mund" entsprach noch ungebrochener der Problemflucht-Tendenz jener Tage: eine Frau zwischen zwei Männern, von der Ehemoral in den Tod getrieben. Um das Ende stritten damals die Rechtsanwälte. Der Produzent wollte kein tragisches – so bekam das Publikum zwei Versionen zu sehen.

Filme dieser Kategorie haben für Maria Schells „Seelchen"-Image gesorgt, was nicht ganz ungerecht war. Der Star ist nicht immer glücklich in der Auswahl von Drehbüchern und Regisseuren gewesen. Andererseits ist die Schell nicht von ungefähr in Cannes und Venedig als beste Schauspielerin der Festivals geehrt worden. Unter René Clement zum Beispiel hat sie in der Zola-Verfilmung „Gervais" der Tragik ein Gesicht gegeben, das man so schnell nicht vergißt: Momente des Glücks in einer unentrinnbaren Welt sozialer Ausweglosigkeit. Es ist ein zeitgeschichtliches Phänomen, daß diese erste Karriere der Maria Schell ihr Ende fand, als die Bardots von der Leinwand Besitz ergriffen. Hoffnung, auch in sublimierter Form, war nicht mehr gefragt.

Maria Schell hat die Pause fruchtbar genutzt. Nicht nur, daß sie sich endlich um ihre Familie kümmern konnte – ihr zweiter Mann, Veit Relin, war auch wesentlich daran beteiligt, daß sie, die künstlerisch immer fast völlig von ihren spontanen Empfindungen gelebt hatte, Disziplin und Kontinuität lernte. Der Film „Pfarrhauskomödie" zeigte schon ihr anderes Gesicht. Aber erst als sie am Broadway monatelang das New Yorker Theaterpublikum zu Begeisterungsstürmen hinriß, wurde das Ergebnis dieser „Pause" deutlich: Eine Maria Schell, die nicht mehr als Typ die glückhafteren Momente des Daseins verkörperte, sondern die den Schatten auch in sich selbst zu realisieren vermochte. Seitdem hat sie unter Regisseuren wie Rudolf Noelte erfolgreich Theater gespielt oder in der Fernsehfassung des Dürrenmatt-Stückes „Besuch der alten Dame" ihr Talent zum hintergründig Makabren gezeigt. Maria Schell ist heute mit 60 von den „Kindern des Anfangs" so weit entfernt wie wir alle.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

KRITIK

Ein Fest der leisen Töne

Venedig – Stadt des Untergangs, Zwischenreich auf dem Wege vom Leben zum Tod. Die Faszination des Morbiden an ihr hat literarische Tradition, man denke nur an Thomas Manns Gustav von Achenbach. Der ideale Rahmen also für eine Geschichte um Drogen, Alkohol, mysteriöse Todesfälle, die sich als Morde entpuppen. **Wer war Edgar Allan?** (ZDF), von Hans Broczyner nach der gleichnamigen Novelle von Peter Rosei geschickt für die Kamera aufbereitet, war ein Fest der leisen Töne: Nichts wurde ausgewalzt, nichts überdreht. In idealer Harmonie von Regie, Kameraführung und überzeugender Darstellung entwickelte sich die Geschichte eines verbummelten Kunststudenten (Paulus Manker), der seine Nächte in einem künstlichen Paradies aus Kokain, Pillen und Grappa verbringt. Die Begegnung mit dem undurchschaubaren Edgar Allan (Rolf Hoppe) fällt mit einem merkwürdigen Todesfall zusammen und wirft ihn aus der vorgezeichneten Bahn des Drogenabhängigen. Bei dem Versuch, die Identität dieses mysteriösen Amerikaners zu ergründen, entdeckt er, daß auch er ein Doppelleben führt: Er ist ein Kopf des Drogen-Syndikats, das auch vor Mord nicht zurückschreckt. Als Edgar Allan ihm das Angebot zur Mitarbeit macht, löst sich die Faszination. Ernüchtert findet der Student zu sich selbst zurück, verfolgt von dem Edgar Allan überaus ähnlichen Phantombild an einer Poizeiwache.

PETER BÖBBIS

Das ewig neue alte Spiel

Diese vertrackten Beziehungskisten: Ihre Ehe ist gerade geschieden worden, aber Johanna scheint eher befreit als unglücklich zu sein. Mit einer Party feiern sie und ihre beiden Kinder den Abschied aus der alten Wohnung. Doch der Auszug findet nicht statt. Der neue Untermieter Wolfgang bewegt Johanna zum Bleiben. Sie hat sich Hals über Kopf in ihn verliebt. Und das ewig alte Spiel beginnt von neuem: Ansprüche, Forderungen, alles über den anderen wissen – und ihn ganz für sich haben – wollen. So jedenfalls fängt Johanna die Beziehung an, und es geschieht **Alles aus Liebe** (ZDF), wie Heidi Genee ihren 60minütigen Fernsehfilm nannte. Doch der charmante, vielbegabte, stets fröhliche junge Mann Wolfgang (Helmut Zierl) entzieht sich dem emotionalen Zugriff, bleibt eine heitere, unberechenbare, schillernde Erscheinung. Er ist kein Luftikus, o nein, aber auf der Suche nach sich selbst, und dafür bittet er warmherzig um Verständnis. Johanna versteht's – was bleibt ihr übrig. Und lächelt, weil ihr zum Heulen ist. Eine alltägliche Tragödie, von der Genee realistisch, leise-ironisch und melancholisch ins Bild gesetzt. Die Liebeneiner als Johanna gestattet sich keine Ausbrüche. Nach dem Motto: Wen interessiert's schon, wie's in mir aussieht, akzeptiert sie den schmerzenden Fußtritt des Lebens. Ein Drama ist so eine Geschichte nicht. Aber sie tut doch ganz schön weh.

CORNELIA REISER

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Du oder ich
12.10 Zu Ende gedacht: Die Deutschen sterben aus
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Moje Forbach, Opernsängerin und Schauspielerin
Sie erzählt in diesem Film über ihr Leben von den vielen „Brettern, die immer wieder geschwommen kommen" – Ein Trostspruch ihrer Mutter, wenn mal etwas nicht weiterging, war: „Wart ab, es kommt schon wieder ein Brett geschwommen".
16.55 Spaß am Dienstag
Unterhaltungsmagazin für Kinder
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke und seinem Rateteam
21.00 Monitor
Berichte zur Zeit
21.45 Dallas
Eingesperrt
Für die Ewings ist es ein Schock, als sie durch einen Anruf aus Laredo erfahren, daß Jenna verhaftet worden ist. Sie steht unter dringendem Verdacht, ihren Mann Naldo Marchetta ermordet zu haben. Bobby fliegt sofort zu ihr und hört endlich, wie Marchetta Jenna gezwungen hatte, sie wieder zu heiraten und Dallas mit ihm zu verlassen. Angeblich weiß Jenna nicht, wer ihn erschossen hat.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Der träumende Mund oder Die Liebe des Filmvorführers
Film über und mit Maria Schell
Buch: Josef Rölz
Regie: Jochen Richter
Am 15. Januar feiert die Schauspielerin Maria Schell, seit über 40 Jahren auf Leinwand, Bühne und Bildschirm ein Star, ihren 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß sendet das Erste ein „Maria-Schell-Special".
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
Moderation: Biggi Lechtermann
16.20 Schüler-Express
Magazin für junge Leute
Vorsicht Kunst . . .
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Tom und Jerry
Zeichentrickserie
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
Leiden und leiden lassen
Die Ehe der Malzahns ist schon lange kaputt. Sie betrügt ihren Mann schamlos und ist obendrein auf dem besten Weg, seine Firma, an der sie beteiligt ist, zu ruinieren . . .
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Notruf 112
Über den Alltag von Rettungs-Sanitätern berichtet Karin Storch
20.15 Edgar Wallace:
Der grüne Bogenschütze
Deutscher Spielfilm (1961)
Mit Gert Fröbe, Karin Dor u. a.
Regie: Jürgen Roland
21.45 heute-journal
22.05 Dom Paulo oder Die Liebe zu den Armen
Ein Porträt über Kardinal Arns – Erzbischof von São Paulo
Von Michael Albus
22.40 Ratschlag für Kinogänger
22.50 Zum Tode von Jaroslav Seifert
Ein Porträt des Prager Dichters
23.20 Das kleine Fernsehspiel
Splitter Nacht
Ein Video von Marie André
Anita, jung und recht hübsch, ist eines von vielen Mädchen, die am Veenmarkt in Antwerpens Hafenviertel als Prostituierte arbeiten. Wie eine Schaufensterpuppe steht sie in einer Glasvitrine und wartet auf Kundschaft. (Originalfassung französisch mit deutschen Untertiteln)
0.05 heute



Maria Schell und Arthur Brauner in dem TV-Spiel „Der träumende Mund oder Die Liebe des Filmvorführers" – 23.00 Uhr, ARD FOTO: PRESSE AGENTUR KÖVESDI

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Rückblende
„Die Sünderin"
Streit um die Filmfreiheit
21.00 Formel Eins
21.45 Vor dem Spiel
Ein Porträt der Hallenhandball-Bundesligamannschaft Turu Düsseldorf
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Drei Frauen im Libanon
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Auskunft
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt: Zukunft
Sterne oder Computer – wer bestimmt die Entscheidungen 1986?
21.00 Ohne Datenschutz
Französisch-deutscher Fernsehfilm
22.45 Die UFA-Lessing-McDonald-Achse
Reportage über den Hamburger Gänsemarkt
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Frauen-Fragen
Weiberwirtschaft
19.05 Formel Eins
Die ARD-Hitparade
Mit Stefanie Tücking
20.00 Mein Mann Godfrey
Amerikanischer Spielfilm (1936)
Mit William Powell, Carole Lombard, Alice Brady u. a.
21.30 Drei aktuell
21.45 Hugo Kükelhaus
Künstler und Philosoph
22.50 Soap oder Trautes Heim

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Peter und das Gespenst
18.35 Fauna Iberica
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Originale im Talar (5)
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Nicht so schnell, mein Junge
Amerikanischer Spielfilm (1965)
23.05 Englischkurs (2)
23.35 Nachrichten

BAYERN
20.00 Winter in Patagonien
Ein Skipionier erzählt
20.45 Die Sprechstunde
Katastrophenmedizin heute
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Rose Bernd
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Maria Schell, Raf Vallone u. a.
23.25 Rundschau

SAT 1

15.00 Perrine
Der alte Simon
15.30 Lassie
Der Hundefänger
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Eine Flut von Verbrechen
18.00 Taxi
Der Berufswechsel
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 Spezialauftrag
Das Geschäft mit der Barmherzigkeit
19.45 Love-Boat
Amerikanische Unterhaltungs-Serie
Anschl. Ihr Wochenhoroskop
20.45 Hunter
Gesucht wird: Blutgruppe null, negativ
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künste
Sport, Quiz, Wetter
22.15 F. A. Z. etten
Das Thema des Tages – von der Redaktion der F. A. Z. mit aktuellen Beiträgen und kontroversen Standorten in den Brennpunkt gerückt.
22.45 S. T. E. P. IN
John Denver in Australien
23.35 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Direkt
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull (3)
Fernsehfilm in fünf Teilen nach dem Roman von Thomas Mann
Mit John Moulder-Brown, Magalie Noël, Hans-Heinz Moser u. a.
Regie: Bernhard Sinkel
Felix ist fest entschlossen, sein Glück zu machen. Die Realität im mondänen Monte Carlo sieht für den aufstrebenden jungen Mann zunächst weniger rosig aus.
20.30 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7
Nachrichten,
Sport,
Wetter
19.22 Karichen
19.30 Alias Smith and Jones
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die Liebenden
Französischer Spielfilm (1958)
Mit Jeanne Moreau, Alain Cluny, Jean-Marc Bory u. a.
Regie: Louis Malle
22.05 RTL-Spiel
22.08 Rallye Monte Carlo
22.53 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Trommeln gerühret!

Bth. – Die Kölner Oper sah schwarz. Da hatte man ein paar Aufführungen von Richard Straussens seltener und vielbegehrter (dachte man) „Elektra“ zusammengebracht, in einer Inszenierung Everdings immerhin und mit Hamburgs künftigem Musikchef Gerd Albrecht, auch mit Sängern, die nach den Maßstäben dieser Opernwelt etwas zählen wie Gwyneth Jones, Helga Dernesch, Harald Stamm, Hermann Winkler: kurzum, da sollte zum Schluß der Aufführungsserie am Freitag Festtag sein, freier Kartenverkauf, kein Abonnement.

Doch die Scharen derer, die stets laut klagen, es gebe keine Karten *für die Oper – sie* waren *mucks*mäuschenstill. Sie sagten nicht: Zwei Billetts, bitte, jetzt, wo es sie gegeben hätte. Gerade hundert Bestellungen gingen ein – erst einmal. Bis das drohende Fiasko das Haus zu außergewöhnlichen Maßnahmen greifen ließ: Tägliche Anzeigen auf den Kulturseiten der Regionalblätter des Umkreises. Die Werbetrommel reichte zwar nicht zu einem Run auf die Kassen, aber in Verbindung mit vielen, vielen Schnittkarten für die Angehörigen der Angehörigen des Hauses doch für eine vorzeigbare Publikumskulisse.

Lehre eins: Der Durst nach Oper kann nicht allzu groß sein, wenn Aufführungen ohne den sanften Zwang des Abonnements nicht voll werden. Weniger Aufführungen täten es also auch. Lehre zwei: Ein bißchen marktgerechte Werbung wirkt auch im Theater Wunder. Dann kommen, umgekehrt, wieder mehr und wohl auch andere Leute. Über beide Perspektiven könnte man nachdenken, aber beide mögen die Intendanten wohl nicht so gern.

Essen: Puccinis „Tosca“

Ein Caruso-Preisträger stellt sich vor

Früher als erwartet ist die Musiklandschaft an Rhein und Ruhr in Bewegung geraten. Noch hat Kurt Horres sein Amt an der Düsseldorfer Rheinoper nicht angetreten, noch hat Claus Leininger den Chefstuhl am Gelsenkirchener Musiktheater im Revier nicht geräumt – und schon versucht die Essener Oper erfolgreich, neue Akzente zu setzen (was sie angesichts des in zwei Jahren bevorstehenden Umzugs in den Aalto-Neubau auch muß). Obwohl dort der Generalintendant vorzeitig abhanden gekommen ist und das Musiktheater gegenwärtig kommissarisch geleitet wird, ist der Qualitätssprung in dieser Spielzeit nicht zu übersehen.

Jüngstes Beispiel ist die Neuproduktion der „Tosca“ durch den belgischen Regisseur Gilbert Deflo und den Ausstatter Carlo Tommasi. Deflo löst die Handlung um Polizeiterror, Folter und Tod aus der geschichtlichen Situation der italienischen Revolutionswirren des Jahres 1800. Er suchte nach einer gegenwärtsnäheren Symbolik und verfiel dabei auf die faschistische Zeit Italiens. Ähnlichkeiten bis in die Maske mit d'Annunzio oder Mussolini sind in dieser Inszenierung durchaus gewollt.

Damit nicht genug. Das Produktionsteam verlegte die Handlungsorte. Der Polizeichef Scarpia residiert nicht mehr im römischen Palazzo Farnese, die Hinrichtungen finden nicht mehr auf der Engelsburg statt, sondern alles geht vonstatten in einem zum Polizeihauptquartier umfunktionierten Theater. Das Werk verliert dadurch zwar nicht an Glaubwürdigkeit, gewinnt allerdings auch keine neue Dimension hinzu. Allenfalls ist das Regiekonzept eine Hommage an den Filmregisseur François Truffaut und sein Résistance-Melodram „Die letzte Metro“.

Die Personenführung kommt selten über die bekannte Operngestik hinaus. Lediglich dem hervorragenden Karoly Szilagyi als Polizeichef glückt eine Charakterstudie. Sängerisch würde die Essener „Tosca“ in der Homogenität der drei Hauptfiguren auch dem renommiertesten Opernhaus durchaus gut zu Gesicht stehen. Neben Szilagyi ist die seit vier Jahren in der Bundesrepublik tätige Sowjetrussin Maria Abajan eine Tosca, die gesanglich alle Schattierungen dieser Partitur souverän beherrscht.

Die Entdeckung ist der junge italienische Tenor Mario Malangnini, Caruso-Preisträger und erstmals auf einer deutschen Bühne zu hören. Wenn er in den dynamischen Abstufungen noch das Element des publikumswirksamen, aber nicht immer partiturgerechten robusten Singens zu Gunsten eines differenzierteren Ausdrucks zurückstellt, ist ihm eine große Tenorkarriere sicher. Helmut Imig hatte bereits in der dritten Aufführung das Dirigat von Guido Ajmone-Marsan übernommen, was gelegentliche Verständigungsschwierigkeiten mit den Sängern in einer insgesamt mitreißenden Aufführung erklärt. ALBIN HÄNSEROTH

Nächste Aufführungen: 14., 18., 22. u. 29. Jan., 7. Febr.; Karteninformation: 0201 / 88 28 28

Das Video stirbt – und ist doch die kommende Konkurrenz des Fernsehens

Kinopremiere per Bildschirm

Das Fernsehen erreicht pro Woche 70 Prozent der Erwachsenen, das Kino nur 4 Prozent. Bernward Frank, der Medien-Analytiker des ZDF, hat das ausgerechnet. Und noch eine Zahl ist wichtig: 80 Prozent aller Kinogänger sind die 14- bis 29jährigen. Vor diesem Hintergrund nimmt sich die Ankündigung, daß in diesem Jahr rund 3000 Spielfilme im Fernsehen zu sehen sein werden, für die Filmbranche wie eine Horrormeldung aus. Peter Franz, Geschäftsführer der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO), erklärte deshalb der WELT: „Diese Entwicklung ist erschreckend. Wir bemühen uns, mit den neuen TV-Veranstaltern so wie mit ARD und ZDF ins Gespräch zu kommen, auch um Co-Produktionen und vielleicht so etwas wie einen Spielfilm-freien Tag im Fernsehen. Außerdem müssen wir mit aktuellen Spielfilmen die jungen Leute ansprechen, die das Gros der Kinogänger bilden und nicht zu Hause vor der Glotze hocken wollen.“

Vor fünf Jahren noch fand ARD-Programmchef Dietrich Schwarzkopf den Aufmarsch von Videos „grassierend und gespenstisch“. Dabei waren damals kaum 200 000 Videorecorder verkauft worden. Brutales und Por*nographisches reizte die erste Video*-Generation, 2500 Mark für den Recorder und 250 DM pro Film auf die Verkaufstresen der wie Pilze aus dem Boden schießenden Videoshops zu blättern. Immerhin wuchs binnen dreier Jahre der Video-Umsatz von 100 Mill. DM per anno auf 800 Mill. DM 1983. In mehr als 6000 Videotheken wurden nahezu 7000 Videofilme von 50 Videofirmen angeboten – zu ständig sinkenden Verkaufspreisen, die von durchschnittlich 200 DM auf etwa 100 purzelten. Allerdings wurden die Verkaufsvideos bald durch das Verleihgeschäft in die Enge gedrängt. Heute werden gut 80 Prozent verliehen und knapp 20 Prozent verkauft – und das sind dann meist Billigfilme deutlich unter 80 DM.

Ende 1985 gab es in der Bundesrepublik 7,5 Millionen Videorecorder, – eine Haushaltssättigung von 30 Prozent. ARD und ZDF erreichen knapp 23 Mill. Haushaltungen, RTL-plus 1,5 Mill., SAT 1 knapp eine Million zu Anfang dieses Jahres – also ein Siebtel des Videoanteils. So aufgeschlüsselt, hat sich Video in der Tat zur einzigen aktuellen Konkurrenz des öffentlich-rechtlichen Fernsehens entwickelt. Das macht die Befürchtungen Schwarzkopfs verständlich.

Die großen Filmeinkäufe von ARD und ZDF Anfang 1984 – für ca. 600 Mill. DM wurden mehr als 3000 Spielfilme und Serien in Hollywood gekauft – sind deshalb weniger als vorbeugende Maßnahme gegen die kommende Fernseh-Konkurrenz zu verstehen, sondern als Strategie gegen Video.

1985 strahlten ARD (mit Dritten) und ZDF 940 Spielfilme aus, davon 80 Prozent Titel, die von den Videofirmen geführt wurden – und die natürlich für die Videoanbieter nach Fernsehausstrahlung uninteressant waren, weil sie einfach mitgeschnitten wurden. Dort, wo neben den öffentlich-rechtlichen Programmen SAT 1 und seit September RTL-plus via Satellit zu empfangen sind, gingen die Video-Absätze rapide zurück. Denn *SAT 1 und RTL-plus starteten ihre* Programme 1985 mit insgesamt mehr als eintausend Spielfilmen.

Dagegen standen 600 Neuveröffentlichungen der Video-Anbieter, deren Repertoire durch die knapp 2000 übers Fernsehen 1985 ausgestrahlten Filme rund um die Hälfte schrumpfte. Zudem erlebten die Video-Firmen ihr ganz spezielles und im Grunde selbstverschuldetes Fiasko mit der Neufassung des Jugendschutzgesetzes, das nunmehr den Verleih von Pornos und Brutalos in „offenen Videotheken“ verbietet. Außerdem hatte die Bundesstelle für jugendgefährdende Schriften (BPS) mittlerweile mehr als 800 Filme indiziert, so daß das Repertoire an verleih- und verkaufbaren Videofilmen von 7000 auf etwa 1500 Titel sank. Das Videosterben in der Bundesrepublik begann.

Die Horchposten der großen amerikanischen Medienkonzerne hatten diese Entwicklung vorausgesehen und Vorsorge getroffen, daß ihre Video-Töchter in die Lücken des deutschen Videomarktes sprangen. 1984 starteten Firmen wie CIC, Warner Home Video, CBS/Fox Video und RCA/Columbia mit einer neuen Strategie. Monat für Monat plazierten sie jeweils etwa fünf Spitzenfilme auf dem deutschen Markt, gegen die die einheimischen Video-Anbieter keine Chance hatten. Der Videomarkt wurde binnen zweier Jahre nahezu halbiert. 1985 wird der Bruttoumsatz der Video-Programm-Branche bei 400 Mill. DM stagnieren. Selbst Konzerne mußten da passen. ITT in Pforzheim zog sein Videolabel „Contrast“ vom Markt. Medienriese Polygram kippte sein Video-Spielfilmangebot. Die Ehe Taurus (Beta) mit Constantin-Film ging in die Brüche. Firmen wie ALL Video Medienvertrieb machten Konkurs, gaben auf wie Heeres Video in Offenbach oder krochen unter die Fittiche der US-Riesen wie Select Video, Arcade Video oder Dr. Dresslers Video-Entertainment. In Unna machte der größte Video-Händler der Republik Konkurs. Von den verbliebenen 5000 Videofachgeschäften werden bis Ende 1986 wenig mehr als 3000 überleben.

Die durchschnittliche Monatsausgabe eines Videohaushaltes für Software ist von 180 auf 20 DM gesunken. Die Konsumenten konzentrieren sich auf die wenigen guten Videofilme. Die GfK-Zuschauerforschung zu Nürnberg, die erstmals auch die Videonutzung repräsentativ untersucht, kommt außerdem zu dem Schluß, daß 80 Prozent aller Videohaushalte Filme aus dem Fernsehen aufzeichnen, während kaum 20 Pro*zent Videokassetten leihen und kau*fen. Insgesamt, und dies dürfte die brisanteste Ziffer der GfK-Ergebnisse sein, nutzen nur etwa ein bis zwei Prozent der 23 Mill. Fernsehhaushalte der Bundesrepublik das Medium mehrfach – also nicht nur zum Fernsehen, sondern auch zum Videographieren, zur Videotext-Ausnutzung, für Video- und Computerspiele oder für Btx, dem Schlußlicht der Medienszene. Also nur zwei Mill. Haushalte nutzen die Mattscheibe zu mehr als Fernsehen.

Trotzdem darf diese Entwicklung nicht zu Fehlschlüssen verführen. Vi*deo wird in der Bundesrepublik* wie in den USA, wo Video bereits das Kino überflügelt hat (1,44 Mrd. Videozuschauer gegen 1 Mrd. Kinogänger 1985), die aktuellste Form der Film-Auswertung werden. Während alle TV-Sender mindestens zwei Jahre warten müssen, ehe sie die Top-Premieren aus Hollywood auf die Mattscheibe bringen können, häufen sich bei den Videoanbietern die Simultan-Premieren in Kino und auf Video. In den USA gehen die Filmproduzenten aufgrund der wachsenden Attraktivität des Home-Videos dazu über, speziell Filme für Video zu produzieren.

Dem können die deutschen Fernsehanstalten mit ihren 3000 Filmen – also rund 250 pro Monat – nur wenig entgegensetzen. Denn die Zuschauer erkennen, daß die Filme wiederholt oder hoffnungslos veraltet sind, während für Video aktuelle Spitzenfilme angeboten werden. Damit wird der Videomarkt zu einer Alternative des etablierten Fernsehens, jedenfalls was eine der wesentlichen Säulen des Mediums betrifft, die nicht-aktuelle Unterhaltung. Das Fernsehen, auch das freie, muß deshalb lernen, daß seine Attraktivität nicht im Ausschlachten von Film-Konserven allein liegen kann, sondern daß seine Stärke Talkshows, Quiz, Shows und Live-Sendungen aller Couleur sind.

REGINALD RUDORF



Kurt Schwitters: „Musestunden“, Collage von 1942 über einem Defregger-Druck von 1873, aus der Berliner Ausstellung FOTO: KATALOG

Berlin zeigt „Kunst im britischen Exil 1933–1945“

Nichts als ein Aufenthalt

Überflüssigkeiten gehören zum Alltag des Kulturbetriebs. Andererseits gibt es auch Veranstaltungen, für deren Vorhandensein man allein schon dankbar sein muß, selbst wenn die unternommenen Anstrengungen nicht ausreichen, das gesetzte Ziel zu erreichen.

So geht es auch der jüngsten aufwendigen Ausstellungs-Unternehmung der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, die „Kunst im Exil in Großbritannien 1933–1945“ aufarbeiten wollte. Man muß – zumindest das, was als Schau hingebreitet wird – schweren Herzens unter „gut gemeint“ abhaken.

Erst einmal ist dies der seltene Fall, in dem die barocke Charlottenburger Orangerie bei einer Ausstellung nicht mitspielt. Beides paßt nicht zusammen, selbst der Kontrast stimmt nicht. Überhaupt ist eine „Ausstellung“ gar nicht das geeignete Medium, dieses Thema anzugehen. So leistet diese Schau bestenfalls eine Art Illustration zu der wesentlich umfassenderen Publikation, die bei Frölich & Kaufmann erschienen ist, eher ein Buch denn ein Katalog im herkömmlichen Sinne.

Es ist zweifellos drängend, die erzwungene Emigration zur Zeit des Nationalsozialismus zu erforschen und die Geschichte jenes beispiellosen Exodus' darzustellen, bei dem Deutschland in kaum noch vorstellbarem Maße eine Völkerwanderung seiner geistigen und künstlerischen Eliten auslöste.

Unverzeihlich, ganz auf Gebiete wie „Literatur“ und „Film“ zu verzichten (weil angeblich schon genügend bearbeitet) oder „Musik“ und „Theater“ nur schwach anzudeuten. Die Ballets Jooss und das Glyndebourne-Festival von Carl Ebert und Fritz Busch, beide durch mäzenatisches Engagement entscheidend gefördert, kann man noch nicht einmal als „Teil vom Ganzen“ verstehen, so mager werden sie hier dokumentiert.

Eindrucksvoll immerhin sind die Abteilungen der in England erfolgreichen Pressefotografen (darunter die Namen Erich Auerbach, Felix H. Man, Wolf Suschitzky, Tim Gital) und der Architekten Gropius, Breuer und Mendelsohn, für die Großbritannien freilich nur eine Durchgangsstation blieb. Von Gropius stammt das bittere Zitat „Dies ist kein Land, nur ein Aufenthaltsplatz“.

Es ist verständlich, daß bei der Malerei auf die Vielzahl der Namen und Naturelle und nicht auf optimale Qualität geachtet wurde. Andererseits schmerzt es dann doch, daß selbst die herausragenden Künstler, Schwitters, Kokoschka, Adler, Meidner hier so viel schwächer vertreten sind, als man erwarten mußte. Wie schwer es für einzelne Künstler war, sich in einer Szene zurechtzufinden, die ganze Jahrzehnte kontinentaler Kunstentwicklung noch gar nicht wahrgenommen hatte (Schwitters hielt sich mit konventionellen Portraitaufträgen über Wasser), läßt sich mit einer Ausstellung ebensowenig darstellen, wie die existentielle Not, die Isolation, die Furcht, das persönliche Schicksal der Emigranten bis in die Gegenwart. Andererseits gibt es Künstler in Großbritannien, die sich heute ausdrücklich nicht im Kontext des „Exils“ eingeordnet sehen wollen.

Schwitters, der eigentlich in die Vereinigten Staaten wollte, war in England „hängengeblieben“. Selbst noch in der Internierung klebte er seine Collagen. In einer Arbeit findet sich der Namenszug des Kaufhauses „Harrods“. Kokoschka verteilte eigenhändig in der Londoner Untergrundbahn Flugblatt-Reproduktionen seiner Lithographie, mit der er 1945 an die Kinder erinnerte, die Weihnachten an Kälte und Hunger starben.

In die Randbereiche der Naiven Kunst begeben sich die Regisseure der ohnehin so fahrigen Ausstellung, wenn sie einzelne Situationen regelrecht nachinszenieren. So steigen die Besucher über ein Bahngleis, an dem alte Koffer stehen – ausgerechnet neben einer Gußeisen-Parkbank des Schlosses. So gemütlich war die Emigration weiß Gott nicht. Noch schlimmer aber ist der Nachbau in einer Internierungsbaracke. Die „enemy aliens“ haben die, übrigens relativ kurz nur andauernde, Internierung teils mit gelassener Resignation, andere mit ängstlichen Assoziationen an deutsche Lager ertragen. Die bildlichen Darstellungen aus diesen Camps sind allemal bewegender als theatralische Attrappen. (Bis 23. Febr., Katalog 29 Mark, im Buchhandel 39 Mark)

PETER HANS GÖPFERT

Ingolstadt: G. Kölwels „Franziska Zachez“ nach 50 Jahren wiederentdeckt

Den Mann mit Tollkirschen vergiftet

Keine historisch greifbare Zeit, blindes Schicksal, das soziale *Umfeld verwaschen, naive Einfälle*, Dramaturgie des Zufalls. So unerbittlich lautet das Urteil der Ingolstädter Stadttheater-Leute über das nur einmal (1936 in Meiningen) gespielte und seitdem vergessene Stück „Franziska Zachez“ des Oberpfälzer Heimatdichters Gottfried Kölwel, der 1958 in München starb und sachte aus der Literaturgeschichte verschwand, trotz der Lobsprüche von Rilke, Kafka und Thomas Mann.

Um so erstaunlicher, daß der Ingolstädter Intendant Ernst Seiltgen („vom Theater verstand Kölwel nicht allzu viel!“) es unternahm, einer Anregung aus dem bayerischen Kultusministerium zu folgen und das zähe, knorrige Volksstück dem heutigen Theaterverständnis anzupassen. Vielleicht auch eine Art Wiedergutmachung? Denn die Münchner Kammerspiele hatte unter Otto Falckenberg schon 1935 eine Inszenierung (mit Lucie Höflich) vorbereitet, die jedoch vom Reichsdramaturgen verboten wurde mit der Begründung: „Unter lauter moralisch minderwertigen Menschen ist der einzig wertvolle ein Krüppel“.

Gemessen an den massiven Bedenken im eigenen Haus gegen das Original ist es doch ein respektabler *Abend der bayerischen Theaterver*gangenheit geworden. Dabei lebte Kölwels Franziska, man glaubt es kaum, zur selben Zeit wie die skandalösen „Pioniere in Ingolstadt“ der Marieluise Fleißer.

Nach der Korrektur von einem Dutzend Schwächen, wenn nicht Schwachheiten, sind jetzt echte Töne des Volksschauspiels zu entdecken. Mit tragischen Szenen, die wie Zitate von großen Auftritten wirken. Als hätte Friedrich Hebbel einen Drama-Entwurf in Beratzhausen (Kölwels Geburtsort) liegen lassen und jemand *vom Bauerntheater hätte ihn mit ge*nauestem Dorfklatsch zwischen Wirtshaus und Kirchhof ausgefüllt, so schwelt jetzt in fünf Akten das elendige Verhängnis über Franziska Zachez und ihren fünf Kindern.

Ihren Mann, den Schuhmacher und Säufer, vergiftet sie mit dreizehn Tollkirschen, um sich dem soeben Witwer gewordenen Geliebten für immer ans Herz zu werfen. Doch der greift nach der 18jährigen Rosl und wird im Streit von deren Freund erstochen. Woraufhin sie sich der Polizei stellt... Und das alles zur Faschingszeit, in der Sargträger und Maskenträger in Wort und Bild *durcheinandergeraten. Ein Beispiel* für die dramaturgische Vergegenwärtigung: Der ursprünglich von Geburt an Behinderte ist jetzt ein Kriegskrüppel von 1920, so daß jetzt die Szene nutznießt von dem so betitelten Bild von Otto Dix.

Auf den naturalistisch kargen Schauplätzen (Herbert Scherreiks) bricht das strapazierte Innenleben lauthals und oft mit hoher Startgeschwindigkeit durch. Nur einmal ein visionärer Dialog im Stil einer kitschigen Feldpostkarte 1914/18. Die Franziska von Brigitte Walzel ist ge*hetztes Tier und aggressiv Liebendes* zugleich. Hannes Andersen gibt dem torkelnden Saufbold noch einen Rest von Imponiergehabe („abgschdochn gherst!“). Unheimlicher Fremdkörper: der Witwer von Werner Schnitzer. Fast zu nordisch-grell die flotte Rose (Susanne Oechsner). Aber überall versteckt dieses verklatschte, Unheil befördernde „ma sagt ja nix, ma redt ja bloß!“. Eine mutige Vergangenheitsbewältigung bayerischer Dramatik. ARMIN EICHHOLZ

Nächste Aufführungen: 22. u. 24. Jan., 7. Febr.; Karteninformation: 0841 / 1210

Pferde-Oper im neuen Stil: Szene aus „Silverado“ FOTO: WARNER-COLUMBIA

Hollywoods Antwort auf den Italo-Western: Lawrence Kasdans „Silverado“ huldigt großen Vorbildern

Wenn die „Gefürchteten Vier“ wieder aufbrechen

Statt zwielichtiger Revolverhelden trieben sich in Hollywoods Westernstädten jahrelang nur noch nostalgisch gestimmte Touristen herum. Für die Pferde-Oper schien der letzte Vorhang längst gefallen, bis Clint Eastwood der Rolle des Großstadt-Sheriffs überdrüssig wurde und *als bleicher Rächer in die Prärie* zurückkehrte. Nun also will Lawrence Kasdan, der mit dem Drehbuch zu „Jäger des verlorenen Schatzes“ das sieche Abenteuer-Genre und mit dem Film „Die heißkalte Frau“ das Melodram der schwarzen Serie wiederbelebte, dem Western eine zweite Herzmassage gönnen.

So vereint er für den Film „Silverado“ vier notorische Einzelgänger zum schlagkräftigen Quartett: einen wortkargen Tatmenschen (Scott Glenn), dessen tollkühnen Bruder (Kevin Costner), einen melancholischen Zauderer (Kevin Kline) und einen farbigen Gerechtigkeitsfanatiker (Danny Glover). Sie alle wollen ins Städtchen Silverado, müssen jedoch unterwegs korrupten Gesetzeshütern, feigen Pferdedieben und jener Bande das Handwerk legen, die einer Siedlerschar das mühsam ersparte Geld geraubt hatte.

Nach all diesen Abenteuern entpuppt sich *Silverado freilich* keineswegs als Abbild des sagenhaften Eldorado, sondern als wahrer Augiasstall, den es kräftig auszumisten gilt. Eine taufrische, einzigartige Geschichte? Wohl kaum. Mühelos kann man strukturelle Ähnlichkeiten zu Richard Brooks Meisterwerk „Die gefürchteten Vier“, aber auch zu den „Glorreichen Sieben“ feststellen, um bei gründlicherer Fährtensuche auf ein halbes Dutzend Spuren anderer großer Vorbilder zu stoßen.

Doch Kasdan zitiert, ohne zu plagiieren. Und statt den Western großspurig zu revolutionieren, merzt er nur jene Fehler aus, die das Genre an den Rand des Abgrunds brachten. Während etwa der Italo-Western Grausamkeiten zeitlupenhafter dehnte, setzt Kasdan auf harte Schnitte in temporeichen Action-Szenen. Während manche brave Cowboy-Geschichte nur einen Handlungsfaden spannt, verknüpft Kasdan etliche Erzählstränge mit federleichter Eleganz. Vor allem aber ersetzt er die weinerliche Selbstbespiegelung vieler Spätwestern durch eine naive Vitalität, die den Eindruck erweckt, Amerika wage gerade jetzt den Aufbruch ins gelobte Land Kalifornien.

Daß dieser stark beschleunigte und fast schlackenlose Western dennoch kein windschlüpfriges Retortenwerk heutiger Hollywood-Prägung ist, liegt am Respekt des Regisseurs vor klassischen Motiven. Nur daß eben bei ihm die Rituale der Helden so präzis und lakonisch wirken wie ein satt zuschnappendes Gewehrschloß, die die grandiosen Landschaftstableaus mit modernsten Kamera-Finessen angerichtet werden und die gewaltige Stampede alle Vorbilder in Grund und Boden trampelt.

Nicht zuletzt läßt Laurence Kasdan keine Figur zum Stereotyp erstarren. So bleibt bei aller Turbulenz Zeit für die Feinzeichnung der Charaktere, *die dem Hauptdarsteller-Quartett* bestechend gelingt. Und welche der trefflichen Nebenrollen soll man besonders rühmen? Die aparte Farmersfrau von Rosanna Arquette, den zwielichtigen Spieler von Jeff Goldblum? Nein, die Krone gebührt der zwergenwüchsigen, gewiß nicht hübschen und doch unwiderstehlichen Linda Hunt als Saloondame Stella. Daß diese ganz aus der üblichen Westernwelt gefallene Person hier liebevoll portraitiert wird, macht den Reiz und die Originalität dieses Films aus. Und läßt für die Zukunft der ganzen Gattung einiges erhoffen.

HARTMUT WILMES

JOURNAL

Nach dem Jugendstil kommt das Biedermeier

DW. Wien

Nach dem Erfolg der Großausstellung *„Traum und Wirklichkeit“* reift in Wien das nächste Projekt heran: 1987 soll die Schau „Bürgersinn und Aufbegehren – Biedermeier und Vormärz in Wien“ im Künstlerhaus eröffnet werden. Die Ausstellung, die wiederum von Hans Hollein gestaltet wird, soll vom 17. Dezember 1987 bis zum 12. Juni 1988 geöffnet sein. Sie kreist um Figuren wie Franz Schubert, Johann Strauß Vater, Peter Fendi, Ferdinand Georg Waldmüller, Ferdinand Raimund, Adalbert Stifter, Franz Grillparzer und Johann Nestroy.

Lager für Kunstschätze aus der Verbotenen Stadt

AFP, Peking

Um die Kunstschätze aus der Verbotenen Stadt künftig vor dem Zugriff von Dieben zu retten, ist gegenwärtig ein unterirdisches Lager von 5000 Quadratmetern mit Alarmsystem im Entstehen. Das Lager soll die Gemälde, das Porzellan, die kostbaren Gewänder und den Schmuck aus der einstigen Verbotenen Stadt aufnehmen. In den letzten Jahren wurde die Verbotene Stadt mit dem Kaiserpalast mehrfach von Kunstdieben heimgesucht. Ein Kunsträuber wurde vor kurzem zu Tode verurteilt und hingerichtet.

Fenster der Kathedrale von Amiens gefunden

AFP, Amiens

Ein Teil der seit dem Ersten Weltkrieg verschwundenen Glasfenster der Kathedrale von Amiens ist in einem Lager der Museumsverwaltung im Schloß Champs sur *Marne wiedergefunden worden. Die* Fenster waren damals aus Furcht vor Beschädigung ausgebaut und zunächst in Paris gelagert worden. Nach einem Brand, bei dem ein Teil der Scheiben verlorenging, waren sie bis jetzt unauffindbar.

14. Festival des phantastischen Films

AFP, Avoriaz

In Avoriaz wurde das 14. Internationale Festival des phantastischen Films mit „House“, einer Art Gruselversion von „Hellzapoppin“, eröffnet. *Dreizehn Filme nehmen bis* 18. Januar an dem Wettbewerb teil, darunter „Dream Lover“ von Alan Pakula, der in Weltpremiere läuft, „Fright Night“ von Tom Holland, „The Quiet Earth“ von Geoff Murphy und „The Doctors and the Devils“ von Freddie Francis. Der einzige nicht anglophone Wettbewerbsbeitrag ist die deutsch-schweizerische Koproduktion „Der Rekord“ von Daniel Helfer. Den Vorsitz der Jury hat der britische Regisseur Richard Lester.

V. D. Kirchner schreibt Oper für Wuppertal

lnw, Wuppertal

Der Komponist Volker David Kirchner hat von den Wuppertaler Bühnen einen Auftrag für eine neue Oper erhalten. Die Uraufführung ist in der Spielzeit 1988/89 vorgesehen. Als Libretto wird dem Werk Lisa Kristwaldts umstrittener Arbeitsbericht „Christus kam nicht bis zum Ölberg oder Gott in Wuppertal“ zugrunde liegen, eine Zusammenstellung von Zeugnissen aus der Geschichte und Gegenwart der Stadt.

Die „Gesche Gottfried“ jetzt als Ballett

Reg. Augsburg

Rainer Werner Fassbinder hat einst ein Stück über die Gesche Gottfried geschrieben. Jetzt setzt sich in Augsburg erstmals eine Choreographin, Brigitte Liebhauser, mit dem Stoff auseinander. Als musikalische Grundlage dient die Erste Sinfonie von Robert Wittinger. Premiere von „Gesche Gottfried“ und dem „Erlkönig“ ist heute.

H.-M. Majewski 75

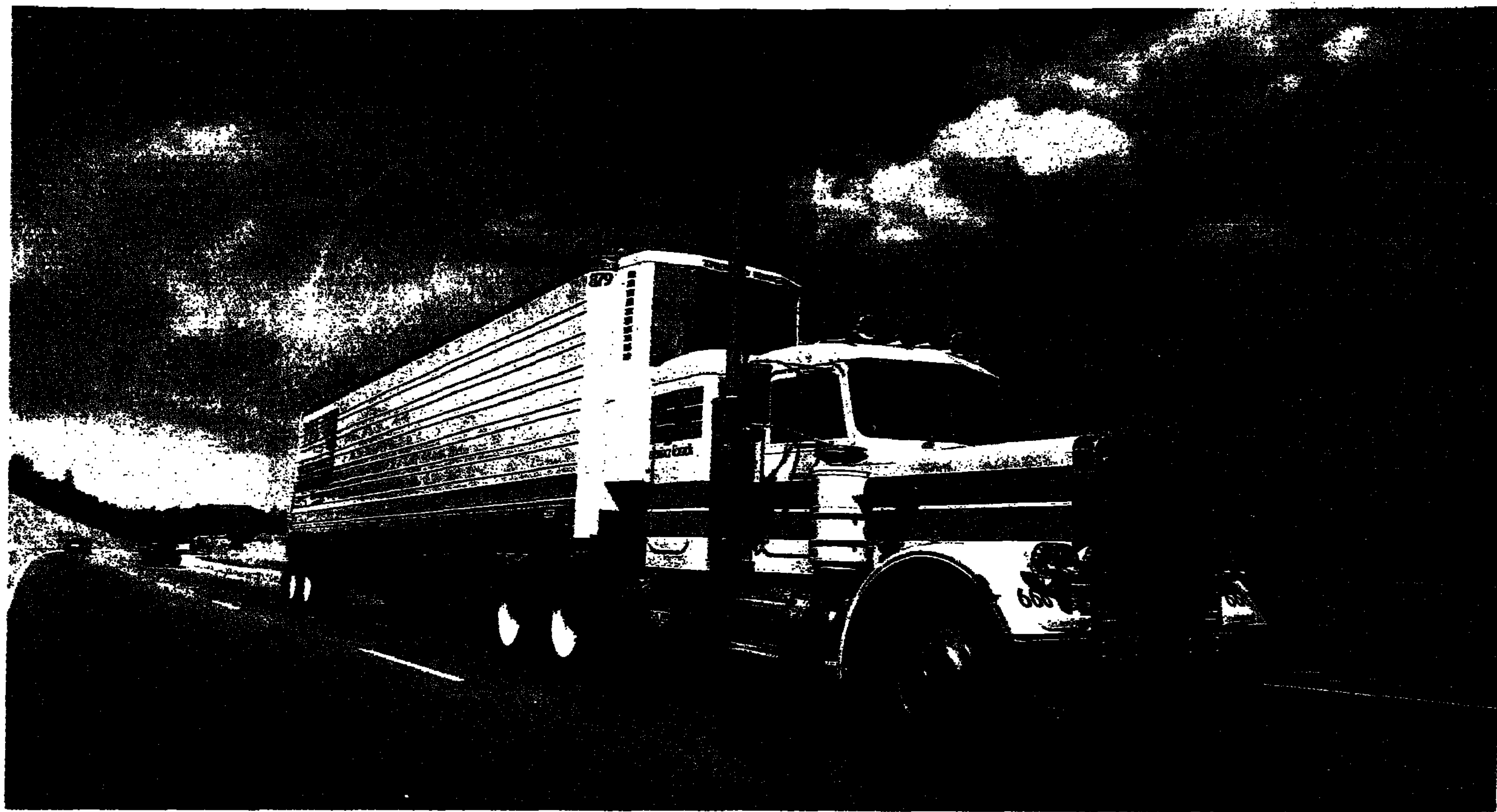
dpa, Hamburg

Der Film- und Fernsehmusik-Komponist Hans-Martin Majewski begeht heute seinen 75. Geburtstag. In seiner rund 40jährigen Karriere schrieb Majewski Musik zu über 400 Leinwand- und Bildschirmproduktionen, darunter „Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull“, „Das fliegende Klassenzimmer“, „Menschen im Hotel“, „Die Brücke“, „Peter Voss, der Millionendieb“.

Marcel Arland tot

AFP, Paris

Der französische Schriftsteller Marcel Arland ist im Alter von 86 Jahren gestorben. Der Name des 1899 geborenen Essaisten und Romanciers war eng mit der „Nouvelle Revue Française“ verbunden, die er ab 1953 zusammen mit Jean Paulhan und ab 1968 allein leitete. Arlands schriftstellerische Karriere begann 1924. Seit 1968 gehörte er der Académie Française an. Arland hinterläßt rund vierzig Werke, darunter den Roman „L'ordre“ („Heilige Ordnung“), für den er 1929 den Prix Goncourt erhielt.



Ein PS-Komet zieht über den Kontinent

Ein Truck rast ins Bild – eine von Amerikas legendären rollenden Festungen, die auf ihrer mythosbildenden Fahrt quer über den Kontinent durch nichts zu stoppen sind. Kein Gefährt für das schlagbaumzerhackte Europa, dessen Grenzpfähle man förmlich an der breiten PS-Schnauze dieses 40-Tonners mit seinen 16 Gängen zersplittern hört.

Der Truck als Komet auf seiner vorherbestimmten wiederkehrenden Umlaufbahn von der Eiswüste Alaskas zum Golf von Mexiko, von New York City durch die Great Plains und die rosa schimmernden Mezas im Westen der Vereinigten Staaten bis zur Pazifikküste. Der Truck als Verheißung, die Sehnsucht als Dauerfracht im Container. Alles richtig – alles falsch. Der amerikanische Trucker macht die weitesten Touren durch die aufregendste (Urlaubs-)Landschaft der Welt; er transportiert 80 Prozent des Güterverkehrs der Staaten, Hunderte von Millionen Tonnen Frachtgut. Der amerikanische Fahrer ist frei, zu tun und lassen, was er will – solange er im Korsett des Zeitplans bleibt und den Polizeikontrollen entgeht, was CB-Funk von Bord zu Bord innerhalb der Solidargemeinschaft der Fernfahrer immerhin meist möglich macht. Doch der Trucker ist auch das ärmste Luder unter dem atemberaubenden Firmament Kaliforniens. Heroisiert wie sein Vorgänger, der Cowboy, teilt er mit ihm in der Realität eine der untersten sozialen Stufen in der Gesellschaft. War der Cowboy – einseitig ernährt, oft rachitisch und von Zahnschmerzen geplagt – häufig ein kranker Mann ohne große Lebenserwartung, so geht es dem Trucker – übergewichtig, unter Übermüdung und chronischer Einsamkeit leidend – kaum besser. So flüchtet er sich, nur allzu verständlich, in die Wagenburg-Mentalität seines Berufs-Clans, putzt mit Hingabe die Chromteile seiner ratternden Behausung, die er mit wahrer Affenliebe aufmotzt, und wäre doch weiterhin das „Letzte" im Lande geblieben, hätten ihm nicht Film und Werbung im autoversessenen Amerika den Rang des letzten Pioniers verpaßt.

Das hebt ganz ungemein. (FOTO: MAURITIUS) KNUT TESKE

Neuer Pate in New York

US-Regierung legt Erfolge gegen die Casa Nostra vor

DW. New York/Washington

Die mächtigste Bande in der US-Mafia, die „Gambino-Familie", deren mutmaßlicher Chef Paul Castellano am 16. Dezember vergangenen Jahres auf offener Straße in New York erschossen worden war, hat angeblich einen neuen Boß. Die „New York Times" meldete am Sonntag unter Berufung auf nicht näher identifizierte Polizeiquellen, John Gotti, ein 45 Jahre alter Unterführer der Gambino-Familie, habe die Spitzenposition in der von New York aus operierenden Organisation errungen.

Um den Zusammenhalt der „Familie" zu sichern habe Gotti den 50jährigen Frank DeCicco, ein führendes Mitglied einer rivalisierenden Fraktion, zu seinem Stellvertreter ernannt.

Die Polizei vermutet, daß der Mord an dem 70 Jahre alten Castellano von einer Gruppierung inszeniert wurde, die auf Seiten Gottis steht. Die Mörder, die außer Castellano auch seinen Vertrauten Thomas Bilotti vor einem Restaurant erschossen hatten, sind bislang nicht gefaßt.

Gotti ist nach Angaben der Zeitung wegen Totschlags vorbestraft. Auf ihn warten zwei neue Verfahren wegen Verstoß gegen das Bandengesetz und wegen Körperverletzung.

Die „Gambino-Familie" hat nach Schätzung der Justiz etwa 20 Unterführer, rund 250 „eingeschworene" und tausend angeschlossene Mitglieder. Ihren Jahresgewinn von schätzungsweise mehr als 100 Millionen Dollar macht die Bande vor allem mit illegalem Glücksspiel sowie ihren „Beteiligungen" in der – privaten – Müllabfuhr und in mehreren Gewerkschaften, vor allem in den Bereichen Bau und Bekleidung.

Die amerikanische Regierung hat zum erstenmal „der Mafia eine Niederlage beigebracht". Dies hat US-Präsident Ronald Reagan in einem in der Sonntagsbeilage der „New York Times" veröffentlichten Artikel erklärt. In dem unter dem Titel „Dem organisierten Verbrechen den Krieg erklären" veröffentlichten Artikel legt Reagan die Erfolge im Kampf gegen die Cosa Nostra dar. Er habe das zu Beginn seiner Präsidentschaft gegebene Versprechen eingelöst, daß es „mit der Mafia keine Entspannung sondern den totalen Krieg" geben werde. Mittels der „Mobilisierung von Regierung und öffentlicher Meinung" sei „ein Sieg möglich".

LEUTE HEUTE

Vorfreude

Ein Hochzeitsbazillus versprüht Vorfreude in amerikanischen Showkreisen: Jüngste im Kreis der Heiratswilligen ist **Tatum O'Neill** (22, Foto). Sie gibt am 17. Februar dem Tennisstar **John McEnroe** in Long Island das Ja-Wort. **Linda „Krystle" Evans** (42) ehelicht am Valentinstag ihren millionenschweren Freund **Richard Cohen**. Und Hollywood-



Altstar **Glenn Ford** (68) versucht es bereits zum vierten Mal: Er führt die 43 Jahre jüngere Schauspielerin **Debra Morris** zum Traualtar.

Vorbild

Zehn Jahre lang arbeitete **Zhou Xunli** (42) aus der chinesischen Provinz Guizhou, ohne auch nur einen Tag Pause. Alle 48 Stunden legte er unentgeltlich Schichten unter Tage ein. Jetzt darf er sich mit dem Titel eines „außerordentlich vorbildlichen Arbeiters" schmücken. Kommentar des eifrigen Bergmanns: „In den kommenden fünf Jahren arbeite ich 500 Tage zusätzlich."

Vorzug

Das Rennen um die erste Life-Reportage aus dem Weltraum scheint gelaufen: **Walter Cronkite**, einer der beliebtesten amerikanischen TV-Journalisten, hat sein Antragsformular für die Dienstreise im Herbst ausgefüllt. Cronkite ist gesund und Amerikaner und erfüllt damit alle Bedingungen. Für die Nasa ist er ein „starker Kandidat" – auch mit 68 Jahren?

Vorsicht

Durch die Straßen von Los Angeles bewegt sich in diesen Wochen eine ungewöhnliche Wagenkolonne, angeführt von einer schwarzen Limousine. Ihr folgen ein kirschroter Sportwagen und eine zweite Limousine. Grund: **Elizabeth Taylor** (53) macht den Führerschein. Falls sie während ihrer Fahrstunden einen Unfall baut, will sie nur eigene Autos rammen.

„Da ist noch einer drin!"

Ärzte übersahen Zwilling – Prozeß in Dortmund

E. REVERMANN, Dortmund

Drei Ärzte, unter ihnen ein Gynäkologe, müssen sich demnächst vor dem Dortmunder Landgericht in einem Strafverfahren wegen Körperverletzung verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, bei einer Entbindung im Mai 1982 einen Zwilling „übersehen" zu haben – dieses Kind kam schwerstbehindert zur Welt. Die drei Mediziner sind bereits zu einem Schmerzensgeld verurteilt worden.

Bei der Niederkunft der 31jährigen Ute Koenen, die mit Hormonen behandelt worden war, kam im Marienhospital in Hamm zunächst der heute fast vier Jahre alte Sascha gesund zur Welt. Der Vater, der bei der Geburt anwesend war, wies mit den Worten „Herr Doktor, da ist noch einer drin..." auf eine mögliche Mehrlingsgeburt hin. Trotzdem leitete das Ärzteteam die zur Nachgeburt üblichen Maßnahmen ein.

Etwa 30 Minuten später wurde der vergessene Zwilling entdeckt. Zu diesem Zeitpunkt kam jedoch bereits jede Hilfe zu spät: Das Kind überlebte zwar, war jedoch durch Sauerstoffmangel schon so geschädigt, daß es irreparable Schäden davontrug. Heute kann der kleine René weder sprechen noch sehen, er kann nicht sitzen oder stehen und muß ständig betreut werden. Der Dreijährige muß mit einer Sonde ernährt werden, weil er nicht in der Lage ist zu schlucken.

Dem jetzt angeklagten Gynäkologen wird vorgeworfen, als betreuender Arzt während der Schwangerschaft seiner Patientin Ute Koenen deutliche Hinweise auf Zwillinge nicht erkannt zu haben. Der Assistenzarzt im Krankenhaus habe die junge Frau nicht gründlich untersucht, heißt es in der Anklageschrift. Dem Chefarzt schließlich wirft die Staatsanwaltschaft vor, sich nicht selbst um die schwierige Geburt gekümmert zu haben, obwohl er zu dem Zeitpunkt in Rufbereitschaft hätte sein sollen.

Bereits im Herbst hatte die 17. Zivilkammer des Dortmunder Landgerichts die Ärzte dazu verurteilt, dem Jungen 15 000 Mark Schmerzensgeld und eine monatliche Rente von 500 Mark bis an sein Lebensende zu zahlen. Ein Termin wegen Körperverletzung, der vor der 9. Strafkammer des Landgerichts Dortmund stattfinden soll, steht noch nicht fest.

WETTER: Regen

Lage: Ein von Schottland nach Südschweden ziehendes Orkantief führt auf seiner Südseite zunächst milde, im weiteren Verlauf wieder kältere Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden schauerartiger Regen. Temperaturen um 4 Grad, nachts 3 bis 1 Grad. Stürmischer Wind um West. An der Küste schwere Sturmböen. Im Süden andauernder Regen. Temperaturen zunächst um 8 Grad, nachmittags auf 4 bis 5 Grad zurückgehend. Nachts 3 bis null Grad. Frischer Wind um West. In freien Lagen Sturmböen.

Weitere Aussichten: Auch in den Niederungen wieder Schneeregenschauer und etwas zurückgehende Temperaturen.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.21 Uhr*, Untergang: 16.43 Uhr; **Mondaufgang:** 10.59 Uhr, Untergang: 22.50 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 14. Jan., 7 Uhr

Hochdruckzentrum
Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperatur in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Reykjavik, Haparanda, Stockholm, Hamburg, Berlin, London, Frankfurt, Wien, München, Dubrovnik, Nizza, Madrid, Palma, Lissabon, Malaga, Tunis

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	3	R
Bielefeld	6	R
Braunlage	0	Sr
Bremen	5	bd
Dortmund	7	R
Dresden	2	R
Düsseldorf	9	R
Erfurt	2	R
Essen	8	R
Feldberg/S.	-2	S
Flensburg	6	bw
Frankfurt/M.	7	Sp
Freiburg	6	R
Garmisch	1	S
Greifswald	1	R
Hamburg	5	bw
Hannover	4	bd
Kahler Asten	2	R
Kassel	4	R
Kempten	0	S
Kiel	5	bw
Koblenz	9	Sp
Köln-Bonn	9	Rs
Konstanz	2	R
Leipzig	3	bd
List/Sylt	5	he
Lübeck	4	bw
Mannheim	6	R
München	2	Sr
Münster	8	bd
Norderney	4	bd
Nürnberg	2	R
Oberstdorf	0	S
Passau	0	S
Saarbrücken	3	R
Stuttgart	3	R
Trier	4	R
Zugspitze	-12	S
Ausland:		
Algier	16	he
Amsterdam	8	R
Athen	11	bw
Barcelona	12	bw
Belgrad	3	be
Bordeaux	12	he
Bozen	0	bd
Brüssel	9	bd
Budapest	1	bw
Bukarest	-4	bd
Casablanca	14	he
Dublin	10	R
Dubrovnik	8	he
Edinburgh	9	R
Faro	14	wl
Florenz	6	he
Genf	3	R
Helsinki	-4	S
Hongkong	17	wl
Innsbruck	0	S
Istanbul	6	bw
Kairo	19	wl
Klagenfurt	-7	bw
Konstanza	-2	bd
Kopenhagen	4	he
Korfu	14	he
Las Palmas	19	bw
Leningrad	-14	S
Lissabon	5	Ne
Locarno	3	R
London	10	bd
Los Angeles	17	he
Luxemburg	6	R
Madrid	5	wl
Mailand	4	he
Malaga	15	he
Mallorca	14	he
Moskau	-15	S
Neapel	12	he
New York	1	he
Nizza	12	wl
Oslo	-1	he
Ostende	8	bd
Palermo	13	he
Paris	10	bd
Peking	-1	wl
Prag	1	Sr
Rhodos	14	he
Rom	8	he
Salzburg	1	S
Singapur	25	bw
Split	11	he
Stockholm	1	bd
Straßburg	5	R
Tel Aviv	18	bw
Tokio	10	Gw
Tunis	16	bw
Valencia	9	wl
Varna	1	bw
Venedig	-2	Ne
Warschau	2	bd
Wien	3	bw
Zürich	2	S

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Nur noch als Zuschauer im All?

Große Pläne der Nasa für 1986 – aber Wissenschaftler sehen die Rolle der USA in Gefahr

dpa/DW, Washington

1986, so glaubt Burton Edelson, wissenschaftlicher Leiter bei der Nasa, „könnte sehr wohl das Jahr werden, in dem die Menschheit mehr über unser Universum lernt als je zuvor". Dabei denkt Edelson nicht zuerst an die Raumfähre „Columbia", deren Besatzung nach dem geglückten achten Startversuch gerade einen 50 Millionen Mark teuren Fernmeldesatelliten auf eine Umlaufbahn um die Erde geschickt hat. Größeres Augenmerk mißt er Vorhaben wie der Raumsonde „Voyager 2" zu, die am 24. Januar am Planeten Uranus vorbeifliegen soll.

Kühne Pläne, große Erfolge und bittere Enttäuschungen lagen in der amerikanischen Raumfahrt auch 1985 nahe beieinander. So haben die Fähren „Columbia", „Discovery", „Challenger" und „Atlantis" eine Serie peinlicher Fehlstarts und technischen Pannen ebenso hinter sich wie eine Reihe spektakulärer Rettungsaktionen für Satelliten und eindrucksvolle Proben für Bauarbeiten im All.

Trotz aller Pläne für 1986 plagt viele Wissenschaftler die Sorge, die Sowjetunion und Europa könnten den USA in der Erforschung des Alls den Rang ablaufen. Schändliches Zeichen dieser Entwicklung sei die Behandlung des Jahrhundertereignisses „Halleyscher Komet". Während die Europäer mit „Giotto", die Russen mit „Vega" und die Japaner mit „Planet A" eigene Sonden zu dem Schweifstern hinaufschickten, leisteten die USA nur Hilfsdienste. Zum ersten Mal sei man „bei einem wichtigen Ereignis im Weltraum nur als Zuschauer dabei", resümierte die „Washington Post". Daß die Sowjets ihr „Vega"-Unternehmen wahrscheinlich nur dank eines amerikanischen Computerplanes über die Bühne bringen, wird als zusätzliches Ärgernis empfunden.

Für die Weltraumforschung der USA ist der August Höhepunkt des Jahres, wenn an Bord der Fähre „Atlantis" das Teleskop „Hubble" seinen ersten Flug absolvieren soll. Zehn Jahre lang haben die Amerikaner an dem 13 Meter langen Riesenfernrohr mit einem Spiegeldurchmesser von 2,40 Metern gebaut. Wenn es rund 600 Kilometer hoch ferngesteuert arbeitet, soll es den Astronomen ermöglichen, 14 Millionen Lichtjahre (ein Lichtjahr entspricht 9,5 Billionen Kilometern) weit in nie erforschte Tiefen des Weltraums zu sehen. Schallgrenze waren bisher zwei Millionen Lichtjahre. Bereits im Mai soll die Fähre „Challenger" von Cape Canaveral aus ihre Sonde „Ulyssees" in den Weltraum bringen. Von ihr erwarten die amerikanischen Wissenschaftler ab 1989 neue Informationen über die Sonne und den Jupiter.

Neben den wissenschaftlichen Projekten will die US-Raumfahrt in diesem Jahr die nächsten Schritte für die ständige Raumstation machen. Aber die Ingenieure, die an der ersten bemannten, zehn bis 13 Milliarden Dollar teuren Raumstation der USA bauen, bekommen die leere Staatskasse zu spüren. Wohl erst Mitte der 90er Jahre und nicht wie ursprünglich geplant 1992 zum 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas wird die Station fertig sein.

Heute fast noch unvorstellbar erscheinen Experimente, die in Cape Canaveral geplant sind. Danach sollen eines Tages Satelliten und andere Lasten an kilometerlangen Seilen von Raumfähren im Weltraum in 400 Kilometer Höhe hochgebracht und ausgeklinkt werden. Das macht Antriebsraketen überflüssig, wie sie die Nachrichtensatelliten noch brauchen, um nach dem Absetzen aus der Fähre ihre Umlaufbahn in 36 000 Kilometer Höhe zu erreichen. Pate steht auch bei diesen Plänen der Wunsch, die Kosten zu senken.

Solche Systeme, meinte der Chef der Nasa-Abteilung für Raumprogramme der Zukunft, Ivan Bekey, würden im 21. Jahrhundert gang und gäbe werden, um Lasten ins All und bis hinauf zum Mond und zum Mars zu schaffen. Erste praktische Versuche sollen 1988 zusammen mit Forschern aus Italien gemacht werden, wenn von Bord eines Shuttle ein Satellit an einer 62 Kilometer langen Leine herabgelassen wird.

Mehr Mädchen als Jungen verüben Selbstmord

DW. Mannheim

Auf einen vollendeten Selbstmord kommen in der Bunderepublik Deutschland bei männlichen Kindern und Jugendlichen bis zu 20 Jahren etwa zwölf, bei weiblichen Jugendlichen dagegen rund 40 Suizidversuche. Insgesamt hat sich bei den männlichen Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren bei den Versuchen eine Zunahme um 340 Prozent, bei den Mädchen dieser Altersgruppe ein Anstieg von 140 Prozent herausgestellt. Diese Zahlen gab das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit bekannt. Zu den Selbstmorden bei männlichen Jugendlichen: Im Jahre 1984 nahmen sich 39 junge Menschen aus der Gruppe der zehn- bis 14jährigen und 356 aus der Gruppe der 15- bis 19jährigen das Leben. Bei den zehn- bis 14jährigen stieg der Anteil der Suizide an den Todesfällen insgesamt um das Doppelte, von 4,2 Prozent (1960 bis 1969) auf 8,5 Prozent (1974 bis 1983). Bei den 15- bis 19jährigen machten die Selbstmorde zwischen 1974 bis 1983 zwölf Prozent aller Todesfälle aus – fast jeder achte Tod war hier ein Suizid. Gegenüber 1951 bis 1960 gab es in dieser Gruppe während der Jahre 1974 bis 1983 eine Selbstmord-Zunahme von 13,5 Prozent. Als wesentliche Gründe für Selbstmord beziehungsweise -versuche nennt das Zentralinstitut Schwierigkeiten in der Familie und Liebeskummer. Die Schule spiele eine äußerst geringe Rolle.

Erste Herzverpflanzung

dpa, Kiel

In der Kieler Universitätsklinik ist zum ersten Mal ein menschliches Herz verpflanzt worden. Wie die Pressestelle der Klinik mitteilte, geht es dem 32jährigen türkischen Patienten „den Umständen entsprechend gut". Ihm war das Herz einer 19jährigen, tödlich verunglückten Frau eingepflanzt worden.

Polizist darf schießen

dpa, Koblenz

Ein Polizeibeamter darf schießen, wenn ein Autofahrer, den er zu Fuß verfolgt, mit dem Fahrzeug rückwärts auf ihn zufährt und er nicht mehr ausweichen kann. Das hat das Koblenzer OLG in einem gestern veröffentlichten Urteil in zweiter Instanz entschieden (AZ: 1 U 387/85).

Familienvergrößerung

dpa, Tel Aviv

Ein Palästinenser hat den bisher höchsten Gewinn des wöchentlichen Fußball-Totos in Israel erreicht: 360 000 US-Dollar. Jetzt will der Glückliche „als erstes drei weitere Frauen kaufen und die Familie vergrößern". Der Mann ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Exhumierung angeordnet

hd, Würzburg

Bei einer von der Staatsanwaltschaft Würzburg angeordneten Exhumierung einer 93jährigen Frau, wurde gestern festgestellt, daß die Hände der Toten „so gefaltet und mit einem Rosenkranz umwunden waren wie bei der Aufbahrung". Mehrere Trauergäste wollten bei der Beerdigung am 16. 11. 1985 „Klopfzeichen" gehört haben.

Süßes Trommelfeuer

dpa, Saint-Etienne

Mit einem Trommelfeuer von Cremetörtchen, Windbeuteln und Blätterteiggebäck hat eine Konditorfamilie in Saint-Etienne zwei Räuber in die Flucht geschlagen. Die beiden hatten es auf die gutgefüllte Kasse der Konditorei abgesehen.

Drogenboß verhaftet

AFP, Wien

Der 39jährige Iraner Behrus Azhar Azari, einer der meistgesuchten Rauschgifthändler der Welt und mutmaßlicher Chef der in Europa und den USA tätigen „Täbris-Connection", ist, wie erst jetzt berichtet wurde, am vergangenen Donnerstag in Wien in seiner Wohnung im 6. Stadtbezirk festgenommen worden.

Anschlag auf Daimler-Benz

rtr, Wuppertal

Auf eine Wuppertaler Niederlassung des Autokonzerns Daimler-Benz ist gestern früh ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Es entstand Sachschaden in Höhe von 20 000 Mark; Personen kamen nicht zu Schaden. Die Polizei vermutet ein politisches Tatmotiv.

Einbruch bei Nina Ricci

AFP, Paris

In der Nacht zum Montag wurden bei einem Einbruch in der Boutique der Modeschöpferin Nina Ricci 35 Pelzmäntel im Wert von mehr als einer Million Mark geraubt. Die Räuber schlugen mit einer Axt eine Schaufensterscheibe ein. Die Alarmanlage funktionierte nicht.

ZU GUTER LETZT

„In ganz Europa gibt es kleine und dunkelhaarige Politiker. Deshalb brauchen wir keine Komplexe zu haben." Spaniens Extouristikminister Enrique Baron vor seiner Abreise zum Europa-Parlament nach Straßburg.

هكذا من الأهل